Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 26. Freitag, den 29. März 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 2. April 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 5. April 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **22. März 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Becker und Stiaßny entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Josef Treitl hat in seinem Testamente vom 9. Mai 1880 ein Capital von 10.000 fl. in Papierrente legiert, dessen Zinsen alljährlich am 8. Mai an verschämte Arme in und außerhalb Wiens in den im Polizeirayon Wien gelegenen Orten oder an durch Krankheit herabgekommene Handwerker oder kleine Geschäftsleute etc. vertheilt werden soll. (Beifall.)

Es wird der Dank ausgesprochen.

3. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat in der gestrigen Sitzung eine Interpellation eingebracht, betreffend die Statistik der Kosten für die Substitution bei männlichen und weiblichen Lehrkräften.

Ich habe die Ehre, diesfalls folgendes zu bemerken:

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 21. d. M. hat Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg in Angelegenheit einer Statistik der Kosten für die Substitutionen der Lehrkräfte an den städtischen Volksschulen an mich die Anfrage gerichtet, ob an einer solchen Statistik überhaupt gearbeitet wird und ob Hoffnung vorhanden ist, dass diese Statistik erscheint.

Darauf habe ich die Ehre, folgendes zu erwidern:

In der Antwort, welche ich in der Sitzung vom 10. Juli 1894 auf die Anfrage des Herrn Interpellanten, in welchem Stadium sich diese Statistik befinde, gegeben habe, sind die Ursachen auseinandergesetzt, welche diese Arbeit bis dahin verzögert hatten, und ist auch bemerkt, dass das statistische Departement im Einvernehmen mit dem Bezirksschulrathe für das Schuljahr 1894/95 die erforderlichen Erhebungen in geeigneter Weise und in einer Form vornehmen wird, welche eine rasche Bearbeitung des Materiales ermöglicht.

Das genannte Departement hat sich auch mittels Note vom 18. September 1894, St.-D.-Z. 67 ex 1892, an den Bezirksschulrath mit dem Ersuchen gewendet, eine von dem Departement entworfene neue Tabelle seinen Erhebungen zugrunde zu legen und das erhaltene Materiale ihm am Schlusse des Schuljahres zur Bearbeitung zu übermitteln.

Eine schriftliche Mittheilung über das von Seite des Bezirksschulrathes hierüber verfügte ist dem Departement bisher nicht zugekommen. Nach einer mündlichen Auskunft des administrativen Referenten des Bezirksschulrathes hat diese Behörde in ihrer Vollversammlung vom 28. November 1894 in Angelegenheit der Statistik der Dienstesverhinderungen den aus dem beiliegenden Protokolle blau angestrichenen Beschluss gefasst.

Hieraus ergibt sich, dass der Bezirksschulrath das Materiale pro 1892/93 und 1893/94, welches das statistische Departement seinerzeit als unzuverlässig erklärt hatte, dennoch einer Bearbeitung unterzogen, aber mit Rücksicht darauf, dass diese Behörde selbst von der Verlässlichkeit nicht überzeugt ist, beschlossen hat, den Bericht hierüber bloß auszugsweise und nur für den internen Amtsgebrauch in Druck legen zu lassen; ferner dass der Bezirksschulrath pro 1894/95 eine neue Tabelle seinen Erhebungen zugrunde zu legen beabsichtigt. Seitens des administrativen Referenten wurde in Aussicht gestellt, dass die Drucklegung des neuen

Formulares erst nach gepflogenem Einvernehmen mit dem statistischen Departement erfolgen werde.

Von dem Ergebnisse dieses zu pflegenden Einvernehmens wird es abhängen, ob das statistische Departement nach dem Schlusse des Schuljahres 1894/95 in der Lage sein wird, eine dem Auftrage entsprechende Statistik der Dienstverhinderungen der Lehrpersonen zu liefern.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann:

4. Herr Gem.-Rath Matthies überreicht folgende Resolution einer Wählerversammlung im III. Bezirke in Angelegenheit des Residenztheater-Vereines. (Liest:)

Die am 21. März 1895 tagende Wählerversammlung des III. Bezirkes spricht die Überzeugung aus, dass ein Theater auf der Landstraße zur Hebung und Förderung des Verkehrslebens daselbst eine unerlässliche Nothwendigkeit ist, dass der III. Bezirk, als der am meisten vernachlässigte, wohlbegründete Ursache hat, anlässlich der Neugestaltung unserer Vaterstadt Wien behufs seiner Wiederbelebung die Aufmerksamkeit und das Wohlwollen der Gemeindevertretung für sich in Anspruch zu nehmen.

Die heute versammelten Wähler des III. Bezirkes erklären daher nachdrücklichst, dass sie die Bestrebungen des Residenztheater-Vereines, betreffend die Errichtung eines Theaters im III. Bezirke, mit allen ihnen zugebote stehenden Mitteln unterstützen und ihre ganze Kraft aufbieten werden, die Realisierung dieses Projectes zu ermöglichen.

Dieselben erwarten aber auch, dass die Gemeindevertretung von Wien den geplanten Theaterbau durch willfährige Überlassung eines Theiles des im III. Bezirke gelegenen Reservegartens fördern und das ganze Theaterproject nicht dadurch für unabsehbare Zeit gefährden wird, dass der ganze Reservegarten etwa ausschließlich anderen Vereinszwecken mit Umgangnahme von den Wünschen des Residenztheater-Vereines zugewendet werden wird.

Bürgermeister: Dient zur Kenntnis.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

5. Interpellation des **Gem.-Rathes Röhrl:**

Die Beleuchtung der Straßen in dem unteren Theile von Rudolfsheim ist eine derart mangelhafte, dass sie der Beleuchtung eines kleinen Dorfes gleicht.

Es wäre höchste Zeit, dass den Wünschen der Bevölkerung in dieser Beziehung auch Rechnung getragen werde.

In der Pillergasse zwischen den Häusern Nr. 2 bis 22, in der Sechshauserstraße zwischen den Häusern Nr. 45 bis 59, in der Arnsteingasse zwischen den Häusern Nr. 1 bis 15 befindet sich keine ganznächtige Beleuchtung.

In der Kürnbergergasse ist überhaupt eine Gasflamme nicht zu finden.

Ich stelle daher folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, ehestens zu veranlassen, dass in den drei obgenannten Gassen ganznächtige Gasflammen errichtet werden und dass in der Kürnbergergasse, worin sich die Pfandleihanstalt befindet, eine ganznächtige Beleuchtung im Interesse der Sicherheit eingeführt werde?

Bürgermeister: Diese Interpellation wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

6. Anfrage der **Gem.-Räthe Dr. Geßmann, Dr. Lueger** und Genossen (Ruf links: Hört!):

In der gestrigen Nummer der „Ostdeutschen Rundschau" ist im Leitartikel mitgetheilt, dass Herr Gem.-Rath Rosenstingl an eine Anzahl von Amtsvorständen einen Brief gerichtet, in welchem dieselben aufgefordert werden, sich der politischen Gesinnung ihrer Beamten zu vergewissern (Rufe links: Pfui! — Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!) und auf dieselben zu Gunsten der liberalen Partei Einfluss zu nehmen.

Da nun ein solches Vorgehen, wenn sich die diesbezügliche Nachricht als richtig erweist, eine unerhörte Beeinflussung der Wahlfreiheit bedeuten würde, so erlauben sich die Gefertigten an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe geneigt, die Angelegenheit zu untersuchen und dafür zu sorgen, dass die Freiheit der Beamten bei der bevorstehenden Wahl nach allen Seiten gewahrt werde? (Lebhafte Pfui-Rufe links.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe. Bitte, wissen Sie überhaupt, ob diese Mittheilung richtig ist? (Rufe links: Ja! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das wissen wir schon!) Ich bitte, mir ist in thatsächlicher Beziehung von diesem Vorkommnisse absolut nichts bekannt. Es ist auch in ganz allgemeiner Weise ausgesprochen, es sei ein Schreiben gerichtet worden: „An Amtsvorstände". Ich weiß nicht, wer unter diesen Amtsvorständen zu verstehen ist. Das können Vorstände einzelner Ämter sein, ebenso Vorstände einzelner Bezirksämter, beziehungsweise Abtheilungen des Magistrates. Wenn aber ein solcher Brief seitens eines einzelnen Gemeinderathes an einen Beamten gerichtet worden ist, ist das nach meiner Ansicht eine rein private Angelegenheit. (Rufe links: Schandfleck!) Darf ich bitten! Der einzelne Gemeinderath ist kein Vorgesetzter eines Beamten und nicht in der Lage, in dienstlicher Beziehung auch nur den allergeringsten Einfluss auf einen Beamten oder dessen Gesinnung zu nehmen. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Sehr richtig! — Unruhe links.) Infolgedessen ist nach meiner Ansicht ein Schreiben eines Gemeinderathes an einen Beamten keine dienstliche, sondern eine private Angelegenheit. Ich bin der Ansicht, dass durch einen solchen Brief die Gesinnung eines reifen politischen Mannes überhaupt und eines Beamten insbesondere nicht beeinflusst werden kann. (Rufe links: No, No!) Insoweit ich in der Lage bin, dienstlich die Freiheit der Beamten bei der bevorstehenden Wahl nach allen Seiten zu wahren, werde ich das gewiss thun. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. (Unruhe links.)

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Huber** und Genossen:

Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen (Landesgesetz vom 5. April 1876, L.-G.-Bl. Nr. 35, und vom 27. December 1891, Nr. 67) können nur wirkliche Lehrer, nicht aber Unterlehrer Dienstalterszulagen erhalten. Dies erscheint einerseits eine Unbilligkeit, da ein definitiv angestellter Unterlehrer in der Regel denselben Dienst versieht, wie ein Lehrer; andererseits ist dieses Verhältnis aber auch deshalb unzweckmäßig, weil die Lehrpersonen, wenn sie zu Lehrern ernannt werden, in der Regel schon fünf oder nahezu fünf anrechenbare Dienstjahre vollstreckt haben und daher sofort oder bald nach ihrer Ernennung in den Genuss einer Dienstalterszulage kommen. Sie beziehen als Unterlehrer 690 und 720 fl., eventuell 790 und 820 fl., während sie als Lehrer, wenn ihnen gleichzeitig die erste Dienstalterszulage zufällt, 1100 und 1200 fl. erhalten. Es wäre da wohl praktischer, wenn die Möglichkeit geschaffen würde, dass sie schon als Unterlehrer eine Dienstalterszulage erhalten, wodurch der Unterschied bei dem Avancement zum Lehrer weniger groß erscheint.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Es sei eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über den Anfall von Dienstalterszulagen bei Lehrpersonen in dem Sinne zu erwirken, dass auch schon definitiv angestellte Unterlehrer nach fünfjähriger, in definitiver Eigenschaft vollstreckter Dienstzeit in den Genuss einer Dienstalterszulage treten können. (Rufe links: Er hat Angst! Gelächter und Unruhe links.)

Bürgermeister: Was ist da komisches? Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ja, vor den Wahlen!) Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann, ich bitte, die Verhandlungen nicht zu unterbrechen. (Rufe links: Eine solche Komödie!) Derlei Ausdrücke muss ich zurückweisen.

8. Wir kommen zur Tagesordnung. Ich bitte die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe.

(Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan und Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern treten an den Referententisch.)

Stadtraths-Referent Gem.-Rath Boschan: In der letzten Sitzung sind wir bei der Gruppe VI mit der Rubrik XXII fertig geworden und wir gelangen heute zur Rubrik XXIII „Wasserbauten und Brücken" auf Seite 198 (liest): „ordentliche Einnahmen".

Pachtzinse für die Gewinnung von Eis, Sand und Schotter in Bächen, Flüssen und Teichen und sonstige Einnahmen 1370 fl.; verschiedene Rückvergütungen 280 fl.

In den Ausgaben:

A. Ordentliche Ausgaben.

Erhaltung der Uferversicherungen des Wienflusses und Reinigung des Flussbettes 21.000 fl.; Erhaltung der Brücken und Stege über den Wienfluss 12.050 fl.; Erhaltung der Brücken über den Donaucanal und des Gehweges an der Nordbahnbrücke über den regulierten Donaustrom 11.200 fl. (Gem.-Rath Weitmann: Ich glaube, es werden erst die Einnahmen genommen!)

Bürgermeister: Ich bitte, wenn Sie einen Wunsch haben, sich zum Worte zu melden. Gestern wurden auch die Einnahmen und Ausgaben unter einem verlesen und ich habe erst dann die Debatte eröffnet.

Stadtraths-Referent (liest): Erhaltung sonstiger Brücken 4700 fl.; Erhaltung der Ufer, Gerinne und Regulierung von Bächen 5000 fl.; verschiedene Auslagen 370 fl.; Beitrag der Gemeinde zur Donauregulierung in Niederösterreich 100.000 fl.; Erbauung einer neuen Brücke über den Donaucanal an Stelle der Franzenskettenbrücke 50.000 fl.

Für die letzte Post waren seitens des Magistrates 50.000 fl. präliminiert; der Stadtrath hat diese Summe auf den Betrag von 10.000 fl. herabgesetzt, weil nicht voraussichtlich ist, dass im Laufe des Jahres 1895 zur wirklichen Erbauung geschritten werden wird und vorläufig nur ein Betrag für die Vorarbeiten, Herstellung von Plänen, eventuell Planierung der Ufer nothwendig erscheint. Damit ist die Rubrik XXIII erschöpft.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Die Herren, die einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Stadtraths-Referent: Nun kommen wir zur Rubrik XXIV „Gartenanlagen und Alleen", Seite 212. Ich brauche die Einnahmen nicht zu verlesen; es sind größtentheils nur unbedeutende Posten. Die Ausgaben sind: Erhaltung der dem Stadtgärtner überwiesenen Anlagen und Alleen. Persönliche Bezüge, Mehrerfordernis 4870 fl., gegen den ursprünglichen Antrag des Magistrates aus Anlass der vor längerer Zeit vorgenommenen Regulierung der Gehalte. Dann kommen verschiedene andere Beträge, Ausgaben für diejenigen Baumpflanzungen, welche der Obsorge der Bezirksvorstände unterliegen. Außerordentliche Ausgaben in der Gesammtsumme von 192.270 fl.

Bürgermeister: Bevor wir zur Rubrik XXIV kommen, möchte ich die Abstimmung über einen Antrag der Budget-Commission über Wasserbauten und Brückenwagen zur Abstimmung bringen.

Derselbe lautet: „Die Budget-Commission beantragt, der Gemeinderath möge insbesondere anlässlich der bevorstehenden Regulierung des Donaucanales und des Baues von Quaimauern — dahin wirken, dass möglichst viele Brücken und Gehstege über den Donaucanal hergestellt, beziehungsweise deren Herstellung in Aussicht genommen und vorbereitet werde."

Die Herren, welche mit der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Antrages einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Wir kommen zur Rubrik XXIV. „Einnahmen und Ausgaben". Es hat sich niemand zum Worte gemeldet. (Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich habe mich zu den Ausgaben gemeldet!) Ich erkläre also die unter Einnahmen eingestellten Posten für angenommen. Zu Ausgaben Herr Gem.-Rath Dr. Geßmann.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Ich will nur ganz wenige Worte sagen. Es ist einer der gröblichsten Übelstände bei unseren Gartenanlagen, gerade bei denjenigen, welche mitten in der Stadt gelegen sind, dass absolut nicht dafür gesorgt ist, dass im Winter, überhaupt zu der Zeit, wo schlechtes Wetter ist oder Schnee fällt, etwas gethan werde, dass nicht die unmittelbar daran grenzenden Trottoirs fort und fort überschwemmt und wenn es friert, furchtbar vereist sind. Wenn Sie diese Trottoirs bei den Anlagen sowohl beim Rathhause, vorne und hinten, als beim Justizpalais oder sonst irgendwo begehen, finden Sie dieselben im Winter entweder von einem beständigen Kothe überzogen oder, wenn es friert, so glatteisig, dass man in der That dort seine Glieder riskiert. Ich habe vor einem und zwei Jahren über diesen Übelstand gesprochen; es ist geradezu widersinnig, in der Nähe der am meisten frequentierten Gärten solche Zustände auf den Trottoirs fortwährend passieren zu lassen. Der Sache wäre einfach abgeholfen, wenn dort, wo die Trottoirs direct an die Gartenanlagen angrenzen, Abzugsgräben gezogen würden. Das ist ein so scandalöser Zustand, dass er nicht hart genug getadelt werden kann. Ich stelle neuerdings den Antrag, es möge die Gartenverwaltung aufmerksam gemacht werden, dass dieser Übelstand bis zum nächsten Jahre behoben werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Maresch!

Gem.-Rath Maresch: Meine sehr geehrten Herren! Es sei mir gestattet, zu den Gartenanlagen, Gruppe VI, Rubrik 24, nur einige wenige Worte im Interesse des XVI. Bezirkes sprechen zu dürfen. Ich habe im Vorjahre anlässlich derselben Debatte in Anregung gebracht, es möge den Parkanlagen im XVI. Bezirke eine bessere Aufmerksamkeit zugewendet werden, da sich dieselben seit Jahren in einem sehr schlechten Zustande befinden. Diese wurden auch im Vorjahre einfach und billigst hergerichtet und wir wünschen auch für heuer nur eine einfache und billigste Restaurierung. Aber ohne Beaufsichtigung wäre um jeden Gulden schade, der dafür ausgegeben wird, da wir im XVI. Bezirke bei 11.000 schulpflichtige Kinder haben, welche meist schlimm, ausgelassen und ohne Aufsicht sind, von denen die meisten aus mehrfachen Gründen keine besondere Erziehung genießen können, die daher, wenn möglich, alles mit Gewalt ruinieren, wovon ich mich selbst schon öfter überzeugt habe. Es wäre daher gut, aus dem Stande der Straßenkehrer je einen vorsichtigen Aufseher für diese Gartenanlagen zu bestellen, etwa mit einem Taglohne von 1 fl. oder 1 fl. 10 kr. Bisher haben wir derartige Aufseher für unsere Gartenanlagen nicht gehabt. Vielleicht lässt sich an dem, was für den XVI. Bezirk zu diesem Zwecke ausgeworfen ist, auch ein Betrag erübrigen, und ich erlaube mir daher einen diesbezüglichen Antrag zu stellen und bitte die verehrten Herren, diesen gütigst annehmen zu wollen.

Antrag: „1. Es sollen die Parkanlagen im XVI. Bezirke einfach und billigst immer im Frühjahre schon hergestellt werden.

2. Der Bezirksvorsteher wird ermächtigt, über die vier Sommermonate je einen verlässlichen Aufseher aus dem Stande der Straßenkehrer mit einem Taglohne von 1 fl. bis höchstens 1 fl. 10 kr. anzustellen."

Bürgermeister: Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent Gem.-Rath Dr. Stern: Ich möchte noch nachtragen, dass die Commission zur Rubrik XXIV in den Ausgaben folgende Änderungen beantragt hat. Sie beantragt zunächst in der Post 1 m „Pachtzinse für die städtische Baumschule":

Effectiver Pachtzins 1790 fl., durchgeführter Pachtbetrag 230 fl. Die Einstellung der Post von 1790 fl. beruht darauf, dass in Berücksichtigung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 25. Jänner 1895, Z. 9270 ex 1894, die Pachtung des dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Grundes in Kaiser-Ebersdorf, genannt Himmelreich, im Ausmaße von 27 Joch 1342 □° für Baumschulzwecke vom 1. November 1895 an gegen einen halbjährigen anticipativ zu bezahlenden Pachtzins von 3563 fl. 36 kr. (8 kr. per Quadratklafter) genehmigt wurde.

Des ferneren erlaube ich mir zu bemerken, dass die Einstellung von 4870 fl., welche Sie hier als einen Mehrbetrag seitens der Commission eingestellt finden, auf einem Irrthume beberuht. Es sind nämlich diese 4870 fl. bereits in dem vom Stadtrathe eingestellten Betrage „persönliche Bezüge" 45.240 fl. enthalten und es erhöht sich sonach diese Post von 45.240 fl. nicht auf 50.110 fl., wie es hier heißt, sondern sie bleibt ungeändert mit dem vom Stadtrathe eingestellten Betrage stehen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich würde nicht gesprochen haben, weil die Debatte zu lang dauert, aber ich kann nicht umhin, um das, was in unserem Bezirke vorgeht, mich anzunehmen. Es ist hier eine Post enthalten: Anlagen, die unserem Stadtgärtner unterstehen. Ich denke, dass ich bei dieser Gelegenheit das anbringen werde, was ich anbringen will.

Wir haben verschiedene Anlagen; wir, speciell bei uns in Währing, haben communale gar keine, im Cottageviertel sind wunderschön angelegte Straßen mit Bäumen bepflanzt. In den Straßen waren früher Bänke aufgestellt. Jetzt kommt es darauf an, wer in Wien Herr ist, wer das Recht hat, zu schaffen, dass die Bänke bleiben oder dass sie abgeschafft werden. Uns haben sie den Gürtel mit der Stadtbahn verbaut, wo früher unsere Kinder hinaus konnten und wo auch ältere, kränkliche Leute Luft schnappen gehen konnten. Heute haben wir gar nichts mehr; das einzige Platzerl in der Nähe der großen, starkbewohnten Häuser sind die Cottageanlagen, und einem Menschen, der mit Lungenkrankheit behaftet ist, ist es nicht zuzumuthen, dass er eine halbe Stunde Weg macht in den Türkenschanzpark, und er findet auch kein Vergnügen daran, sich in den schattenlosen Park hineinzusetzen. Es hat der Bezirksausschuss, als die Bänke entfernt wurden, den Antrag gestellt, dass die Bänke wieder hinkommen. Überdies ist die Polizei gefragt worden. Die Polizei hat gesagt, es existiert kein Anstand, es ist dort kein Unfug, alle Organe haben es befürwortet, und doch sind noch keine Bänke aufgestellt, also welche geheime Kraft, Herr Bürgermeister, wirkt, damit es hier geradeso wie bei der Trammwayfrage geschieht, wo der Herr Bürgermeister sagt, ich kann nichts machen, der Statthalter sagt, ich kann nichts machen, und der Handelsminister auch. Hier sagt die Polizei: es ist kein Anstand, da ist kein solcher Unfug, wie er von einigen, denen es nicht passt, geschildert wird. Die Polizei findet nichts, der Bezirksausschuss befürwortet es, und es geschieht doch nichts.

Ich habe noch folgendes zu bemerken. Infolge der ungünstigen Lage von Währing, durch welche wir absolut der Bevölkerung keinen freien Platz bieten können, stelle ich den Antrag, der Gemeinderath möge das beschließen, damit der Bürgermeister vom Gemeinderathe den Auftrag bekomme, dass die Bänke in das Cottageviertel hineinkommen. Das sind schöne schattige Straßen und da können Leute, welche Erholung brauchen, die in Häusern und Kasernen wohnen, wo nicht einmal ein Hof, noch weniger ein Baum ist, ein bisschen in der frischen Luft sitzen. Ich stelle also den Antrag, der Gemeinderath beschließe, dass im XVIII. Bezirke im Cottageviertel die Bänke in den Gassen wieder aufgestellt werden. Ich habe in dieser Beziehung schon verschiedene Anträge gestellt, es geschieht aber nichts. Der billigste Antrag wäre der gewesen, den ich gestellt habe, dass man sich zu Seiner Durchlaucht dem Fürsten Czartoryski bemüht hätte, der hat einen schattigen, wunderschönen Park, den er gar nicht benützt. Er bezieht für diesen Park 15 fl. Pacht von einem Milchmeier, der das Gras abmäht. Sie sehen keinen Menschen dort und es hätte nur einen Gang des Herrn Bürgermeisters gekostet und der Fürst hätte diesen Park vielleicht unentgeltlich oder gegen einen ganz kleinen Anerkennungszins überlassen und es hätte die Bevölkerung von Währing bei der Fürstengasse, oben bei der Klosterkirche, wo sie sehr dicht ist, einen größeren schattigen Platz, wohin die Leute mit ihren Kindern gehen könnten. Das ist aber nicht geschehen.

Mein Antrag ist, weil er von einem Antisemiten kam, in den Brunnen gefallen. Einen zweiten Antrag habe ich gestellt, man möge beim alten Wasserreservoir die Planke wegreißen und die Geschichte applanieren, damit dort Bänke aufgestellt werden und die Leute hingehen können. Das wäre von großer Wichtigkeit gewesen. In der Antoni- und Klettenhofergasse sind zwei Schulen, die mit der Hauptfront auf diesen Platz gehen, und der Garten würde ein Luftreservoir für beide Schulen sein. Aber auch da ist nichts geschehen, weil es von einem Antisemiten kam. Also, ich möchte bitten, Herr Bürgermeister, so gut zu sein, diesen Antrag hier vorzulegen, damit darüber Beschluss gefasst werde und der Herr Bürgermeister die Pflicht übernimmt, ihn auszuführen.

Bürgermeister: Herr Gemeinderath, wenn Sie mich an die Angelegenheit wegen des Czartoryski-Gartens einmal erinnert hätten . . .

Gem.-Rath Jedlička: Ich habe ja einen Antrag gestellt, aber er ist in den Papierkorb gewandert.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath. Davon ist keine Rede; aber es wird mir niemand zumuthen und von mir verlangen, dass ich sämmtliche Anträge, die hier gestellt werden, in Evidenz halte. Ich habe ohnedies eine große Anzahl Angelegenheiten in Evidenz zu halten, und wenn Sie mich erinnert hätten, wäre ich der Sache nachgegangen und hätte sie vielleicht sehr rasch erledigen können.

Gem.-Rath Jedlička: Ich bitte, es vielleicht jetzt noch zu machen. Ich habe seinerzeit meinen Antrag gestellt, der ist aber in den Papierkorb gewandert.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Ich bedauere, auch erklären zu müssen, dass ich heute mit einem und demselben Antrage vor das Plenum komme, welchen ich schon anlässlich der Budgetdebatte pro 1892 gestellt habe. Es betrifft die Erhaltung der Schulgärten und die Subventionierung derselben.

Mir wurde vom verstorbenen Herrn Bürgermeister mitgetheilt, dass in dieser Angelegenheit etwas geschehen wird, und nun erlaube ich mir, dem Herrn Bürgermeister folgenden Fall zur Kenntnis zu bringen. Bei der Schule in Grinzing hat der Oberlehrer den Nutzgenuss des Gartens und, ich glaube, auch ein Pauschale. Der Complex ist ziemlich groß. Es hat jetzt der vor zwei Jahren bestellte Schuldiener den Garten etwas auf gleich gebracht, weil sich der Ortsschulrath selbst schon wegen der Wüstenei geschämt hat. Wie kommt aber der Schuldiener dazu, nachdem der

Herr Oberlehrer das Pauschale und den Nutzgenuss des Gartens hat, dass der Schuldiener die Arbeit macht. Der Schuldiener ist ist vor ungefähr vier Wochen zum Magistrate gegangen, und der Magistrat hat es auch ganz gut eingesehen, dass der Mann, wenn er den Schulgarten bearbeitet, doch auch eine Entschädigung dafür erhalten muss, und es wurde ihm auch ein Betrag dafür angewiesen. Ich glaube aber, dass diese ganze Angelegenheit bezüglich der Schulgärten gründlich mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden geprüft werden sollte. Es ist zum Beispiel im Schulgarten in der ehemaligen Gemeinde Sievering ein ganz guter Weingarten zur Gewinnung von amerikanischen Reben angelegt. Es könnte dort auch ein kleiner Theil als Schulgarten hergerichtet werden, nachdem die betreffenden Schuldiener selbst Weinbautreibende sind; da könnten die Kinder die verschiedenen Veredlungsmethoden lehren. Es sind ja jetzt schon wieder neue da. Es geschieht das zum Beispiel in Klosterneuburg von Seite der Lehrer. Es wäre auch hier gut, wenn das in richtiger Weise durchgeführt würde. Gebürt die Subvention dem Herrn Oberlehrer, gut, so gebürt sie dem Herrn Oberlehrer. Es geht aber nicht an, dass der Schuldiener die Arbeit macht, zu der er nicht verpflichtet ist, und es geht auch nicht an, wenn man dem Schuldiener bei der Aufnahme das Versprechen macht, dass er für die Bearbeitung des Gartens eine Entschädigung bekommen werde, und dass er dann nur gnadenweise eine solche von Seite des Magistrates erhält. Das ist nicht in Ordnung.

Ich würde mir daher neuerdings den Antrag zu stellen erlauben und möchte den Herrn Bürgermeister bitten, dass er denselben dem Magistrate zur endgiltigen Entscheidung zuweise. Der Antrag lautet: „Der Magistrat wird beauftragt, bezüglich der Subventionierung der Schulgärten dem Stadtrathe bestimmte Vorschläge vorzulegen." Meine Herren! Geregelt muss die Angelegenheit werden.

Eine Bitte hätte ich noch bezüglich der Alleen. Es wird von Seite der Bezirksvorstehungen den Gärtnern im Frühjahre der Auftrag ertheilt, die Bäume zu schneiden, und es wird das zum Theile pauschaliter, zum Theile auch per Baum vergeben. Nun sind, und ich habe das in verschiedenen Bezirken gefunden, manche Alleen sehr schlecht und alt. So ist zum Beispiel eine Allee auf der Sieveringer Hauptstraße ziemlich lang. Sie ist durch die Zuschüttung des Rinnsales und Pflasterung desselben einfach zugrunde gegangen. Eine solche Allee steht eigentlich zum Spotte da. Wenn die Allee schlecht ist, muss sie entfernt werden. Wird eine Straße reguliert, so kann selbstverständlich früher keine neue Allee angepflanzt werden. Es geht auch nicht an, dass dort vielleicht von Seite der Gärtner Arbeiten vorgenommen werden, die vielleicht unnütz sind und nur unnöthige Ausgaben verursachen.

Ich würde daher bitten, dass der Herr Bürgermeister Anlass nehme, dem Stadtgärtner den Auftrag zu ertheilen, er möge die in den Vororten befindlichen Alleen inspicieren und diejenigen, die schlecht sind, einfach cassieren.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath B r a u n e i ß!

Gem.-Rath Brauneiß: Meine sehr geehrten Herren! Der XIV. Bezirk ist mit Gartenanlagen sehr stiefmütterlich bedacht. Es ist wohl der kleine Wieningerpark am Wieningerplatz in Rudolfsheim, welcher aber in einem sehr desperaten Zustande ist. In der Felberstraße ist die Kaiser Franz Josefsallee angelegt worden, welche mit der Zeit sehr schön werden wird. Aber sonst haben wir keine weiteren Anlagen. Bei der Anlage der Schweglerstraße in Rudolfsheim wurden die Hauseigenthümer bei Bestimmung der Baulinie verhalten, auf beiden Seiten zwei Klafter zur Straße abzutreten. Die Straße wurde so breit angelegt, dass nie ein Verkehr sein kann, dass sie so breit sein müsste.

Nachdem hier bei Gruppe 24, Post 10, im Budget für die Alleen vorgesorgt wird, so möchte ich mir erlauben, den Antrag zu stellen, dass die so breit angelegte Schweglerstraße auf beiden Seiten eine Baumreihe bekomme. Es wird dort nie ausgepflastert werden; es wird dort wahrscheinlich immer ein ungepflasterter Platz zwischen Trottoir und Fahrweg bleiben, weil die Häuser höher liegen. Es würde sich sehr gut ausnehmen, wenn von der Schmelzbrücke bis zur Schmelz, wo auch eine Allee ist, auf jeder Seite eine Baumreihe gesetzt würde. Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, für diese beiden Baumreihen einen Betrag von 1500 fl. einzustellen. Die Bevölkerung würde über diese Herstellung sehr erfreut sein; es wird das einen sehr schönen Anblick und mit der Zeit auch Schatten gewähren.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath S t r o b a c h!

Gem.-Rath Strobach: Auch ich komme leider wieder mit einem Antrage, welchen ich bereits im vorigen Jahre gestellt habe.

Der verehrte Herr Bürgermeister wünscht immer, dass wir nicht soviel sprechen sollen; wenn er aber die Anträge, welche wir immer überreichen, einer Prüfung unterziehen und einer Erledigung zuführen würde, so würde er es nicht nothwendig haben, uns immer zu ermahnen, dass wir nicht sprechen sollen. So aber bleibt nichts anderes übrig, als dass wir, wenn nichts geschieht, unsere Anträge wiederholen müssen.

Ich habe nämlich im vorigen Jahre bereits beantragt, dass endlich einmal damit aufgehört werden soll, die Parkanlagen mit Wienflussschotter zu bestreuen, und habe beantragt, dass mit Donaurieselschotter beschottert werden soll. Bei trockener Witterung, meine sehr verehrten Herren, entstehen, wenn ein bisschen Wind ist, große Staubwolken.

Der Wienflussschotter ist gemischt mit Erde und kleinen Steinen, so dass, wenn schlechtes Wetter ist, ein ganzes Kothmeer entsteht und niemand dort gehen kann. Diese Plätze sind aber für arme Kinder und Kranke in erster Linie berechnet. Ein Lungenkranker kann dort absolut nicht gesund werden, aber sehr leicht kann es passieren, dass ein Gesunder dort lungenkrank wird. Ich wundere mich nur, wo unsere Hygieniker sind, besonders Herr Dr. K l o t z b e r g, welcher sich gerade umdreht, spielt sich immer auf den großen Hygieniker hinaus; er müsste doch auch wissen, dass dies sanitätswidrig und nicht in Ordnung ist. Ich habe aber gehört, dass heuer leider wieder Wienflussschotter bestellt wird. Hat man denn kein Herz für die armen Leute? Wo bleibt denn die Humanitätsduselei, mit der Sie immer prunken? (Gem.-Rath Dr. K l o t z b e r g: Wienthalschotter!) Nein, es ist Wienflussschotter mit Erde gemengt und es sind Steine dabei. Ich möchte sie doch ersuchen, endlich einmal diese dringende Bitte der armen Bevölkerung zu erfüllen und von der Beschotterung mit Wienflussschotter, welcher zur Hälfte mit Erde gemischt ist, abzusehen und erlaube mir den Antrag zu stellen, dass die Beschotterung der Parkanlagen in Zukunft nur mehr mit Donaurieselschotter vorgenommen werde und die Verwendung vom inficierten Wienflussschotter ausgeschlossen bleibe.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath B e u t n i t z!

Gem.-Rath Beutnitz: Sehr geehrte Herren! Ich möchte nur in kurzen Worten etwas anregen. Ich war schon im ver-

gangenen Jahre in der Lage, einen solchen Antrag zu bringen. Er bezieht sich nämlich darauf, dass in den neu einbezogenen Bezirken, wenn auch mehr Gartenanlagen, als in den alten, doch noch leider viel zu wenig sind. Die Gemeinde Wien — ich muss das mit Dank aussprechen — führt alljährlich Verbesserungen ein durch Anpflanzungen u. dgl. Nun ist das wichtigste bei einer Gartenanlage, glaube ich, die Bespritzung der Pflanzen und der Bäume, denn es kommt doch sehr häufig vor, dass es wochenlang nicht regnet. Nun verdorrt und verkümmert alles das, was eben in den Parkanlagen sich befindet und es wäre doch, glaube ich, dem mit geringen Kosten abzuhelfen, nachdem zum großen Theile heute schon die Rohre der Wasserleitung liegen, dadurch, dass in den betreffenden Gartenanlagen ein Wasserwechsel errichtet wird, damit es möglich ist, dass eben mit Schläuchen die Gartenanlagen bespritzt werden können. Um das möglich zu machen, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Es wird beantragt, in den städtischen öffentlichen Anlagen Wasserwechsel, wo noch keine sind, einzurichten, um in den Parkanlagen die Bespritzung zu ermöglichen."

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Stehlik.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Wir haben vor kurzer Zeit über die Namen der Stadtgärtner, über ihre Qualification ꝛc. hier eine ganze Debatte geführt, aber ich bedauere sehr, dass niemand über die Pflege der Anlagen gesprochen hat. Heute ist es am Platze, diesen Mangel zu rügen.

Meine Herren! Ich habe im vorigen Jahre mit einem fürstlichen Gärtner unsere Parke besucht und ich muss Ihnen sagen, der hat sich nicht sehr lobend über die Beschneidung der Bäume ausgesprochen. Ich natürlich als Laie verstehe das nicht, aber jetzt ist mir die Geschichte erst recht aufgefallen, wenn ich so sehe, dass mancher Stumpf ganz kahl steht. Meine Herren, wenn Sie selbst Umschau halten werden in unseren Parken, Sie werden staunen, wie schlecht die Beschneidung der Gesträuche und Bäume vorgenommen wird; ein Ast, der in schlechtem, faulem, dürrem Zustande ist, soll gleich vom Stamme entfernt werden. Schauen Sie sich die Geschichte an, er bleibt auch immer stehen. Das ist das Malheur, dass meist mit Hausknechten, Taglöhnern die Arbeiten versorgt werden; dadurch ist es so gekommen. Meine Herren, das ist ein großer Übelstand, den soll man im Auge behalten, und der Herr Bürgermeister würde vielleicht sehr gut thun, wenn er daran denken und dem Stadtgärtner ins Gedächtnis rufen würde, dass eine kolossale Kritik von Sachverständigen über unsere Beschneidung der Bäume und Sträucher ausgesprochen wird.

Meine Herren! Noch etwas anderes. Ich habe das jetzt einige Frühjahre immer bemerkt. Wenn so zum Beispiel der Schnee weggeht und das Gras theilweise ausgefroren ist, was geschieht da? Es wird Gras so eingepflanzt, dass es so narbenartig aussieht. Es ist nur eine Ersparnis von einer Bagatelle, wenn nicht die ganze Rabatte umgestochen wird. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg macht einen Zwischenruf.) Ja, gewiss. (Zu Gem.-Rath Dr. Klotzberg gewendet:) Wie soll es sein? Wie wünschen Sie es ausgesprochen zu haben? Also der Park, damit nicht fünferlei Grün dort bestehen. So werden Sie mich vielleicht verstehen. (Bürgermeister: Ich bitte, keine Zwiegespräche!) So narbenartig, wie wenn die Würmer das ausgefressen hätten. Das ist die Sparsamkeit für die Stadt Wien, die bedauerungswürdig ist.

Noch etwas anderes. Der Herr hat mir weiter gesagt: Sehen Sie, die zwei Pappelbäume beim Rathhause sind wohl eine Erinnerung an den Stadtgraben, die müssen damals herübergetragen worden sein, sie stehen auf beiden Seiten wie Wächter, das schaut scandalös aus, und wenn der Herr Bürgermeister morgen zum Fenster hinausschauen wird, so soll er sich denken, das sind die zwei Wächter für den Park aus dem Stadtgraben. Das ist zu besprechen nothwendig, sie geben keinen Schatten und verunzieren nur den ganzen Park.

Noch etwas anderes muss ich besprechen: den Übergang bei der Bellaria. Wer dort die Anlagen gemacht hat — das war wahrscheinlich wieder der Gärtner, niemand anderer. Die Anlagen sind aber schon impertinent schlecht. Dort grenzen Bezirke an, wie Neubau und der Vorort Lerchenfeld, und wenn die Leute aus diesen Bezirken zur Bellaria hinkommen, vis-à-vis von dem Palais, das der Gasgesellschaft gehört, so können sie nicht hinüber und müssen in die Rabatten hineinsteigen. So wird eine solche Geschichte angelegt, dass man nicht einmal Raum zum hinübergehen lässt! Ich habe neulich mit Herrn Collegen Mayer darüber gesprochen; er war mit mir und wird es mir vielleicht bestätigen: die Leute, die aus diesen zwei Bezirken kommen, die 120.000 Einwohner haben, finden alles verbarricadiert, so dass sie hineinsteigen müssen. Ich glaube, so viel Verständnis sollte doch ein Gärtner haben, dass er den Leuten, die aus den Bezirken kommen und über die Ringstraße gehen wollen, nicht den Weg verstellt. Nun, das war damals die Idee des Herrn Vice-Bürgermeisters Matzenauer: alles eingrenzen und keinen Platz lassen. Das ist also auch ein Übelstand, der abgestellt werden soll.

Noch etwas anderes, meine Herren, haben wir in der nächsten Nähe — es zeigt das auch nicht viel Verständnis von Seite des Stadtgärtners. Wenn man in den Park, der zum Justizpalaste führt, hineingeht, so steht mitten drin ein Rondeau — wie ein Gugelhupf. In der Nacht ist dort keine oder wenigstens eine sehr schlechte Beleuchtung, und ich bin schon ein paarmal darüber gefallen, vielleicht andere auch. Das soll absolut wegkommen; das zeigt, dass der Mann absolut keine Symmetrie versteht. Und wenn Sie sich den „Beserlpark", der bei der Westbahn ist, ansehen, so werden Sie finden, dass er bei der Bevölkerung den richtigen Namen — „Beserlpark" — hat. Warum? Weil dort absolut nichts geschieht. Man hat uns den Weghuberpark weggenommen, und in dem zweiten Parke auf der anderen Seite vom Weghuber geschieht ebenfalls nichts. Man hat versprochen — ich war damals in der Bezirksvertretung — es bleiben dreiviertel Theile übrig, aber hineingehen darf kein Mensch. Es ist dort ein Berg gemacht worden. Mit diesen Bedingnissen hat man uns eingelullt, man hat gesagt, es bleibt so viel Park für die Bevölkerung übrig, und da haben wir zugestimmt, dass das Deutsche Volkstheater hingebaut wird. Ich möchte bitten, dass die anderen Parke besser behandelt und die kleinen Übelstände, welche ich vorgebracht habe, beseitigt werden. Die zwei Pappeln, die dort wie Wächter oder Gendarmen stehen, sollen auch wegkommen.

Bürgermeister: Zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Herold!

Gem.-Rath Herold: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Eigner, Gräf, Trambauer, Weitmann und Vincenz Wessely.

Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Im Jahre 1894 wurde in der ganzen Länge der Ringstraße bei sämmtlichen Bäumen die Erde herum ausgehoben und verführt. Die Aushebung ist auch nicht so ganz vorsichtig, wie es sein sollte, geschehen, sondern es ist viel schlechtes Materiale in der Grube dringeblieben. Wie die Aushebung vollendet war, wurden diese Gruben wiederum mit neuer Erde gefüllt. Bei dieser Anfüllung möchte ich den Herrn Bürgermeister und den Herrn Referenten aufmerksam machen, dass zweierlei Erde verwendet wurde; es wurde unten eine mindere Gattung, eine schlechtere Erde, und oben eine bessere, sogenannte Gartenerde gegeben. Jetzt möchte ich an den Herrn Referenten das Ersuchen stellen, ob überhaupt dieser Beschluss gefasst worden ist und ob es so verrechnet wurde und beantragt worden ist, dass oben die bessere und unten die schlechtere Erde sein soll, oder ob das vielleicht nur eine Manipulation desjenigen war, der die Lieferung der Erde übernommen hat und dabei die Commune vielleicht im Nachtheile war. Ich bitte um Auskunft.

Bürgermeister: Wenn Sie diese Anfrage an mich in meinem Bureau richten, würde ich diese Auskunft ertheilen. Sie haben das Recht, hier die Anfrage zu stellen, das ist ja richtig, aber glauben Sie, dass es nothwendig ist, dass 70 Herren anwesend sind, wenn Sie die Information verlangen? Man muss doch auf die anderen Mitglieder auch Rücksicht nehmen. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Eigner: Da hätten ja alle Vorredner die Fragen auch an Sie richten können. (Rufe: Das wäre auch gut!) Da brauchen wir keine Debatte zu halten und können das Budget so erledigen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gräf!

Gem.-Rath Gräf: Es freut mich, aussprechen zu können, dass der Gemeinderath in puncto Bewilligung von Geldern für Gartenanlagen im XVI. Bezirke nicht gespart hat. Es sind Beträge bewilligt worden, die, wenn sie mit richtigem Verständnisse angewendet worden wären, gewiss dazu beigetragen haben würden, für einen so dicht verbauten Bezirk, wie es der XVI. Bezirk ist, sehr wohlthätige Folgen zu bringen. Nun nützt das aber alles nichts, dass in so munificenter Weise Gelder bewilligt werden, wenn Parkanlagen geschaffen werden, die, wie College Maresch richtig bemerkt hat, durch mangelnde Überwachung devastiert und durch mangelhafte Pflege ruiniert werden. Diese Wahrnehmungen kann man in den einbezogenen Bezirken leider machen, insbesondere im XVI. Bezirke ist es sehr übel bestellt. Mit einem Kostenaufwande von über 5000 fl. ist am Habsburgplatze, hinter der Bürgerschule, eine Parkanlage geschaffen worden; wenn Sie dieselbe jetzt sehen würden, es ist ein trostloser Zustand. Im Frühjahre wäre es nothwendig, dass eine verständige und kundige Hand dort die entsprechenden Anordnungen trifft. Wenn die Anlagen fertig sind — die Anlage, von der ich gesprochen habe, hat der Stadtgärtner gemacht — gehen sie in die Obhut des Bezirksvorstehers über.

Nun, meine Herren, kann man doch nicht verlangen, dass jeder Bezirksvorsteher auch Gärtner ist. Was thut er? Er nimmt sich aus dem Stande der Straßenarbeiter ein paar Leute, und die bekommen den Auftrag, die Bäume zu stutzen, die Gartenarbeiten zu machen u. s. f. Abgesehen davon, dass eine solche Arbeitskraft, wenngleich sie billig erscheint, doch theuer zu stehen kommt, weil sie die ganze Arbeit nicht richtig anzupacken versteht, ist damit nichts gemacht, weil nur die halbe Arbeit geschieht. In unserem Bezirke sind ein paar sehr hübsche Alleen, die der Verschönerungsverein mit großen Opfern hergestellt hat. Es wird dort das Baumbinden in sehr unverständiger Weise gehandhabt, so dass die Bäume dadurch größtentheils beschädigt werden. Jeder vernünftige Gärtner wendet beim Baumbinden den sogenannten Achterband an, bei welchem die Weidenruthe, in Achterform um Stamm und Stange gewunden, so den Baum festhält. Das fehlt bei diesen Alleen alles. Ganz dieselbe Wahrnehmung macht man bei den anderen Anlagen. Heuer sind wieder, wie ich aus dem Specialausweise gesehen habe, 6500 fl. für unseren Bezirk für die Gartenanlagen eingestellt. Ich anerkenne das dankbar, dass ein so bedeutender Betrag eingestellt wurde. Wenn aber ein so bedeutender Betrag ausgegeben wird, ohne dass der Bezirk einen Nutzen hat, so wäre es mir lieber, wenn der Betrag nicht eingestellt wird.

Um diesem Übelstande abzuhelfen, erlaube ich mir, folgenden Antrag zu stellen und schicke voraus, dass derselbe keine bedeutenden Mehrkosten verursachen würde. Ich beantrage nämlich, dass jedem Bezirksvorsteher der einbezogenen Bezirke zur Überwachung der Gartenanlagen und zur Anordnung der nothwendigen Gartenarbeiten ein Gärtnergehilfe zugetheilt wird. Es kann dafür ein Straßenarbeiter weniger in der Liste geführt werden, dadurch dürften keine besonderen Mehrauslagen erwachsen. Wenn das geschieht, hat der Bezirksvorsteher einen Mann an der Seite, der ihn unterstützen kann, der in vernünftiger Weise die Anordnung trifft, und die Commune Wien wird jedenfalls ein ganz gutes Geschäft machen, indem sie nicht soviele tausende Gulden unnütz für Gartenanlagen ausgeben wird, wie es jetzt der Fall ist. Ich empfehle Ihnen, meinen Antrag zu unterstützen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Trambauer!

Gem.-Rath Trambauer: Meine Herren! Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen. Ich möchte zur Post 10 sprechen: „Gartenanlagen und Baumanpflanzungen". Im X. Bezirke ist nächst der Laxenburgerstraße am Arthaberplatze ein sehr wüster Zustand. Schon seit Jahren liegt dort Mist und Schutt. Es wäre gut, wenn dort Bäume angepflanzt und der Platz zu einem Kinderspielplatze hergestellt würde. Ich stelle auch einen diesbezüglichen Antrag und möchte bitten, dass dort Bäume angepflanzt werden, und der Platz zu einem Spielplatze umgewandelt werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Weitmann!

Gem.-Rath Weitmann: Ich will einen Übelstand besprechen, der den Park vor der Lerchenfelderkirche, der vor einigen Jahren dort angelegt wurde, betrifft. Wie die Häuser demoliert wurden, wurde dort vor der Kirche ein Park angelegt. Der frühere Park war unschön, und es ist die Sache geändert worden. Nun, der jetzt bestehende Park ist nicht viel schöner. Er ist sehr mangelhaft. Zuerst wurde eine Planke um den Park eigentlich gar nicht gemacht, sondern nur Eisensprossen und Draht gezogen. Nun, das hat sich nicht als vortheilhaft erwiesen, weil die Kinder sehr leicht hineinsteigen und selbstverständlich die Pflanzen ruinieren konnten. Das ist entfernt und ersetzt worden durch eine Holzplanke. Meine Herren! Wie schlecht sich diese Holzplanke vor der Kirche ausnimmt, das kann man sich wohl vorstellen. Es ist das eine der schönsten Kirchen Wiens. Der Park ließe sich noch an, obwohl er verbesserungsbedürftig ist, aber diese Holzplanke verschandelt die Kirche mitsammt dem Parke. Ich will nur wenig Worte verlieren; die Herren werden zustimmen, dass das gewiss nicht schön für die Kirche ist, dass dort der Park mit einer Holzplanke umgeben ist. Ich möchte daher bitten, mir zuzustimmen, wenn ich beantrage, es

möchte die Holzplanke entfernt und eine Einzäunung mit Eisengitter hergestellt werden. Auf diese Weise wird das Einsteigen in den Park nicht möglich. Denn es ist dort eine boshafte Jugend vorhanden. Wenn man den Park nicht in dieser Weise schützt, nützt es wieder nichts. Ich möchte also bitten, über meinen Antrag abstimmen zu lassen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wessely Vincenz!

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Meine sehr geehrten Herren! Ich werde nur auf einen Antrag zurückkommen, welcher seinerzeit vom Collegen Brauneiß gestellt wurde. Er betrifft den XIV. Bezirk, und ich erwähne hier nur, dass alle diejenigen Herren, welche bemüssigt waren oder auch so durch Zufall schon einmal bei stürmischem Wetter, bei Wind die Märzstraße passierten oder sogar auf dem Neubaugürtel etwas zu thun gehabt haben, wissen, dass es unmöglich ist, dort vor lauter Staub zu gehen, und dieser Staub kommt vom Exercierfelde von der Schmelz her.

Es ist hier schon der Antrag gestellt worden, die Gemeinde möge sich maßgebenden Ortes verwenden, dass die Schmelz mit Gras bebaut werde. Nun ist aber von diesem Antrage nichts mehr zum Vorschein gekommen, und mir ist bekannt, dass das Platzcommando sich gegen diese Idee nicht abfällig ausgesprochen, sondern sogar die Zustimmung dazu gegeben hat, selbstverständlich, wenn die Gemeinde auch etwas thun würde, aber ich glaube Ihnen, meine Herren, die Versicherung geben zu können, und Sie können mir das auch glauben, dass dies eine der wichtigsten Angelegenheiten wäre, wenn dieser Theil von Wien gegen diese Übelstände einmal geschützt werde.

Wenn ein bisschen Wind geht und früher trockenes Wetter war, so sind die dortigen Straßen in der ganzen Umgegend unpassierbar. Ich möchte darum bitten, dass der Antrag, der seinerzeit vom Collegen Brauneiß gestellt wurde, endlich auch durchgeführt, und dass mit dem Platzcommando, welches darüber zu entscheiden hat, das Einvernehmen darüber gepflogen werde, dass dieser Wunsch der Gemeinde ausgeführt wird.

Bürgermeister: Herr Referent!

Stadtraths-Referent: Die einzelnen Anregungen, welche gegeben wurden, werden ja, soweit sie in Anträgen gipfeln, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Was den Antrag Brauneiß und die Anträge der verschiedenen Herren bezüglich der Errichtung von Gartenanlagen und Alleen betrifft, so bemerke ich, dass im Voranschlage außer jenen Beträgen, welche nominativ aufgeführt und für einzelne Anlagen bestimmt sind, noch unter Rubrik XXIV 10 20.000 fl. enthalten sind, für Herstellung anderweitiger hier nicht namentlich aufgeführter Gartenanlagen und Alleen, dass also für diese Anträge, was die Bedeckung betrifft, bereits im Budget vorgesorgt ist.

Bürgermeister: Was die ziffermäßigen Posten betrifft, ist gegen die Anträge der Referenten eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre deshalb sämmtliche Posten für angenommen.

Es sind im Laufe der Debatte Anträge gestellt worden, welche theils Urgenzen sind und sich auf früher gestellte Anträge beziehen, theils neue Anträge sind.

Wünschen die Herren, dass diese Anträge einzeln verlesen werden? (Rufe: Nein!) Die Herren sind also einverstanden, dass sämmtliche Anträge zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dem Stadtrathe übergeben werden. — Angenommen.

Stadtraths-Referent: Nächste Post Rubrik XXV „Öffentliche Beleuchtung", Seite 228. Die Einnahmen: Beiträge zur öffentlichen Beleuchtung 2940 fl., Ausgaben: Kosten der Gasbeleuchtung 674.230 fl. Vom Magistrate waren 689.230 fl. eingestellt. Diese Post setzt sich zusammen aus den Kosten derjenigen Gasflammen, welche effectiv bestehen und einem Reservebetrage von 30.000 fl. für neu hinzuwachsende Flammen. Nachdem nun für neu hinzuwachsende Flammen schon in früheren Jahren in ausreichendster Weise gesorgt wurde, waren der Stadtrath und die Budget-Commission der Meinung, dass die Reserve mit einem Betrage von 15.000 fl. hoch genug wäre. Daraus resultiert die eingesetzte Ziffer: Petroleumbeleuchtung 6020 fl., Persönliche Bezüge 15.330 fl., die gesammten Ausgaben 710.580 fl.

Bürgermeister: Der Herr Referent der Budget-Commission!

Commissions-Referent: Die Budget-Commission beantragt zu dieser Rubrik folgende Resolution:

„Der Magistrat wird beauftragt, zu berichten, ob sich nicht das Auer'sche Glühlicht zur öffentlichen Straßenbeleuchtung in Wien verwenden ließe."

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Meine verehrten Herren! Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Es fällt mir nicht ein, hier die Gasfrage aufzurollen, allein ich möchte doch auf die ganz erbärmliche Beleuchtung aufmerksam machen, welche in Wien ebenso in der Inneren Stadt, wie in den Vorortebezirken herrscht. Ich bin letzthin durch den VII. Bezirk gegangen. Da ist ein Neubau aufgeführt worden, der schon zwei Jahre steht und etwas hineingerückt ist. Wenn ein Sicherheitswachmann mitten auf der Straße steht, so kann er nicht bemerken, was auf dem Trottoir geschieht. Es kann dort jemand umgebracht werden, und es weiß kein Mensch davon. Es ist das unter dem Gemeindehause. Der Ort ist stockfinster, dort ist überall finster. Wenn die Beleuchtung von Wien 689.000 fl. kostet, so ist das allerdings ein sehr wesentlicher Betrag; wenn man aber eine gute Beleuchtung erzielen will, so werden wir das doppelte aufwenden müssen, selbst wenn die Gasflammen eine andere Leuchtkraft haben, als es jetzt der Fall ist. Die Stadt Berlin bezahlt für die Beleuchtung freilich circa $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Das ist mehr als das doppelte, als wir bezahlen, aber dafür haben sie eine glänzende Beleuchtung, und das ist in einer großen Stadt schon aus Sicherheitsrücksichten nothwendig. Ich bemerke hiebei, dass Berlin trotzdem keine Ausgabe, sondern noch einen Reingewinn von 5,000.000 Mark hat, und zwar nur deswegen, weil es die Gaswerke in eigener Regie hat.

Ich möchte also dringend bitten und mir den Antrag zu stellen erlauben, dass unverzüglich an den Bau eigener städtischer Gaswerke geschritten werden möge, damit endlich diese miserable Beleuchtung ein Ende finde und die Gemeinde auch einmal ein Einkommen finde, nachdem ihr dasselbe von der Regierung nach allen Seiten hin geschmälert und entzogen wird.

Bürgermeister: Ein solcher Antrag steht bereits in Verhandlung. (Rufe links: Beschleunigen!) — Herr Gem.-Rath Gräf!

Gem.-Rath Gräf: Was Herr College Strobach bezüglich der Beleuchtung gesagt hat, kann man vollständig unterschreiben. Ich habe mich aber zum Worte gemeldet, um auf einen etwas unökonomischen Vorgang aufmerksam zu machen. Ich lese die Stadtrathsberichte sehr fleißig und da ist mir unter anderem aufgefallen, dass vor einigen Monaten zehn Straßenlaternen sammt Candelabern, das Stück zu 1 fl. 70 kr., an einen Offerenten verkauft wurden.

Wir haben in den einbezogenen Vororten eine Menge Straßen, wo die Einführung der Gasbeleuchtung nicht möglich ist. Es müssen daher Petroleumlaternen und -Candelaber aufgestellt werden. Solche primitive Laternen mit ganz gewöhnlichen Holzpflöcken kommen uns auf circa 8 fl. zu stehen und wir verkaufen diese Lampen mit eisernen Ständern, die sich zu diesem Zwecke vollständig eignen, um 1 fl. 70 kr. Das ist ein Vorgang, der gewiss nicht sehr ökonomisch ist, und ich möchte mir daher erlauben, die Aufmerksamkeit des Herrn Bürgermeisters darauf zu lenken, dass, wenn solche Candelaber überflüssig werden, sie auf dem Materialplatze der Stadt Wien deponiert werden und bei Gelegenheit in Verwendung kommen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Purscht!

Gem.-Rath Purscht: Meine Herren! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, aber es werden da so unnütze Auslagen mitunter bei dieser Beleuchtung gemacht, die großartig sind. Ich habe dahier ein Beispiel von mir vis-à-vis. Es war eine Straßenlaterne an der Ecke; diese wird jetzt versetzt, um fünf Schritte weiter weg. Welchen Zweck das haben soll, weiß ich nicht; die Straßenlaterne an der Ecke war sehr praktisch. Jetzt kommt sie aber in die Gasse hinein; ich weiß nicht, welchen Zweck das haben soll. Das sind doppelte Auslagen, die gemacht werden, und ich möchte schon bitten, dass nicht so vorgegangen werde.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Gegen die Posten ist eine ziffermäßige Einwendung nicht erhoben worden. Dieselben sind angenommen.

Der Antrag der Budget-Commission lautet (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, zu berichten, ob sich nicht das Auer'sche Glühlicht zur öffentlichen Straßenbeleuchtung in Wien verwenden ließe."

Die Herren, welche mit der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Antrages einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Nächste Rubrik: XXVI „Wasserleitungen", S. 230.

Die Einnahme besteht aus den effectiven Wasserbezugsgebüren im Betrage von 1,450.000 fl. Diese ist das Resultat einer voraussichtlichen Berechnung, welche selbstverständlich auf volle ziffermäßige Richtigkeit Anspruch nicht machen kann, da man nicht wissen kann, wie weit die Einleitung, beziehungsweise der Erlös für Wasser in den Vorortegebieten schreiten wird. Die Ziffer ist aber so gestellt, dass sie die Beruhigung bietet, dass sie nicht unterschritten werden wird. Eine weitere Einnahme für Wasser aus der Albertinischen Wasserleitung, durchgeführte Wasserbezugswerte, und zwar für das zu öffentlichen Zwecken aus der Hochquellenleitung abgegebene Wasser, für das seinerzeit durch Capitalserlag aus der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung erworbene und nunmehr aus der Hochquellenwasserleitung zur Abgabe gelangende Wasserquantum und für das zu öffentlichen Zwecken aus der Albertinischen Wasserleitung abgegebene Wasser und ein kleiner Betrag für Pacht- und Mietzins, endlich für altes Material. Gesammteinnahme im Betrage von 1,727.780 fl.

Die Ausgaben theilen sich in ordentliche und außerordentliche. Die ordentlichen Ausgaben sind folgende:

Erhaltung und Betrieb der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung, und zwar Bezüge des Betriebspersonales, Auslagen für die Instandhaltung der Wassermesser, Erhaltung und Reparatur des Aquäductes, der Baulichkeiten und des Rohrnetzes der Hochquellenleitung, beziehungsweise Auswechslung der schadhaften Röhren und Maschinenbestandtheile;

Erhaltung und Betrieb des Pottschacher Schöpfwerkes: Herstellung von Auslaufbrunnen, Steuern und Gebüren.

Bei den Auslaufbrunnen ist von dem Betrage von 10.000 fl., welcher ursprünglich eingestellt war, der Betrag von 2000 fl. gestrichen und nur 8000 fl. eingesetzt, weil man der Meinung ist, dass bei der fortschreitenden Einleitung des Wassers in die Häuser die Vermehrung der Auslaufbrunnen nicht in so großer Zahl nothwendig ist.

Dann kommen: Auslagen für das Forstwesen im Hochquellengebiete;

Wagen und Commissionsgebüren, Diäten und Reiseauslagen;

Verschiedene Betriebs- und sonstige Auslagen;

dann Erhaltung und Betrieb der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung;

Erhaltung und Betrieb der Albertinischen Wasserleitung;

Erhaltung und Betrieb der übrigen öffentlichen Wasserleitungen und Brunnen.

Dann kommen außerordentliche Ausgaben:

Erweiterung und Fertigstellung der Hochquellenleitung, und zwar Herstellung neuer Rohrstränge der Hochquellenleitung in den alten Bezirken Wiens;

Reconstruction von in den Betrieb der Hochquellenleitung einbezogenen Rohrsträngen der Kaiser Ferdinands-Wasserleitung;

Anschaffung von Röhren und Maschinenbestandtheilen zur Herstellung neuer Rohrstränge in den neuen Bezirken von Wien;

Herstellung neuer Rohrstränge der Hochquellenleitung in den neuen Bezirken Wiens mit Ausnahme der Kosten der Beschaffung von Röhren und Maschinenbestandtheilen;

Grunderwerbungen, beziehungsweise Servitutsbestellungen für die Reservoirs, Pumpstationen und Rohrleitungsanlagen;

Reservoirbauten;

Herstellung einer Pumpstation in Breitensee;

Anschaffung von Wassermessern für neu hinzukommende Hausleitungen;

Ergänzung der bestehenden Hochquellenleitung durch Einbeziehung neuer Quellen aus benachbarten Gebieten;

Auslagen für Studien in Angelegenheit der Ergänzung der Wasserversorgung durch eine zweite Hochquellenleitung;

Herstellung des Stollens vom großen Höllenthale zum Kaiserbrunnen;

Zuleitung der Quellen oberhalb des großen Höllenthales;

Ankauf von Gründen und Realitäten außerhalb des Wiener Gemeindegebietes für Zwecke der Hochquellenleitung;

Entschädigungen an Wasserinteressenten anlässlich der Ergänzung der Hochquellenleitung durch Ableitung eines Wasserquantums von täglich 36.400 m^3 aus dem Quellengebiete oberhalb des Kaiserbrunnens.

Die Änderungen, welche sich ergeben, wird der Herr College die Ehre haben, vorzutragen.

Commissions-Referent: Zu dieser Rubrik XXVI sind seitens der Budget-Commission eine Reihe von Änderungen beantragt. Diese Änderungen sind in der Rubrik 6 d „Die Herstellung neuer Rohrstränge der Hochquellenleitung in den neuen Bezirken". Das Erfordernis wird um den Betrag von 15.500 fl. erhöht. Gerechtfertigt wird diese Erhöhung dadurch, dass dieser Betrag zur Bedeckung der nach dem bereits vorliegenden Projecte und Kosten-

überschlage für die Wasserversorgung von Dornbach und Neuwaldegg dienen soll.

Eine andere Änderung ist in der Rubrik XXVI 8 „Herstellung neuer Wasserleitungen mit Benützung vorhandener Quellen in den ehemaligen Vororten", und zwar eine Erhöhung um den Betrag von 2000 fl., nachdem ein Stadtraths-Beschluss vorliegt, mit welchem ein weiterer Betrag von 600 fl. behufs Verlegung eines Stauwehres in Sievering und ein weiterer Betrag von 1400 fl. für die Unterfahrtsarbeiten bei der Zierleithenquelle in Sievering zum Zwecke der Herstellung einer Trinkwasserleitung bewilligt wurde.

Eine größere Änderung ergibt sich in der Post XXVI 6 o daraus, dass an die Wasserinteressenten größere Zahlungen bereits geleistet wurden, als zur Zeit, als der Stadtrath sich mit dem Budget beschäftigte, vorhergesehen worden sind, und zwar sind diese so, dass hier eine Abminderung um 2,198.690 fl. sich ergibt und nur ein Betrag von 157.000 fl. in das Präliminare als Ausgabe einzustellen ist.

Endlich hat die Budget-Commission eine Änderung, zwar nicht in der Ziffer, aber eine textuelle Änderung beschlossen. Nämlich die Ausgabs-Rubrik XXVI Post 7 lautete ursprünglich: „Auslagen für Projectsarbeiten betreffs Herstellung einer Nutzwasserleitung aus dem Donaugebiete". Die Budget-Commission hat die Wasserfrage, die Nutzwasserleitung und dergleichen in Erörterung gezogen, glaubte aber auch, dass dieser Frage in keiner Weise durch irgendwelche Budgeteinstellung dauernd präjudiciert werden soll; es solle diese Post nur eingestellt werden, aber nur im allgemeinen lauten: „Auslagen für Studien zur Erforschung der Wassergebiete um Wien".

In diesem Sinne bitte ich, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen.

Bürgermeister: Zu den Einnahmen ist niemand gemeldet. Ich erkläre die sämmtlichen Einnahmepositionen für angenommen.

Zu den Ausgaben Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Ich erlaube mir nur eine Anfrage, ob dieser Platz, der zwischen der Selzergasse und dem Reservoir auf der Schmelz liegt, noch zur Vergrößerung des Reservoirs dienen soll.

Stadtraths-Referent: Darüber kann ich keine Auskunft geben, das weiß ich nicht.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich glaube, meine Herren, dass man, nachdem jetzt ohnehin neue Reservoirs gebaut werden und andererseits die Gründe auf der Schmelz sehr wertvoll sind, von einer Vergrößerung dieses Reservoirs dort Umgang nehmen soll. Es wird jetzt auf den erwähnten Gründen eine Kirche gebaut und diese würde von einer Seite, von der Schmelz aus, ganz frei stehen. Ich glaube, dass die Commune für die Baugründe dort sehr gute Einnahmen erzielen wird, und nachdem die Gründe weiter draußen billiger sind, so kann man ja dort die Reservoirs vergrößern. Es muss ja nicht gerade das Schmelzer Reservoir vergrößert werden, und ich stelle den Antrag, dass der Platz, welcher zwischen der Selzergasse und dem Reservoir auf der Schmelz liegt, nicht zur Vergrößerung des Reservoirs verwendet, sondern der Verbauung zugeführt werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um zu besprechen, wie von Seite der bauämtlichen Abtheilung bezüglich der Wasserversorgung Wiens vorgegangen wird. Ich habe mir erlaubt, dem Herrn Bürgermeister zweimal Urgenzen mit der Bitte zu übergeben, er möge darüber Erhebungen pflegen lassen, wie der Übelstand, dass in der ehemaligen Gemeinde Unter-Döbling der Wassermangel durch Aushebung von Erdreich und durch die Führung der Trace herrschend geworden ist, abgestellt werden könnte. Ich mache da dem Herrn Bürgermeister gar keinen Vorwurf, aber wenn ich diese Urgenz in Form einer Interpellation gebracht und der Bürgermeister die Beantwortung in öffentlicher Sitzung verlesen hätte, so wäre er in die unangenehmste Situation bei der Bevölkerung draußen gekommen, wenn diese die Interpellations-Beantwortung im Amtsblatte gelesen hätte.

Es ist nämlich angeführt worden, dass das weitestgelegene Haus von dem nächstgelegenen Auslaufbrunnen nur 350 m entfernt ist. Nun appelliere ich an die Herren, welche Ortskenntnisse in Unter-Döbling haben, wie weit die Kreuzgasse, Peregrinigasse und Karlsgasse von dem nächstgelegenen Auslaufbrunnen entfernt sind. Es ist angegeben die Grinzingerstraße, der Ober-Döblinger Friedhof und das Nusswaldl.

Herr Bürgermeister, ich erkläre Ihnen, dass man von hier überall 10 Minuten hat. Eine solche Antwort soll das Bauamt dem Herrn Bürgermeister absolut nicht geben, weil, wenn das in öffentlicher Sitzung verlesen wird, er in die peinlichste Situation käme. Es sind dort die Hochquellenleitungsrohre bereits gelegt, der Wassermangel aber herrscht fort. Ich habe mich erkundigt und gehört, dass die Karlsgasse und die Peregrinigasse bereits in der Hochdruckzone liegen, so dass sie auf die Versorgung mit Hochquellenwasser erst rechnen können, wenn das Reservoir in Gersthof ausgebaut sein wird, und da glaube ich mich richtig zu erinnern, dass seinerzeit der Referent Herr St.-R. Müller erklärt hat, dass das erst am 1. August 1896 der Fall sein dürfte. Es geht absolut nicht, dass die Gemeinde — Unter-Döbling ist ein kleiner Complex — so lange nicht mit Hochquellenwasser versehen wird.

Ich bringe dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis, dass man nicht gerade einen neuen Wagen einschieben muss, um neue Auslagen zu verursachen. Ich weiß, dass Wagen dort fahren, welche die Hälfte des Inhaltes auslaufen lassen, weil sie es nicht brauchen. Es dürfte nur im Territorium eine Verschiebung stattfinden, und wenn das richtig ausgenützt wird, können einige Gassen eingeschoben werden, ohne weitere Auslagen zu verursachen. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen: „Das Bauamt wird beauftragt, mit Rücksicht auf den herrschenden Wassermangel in der ehemaligen Gemeinde Unter-Döbling unverzüglich entweder durch Wasserzufuhr oder durch Aufstellung von Auslaufbrunnen diesem Trinkwassermangel abzuhelfen."

Sollte vielleicht doch der Druck genügen — probiert ist es noch nicht — so wäre es gut, wenn im Frühjahre, sobald die Witterung es zuläßt, Auslaufbrunnen aufgestellt würden oder die Gemeinde durch Zufuhr von Trinkwasser versorgt wird.

Ich bitte um Annahme meines Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Kaspar!

Gem.-Rath Kaspar: Ich will mir erlauben, Post 4 b der Rubrik XXVI „Erhaltung und Betrieb der Wasserleitung in Pötzleinsdorf" einer näheren Erörterung zu unterziehen. Im Jahre 1893 wurden 2430 fl., im Jahre 1894 9000 fl. nutzlos ausgegeben und warum? Im Jahre 1893, als diese Wasserleitung unbrauchbar geworden ist, die Rohre waren nämlich ganz einfach

schlecht, hat das Stadtbauamt nichts besseres zu thun gewusst, als die Quelle zu untergraben; neue Rohre wurden gelegt, alles mögliche, und gehen Sie jetzt hinaus und schauen Sie sich die Geschichte an! Nicht ein Tropfen Wasser, und was herauskommt, ist eine Lache, absolut unbrauchbar. Ich muss wirklich bedauern, dass dieser ganze Betrag, gegen 12.000 fl., so nutzlos vergeudet wurde. Man sagt immer, man thut alles für die Vororte; ja, es geschieht sehr viel, aber am unrichtigen Platze. Wie kommt denn das Stadtbauamt dazu, auf solche Weise dieses Geld der Gemeinde sozusagen zu verschwenden? Das Bauamt hätte sich nur mit alten, dort ansässigen Leuten ins Einvernehmen zu setzen gebraucht, und man hätte ihm dort ganz gewiss gesagt, eine Untergrabung dieser Quelle ist gefährlich. Es war Wasser genug dort, nur die Rohre waren schlecht. In dieser Richtung würde ich an den Herrn Vorsitzenden die Bitte richten, er möge das Stadtbauamt zur Äußerung verhalten, wie das geschehen ist, dass diese Wasserleitung dort neu installiert wurde und mit so einem wirklich, ich muss sagen, sehr bedauernswerten Erfolge. Ich muss mir erlauben, den Antrag zu stellen, dass dieser Betrag von 3500 fl. für das Jahr 1895 ganz überflüssig ist; es ist mit der Wasserleitung jetzt nichts zu machen. Ich glaube einrathen zu können, dass wir lieber davon absehen und schon in Gottes Namen warten bis zum Jahre 1896, wo versprochen wurde, dass die neue Wasserleitung eingeführt wird. Ich gebe das dem Herrn Bürgermeister bekannt zur Würdigung dieser Angelegenheit, um nicht so misswirtschaften zu müssen.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Kupka!

Gem.-Rath Dr. Kupka: Ich spreche zur Post 1 d. Hier in der Rubrik finden Sie folgende Posten:

Auslagen für das Forstwesen im Hochquellengebiete 4500 fl.;

Wagen- und Commissionsgebüren, Diäten, Reiseauslagen 6200 fl.

Nun, nachdem wir communale Wälder und Forste haben, so hätte ich gedacht, dass eigentlich dieses Forstwesen auch in diese Rubrik gehört. Ich begreife aber wohl, nachdem diese Wälder im Wasserleitungsgebiete gelegen sind und nachdem die Aufforstung oft nur dazu geschieht, damit das entsprechende Wasser gewonnen werden kann, dass man diese Posten hier eingestellt hat. Aber ich erlaube mir doch, auf ein Missverhältnis aufmerksam zu machen. Die Herstellungen betragen 4500 fl., und die Auslagen betragen 6200 fl. Das scheint mir ein arges Missverhältnis zu sein. Wenn man überdies bedenkt, dass diese Aufforstungen nicht während des ganzen Jahres gemacht werden können, sondern dass sie sich naturgemäß nur auf wenige Monate beschränken — da man bekanntlich weder im Spätherbste, noch im Winter und Anfange des Frühjahres aufforsten kann — so sind die Auslagen, welche hier in wenigen Monaten — sagen wir vier, fünf Monaten — ausgegeben werden an Wagengebüren, Diäten und Reisegebüren, mit 6200 fl. denn doch etwas übertrieben. Es wird hier ganz kurz begründet; es heißt, es ist der Erfolg des Vorjahres. Ich begreife, dass, wenn man mit derlei Arbeiten beginnt, die Auslagen verhältnismäßig größer sind. Aber diese Post als eine ständige Post fortzuführen und heuer 6200 fl. einzustellen, um sie dann, wenn möglich, wieder auszugeben, das ist nicht nothwendig. Ich glaube, das wäre eine Post, welche der Aufmerksamkeit des Stadtrathes wohl wert wäre und bei welcher entsprechend gespart werden könnte. Ich beschränke mich auf diese Ausführungen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely!

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Meine verehrten Herren! Ich werde keinen Antrag stellen, sondern will nur eine Bitte an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister richten. Es wäre dies wohl die Arbeit des Herrn St.-R. v. Götz gewesen, aber nachdem ich ihn heute in der Sitzung hier vermisse, so übernehme ich es. Es betrifft dies die Wasserleitung in den westlich an der Peripherie gelegenen Bezirkstheilen. Es ist wohl der Bau des Reservoirs in Breitensee in Angriff genommen; für die Pumpstation in Breitensee ist auch eine Post eingestellt, aber die Arbeiten scheinen mir etwas zu langsam zu gehen. Ich weiß, dass dann, wenn das Reservoir und auch die Pumpstation fertig sein werden, noch wird gebaut werden müssen, und zwar ist es das Rohrlegen vom Rosenhügel hinüber zur Pumpstation. Das ist wieder eine Arbeit, die vielleicht ein Jahr in Anspruch nehmen wird, und die westlichen Bezirke bleiben immer ohne Wasser. Wenn man die Verhältnisse kennt, so kann man sich ein Bild von dem Elende, das dort herrscht, machen. Es ist das, meine Herren, sehr traurig, wenn man von den Interessenten befragt und bestürmt wird, dass man ihnen Auskunft geben soll, wann denn eigentlich der ersehnte Augenblick kommen wird, wo diese Bezirkstheile mit Wasser versorgt werden.

Ich mache Sie auf einen Umstand aufmerksam. Ich selbst habe einmal eine Interpellation bezüglich dieser Frage zu beantworten gehabt, und gerade war es vor der Excursion, die der Gemeinderath damals in das Quellengebiet unternommen hat, und ich habe da bei dieser Gelegenheit unseren hochgeehrten Herrn Vice-Bürgermeister am Kaiserbrunnen direct gefragt, was ich eigentlich den Interpellanten, die mich schon so oft gefragt haben, zur Antwort geben kann, wann sie eigentlich daran denken dürfen, dass sie mit Wasser versorgt werden. Damals — es ist ja schon über zwei Jahre her — gab mir der Herr Vice-Bürgermeister zur Antwort, nachdem er den Herrn Baudirector zuerst befragt hat: „Nun, wenn die Rechtsfrage jetzt günstig ausfällt, dann können Sie versichert sein, dass Sie in anderthalb Jahren das Wasser haben." Nun, meine Herren, jetzt wird aber erst das Reservoir gebaut, dann wird die Pumpstation gebaut, dann werden die Rohre gelegt. Da können wir, meine Herren, vielleicht noch sechs Jahre warten. Wie der schleppende Gang der Sache ist, habe ich gar kein Vertrauen. Ich muss sagen, ich habe gar kein Vertrauen. Es ist nicht zu beschreiben, welches Elend im vergangenen Jahre bei dieser trockenen Jahreszeit dort war. In einzelnen Bezirken haben sie gar keinen Auslaufbrunnen gehabt und da musste die Wasserversorgung mittels Wägen stattfinden, und in anderen Bezirken waren die Auslaufbrunnen so spärlich bestellt, dass die Leute bei der großen Hitze sich um das Wasser raufen mussten. Also ich möchte die inständigste Bitte an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister richten, dieser Angelegenheit sein Augenmerk zuzuwenden, dass diese Frage endlich einmal einer günstigen Erledigung zugeführt werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gierster zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Gierster: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche für den Schluss der Debatte sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Bärtl und Tagleicht. — Herr Gem.-Rath Bärtl!

Gem.-Rath Bärtl: Meine sehr geehrten Herren! Es wurde heute auf die Gartenanlagen hingewiesen. Wenn eine Anlage in unrechte Hände kommt, so kann nichts mehr damit geschehen; es ist aus damit. So ist es auch mit dem, was der Herr College von jener Seite (rechts) angeführt hat, mit der Wasserleitung in Pötzleinsdorf. Thatsächlich ist die Leitung fertig, aber sie gibt keinen Tropfen Wasser. Die Quelle ist unterhalb der Geroldsbank auf der Seite in Pötzleinsdorf und sie hat viel Wasser gegeben bis zum Jahre 1890. Bei der Kirche war ein Auslaufbrunnen mit einem riesigen Strahl. Dann weiter unten das eiserne Reservoir und noch eines weiter unten anfangs der Allee. Jetzt ist das ganze Jahr kein Wasser.

Nun war schon durch die Aufgrabung der Straße die Verbindung mit Salmannsdorf unterbrochen. Man konnte nicht fahren, und jetzt hatte die Bevölkerung auch kein Wasser. Ich möchte Sie also warnen, den Antrag Kaspar anzunehmen. Was kann denn die Bevölkerung dafür, wenn eine unrichtige Hand mit der Leitung so umgeht, dass die Quelle nicht genügend unterfangen wird? Sie wird schon wieder gefunden werden, und Herr College, es sind nicht mehr 3500 fl., sondern es sind 1000 fl. für currente Ausführungen. Warum also die Bevölkerung so strafen? Die Quelle wird wieder gefunden werden, die Rohre liegen ja da, und ich bitte Sie also, den Antrag des Collegen von jener Seite (rechts) nicht anzunehmen, sondern den Betrag stehen zu lassen, weil ohnedies nur 1000 fl. auf diesen Gegenstand entfallen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Tagleicht!

Gem.-Rath Tagleicht: Ich möchte bei dieser Gelegenheit das Präsidium auf einen vom Gemeinderathe im Vorjahre angenommenen und an den Stadtrath geleiteten Antrag aufmerksam machen, der dahin gieng, die Buchhaltung aufzufordern, über die Selbstkosten des Hochquellenwassers Bericht zu erstatten. Die Ansprüche an das Wasser steigen stetig in allen Bezirken, und natürlich gewinnt diese Frage immer mehr an Wichtigkeit. Ich erlaube mir daher die Anfrage, ob der geehrte Herr Referent des Stadtrathes in der Lage ist, mitzutheilen, ob eine solche Aufstellung der Selbstkosten des Hochquellenwassers bereits in der Ausarbeitung begriffen ist, eventuell in welchem Stadium sich diese Sache befindet. Es wäre auch möglich, dass der Herr Buchhalter, der anwesend ist, Aufschluss geben könnte.

Bürgermeister: Der Herr Stadtraths-Referent zum Schlussworte.

Stadtraths-Referent: Bezüglich der Wasserleitung in Pötzleinsdorf ist zu bemerken, dass nur der Betrag von 1000 fl. eingestellt ist, indem der Betrag von 3500 fl., welchen der Magistrat ursprünglich eingestellt hat, vom Stadtrathe gestrichen wurde und die Budget-Commission zugestimmt hat. Dagegen wurde der Betrag von 1000 fl. für die currente Erhaltung dieser Wasserleitung im Budget belassen, welcher ja höchstwahrscheinlich gebraucht werden wird, nachdem doch anzunehmen ist, dass die Quelle wieder aufgefunden werden wird.

In Beantwortung der Anfrage des Herrn Dr. Kupka bezüglich der Diäten, welcher gemeint hat, dass für die Aufforstung nur 4500 fl. eingestellt seien, dagegen 6500 fl. an Diäten, Reise- und Commissionsgebüren, ist zu bemerken, dass diese 6500 fl. nicht anläßlich der Aufforstung allein, sondern für Reise-, Diäten- und Commissionsgebüren für die gesammte Wasserleitung bestimmt sind. Die Posten stehen nur untereinander, daher ist wahrscheinlich dieses Misverständnis entstanden.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Kaspar hat das Wort.

Gem.-Rath Kaspar: Ich berichtige thatsächlich, dass es mir nicht einfallen konnte, die Bevölkerung von Pötzleinsdorf zu schädigen. Die Bevölkerung von Pötzleinsdorf hat längst darauf verzichtet, dass die Wasserleitung wieder instandgesetzt werde, weil es schon absolut ausgeschlossen ist, dass etwas zustande kommt. Wir können also dieses Geld sehr leicht ersparen.

Bürgermeister: Ziehen Sie Ihren Antrag nach der Aufklärung des Herrn Referenten zurück?

Gem.-Rath Kaspar: Ja!

Bürgermeister: Über den Gegenstand, das kann ich den Herrn Gemeinderath versichern, ist im Stadtrathe wiederholt verhandelt worden und sind die Übelstände, die auch vom Herrn Gem.-Rathe Josef Müller bereits besprochen worden sind, genau auseinandergesetzt worden. Es hat auch das Bauamt Aufklärungen über den Fall gegeben. Das Wort hat der Herr Referent der Commission.

Commissions-Referent: Ich möchte nur einige kurze Bemerkungen machen. Es sind von Seite mehrerer Herren Vertreter der Vororte Wünsche geäußert worden wegen Beschleunigung der Versorgung der Bevölkerung der ehemaligen Vororte mit Wasser. Diese Wünsche sind ja gewiss in vollstem Maße berechtigt, ich anerkenne das vollkommen, ich möchte aber nur das eine bemerken, dass nach einer Tabelle, welche wir vor kurzem bekommen haben, thatsächlich in den letzten Jahren nicht weniger als 4400 Einleitungen gemacht worden sind, von welchen nicht weniger als 2600 bereits bemessen wurden. Durch die Bemessung der Einleitungen sind bereits 165.000 Einwohner der neuen Bezirke mit Wasser versorgt worden, so dass man annehmen kann, dass, nachdem die Bemessungen auch auf die übrigen Einleitungen sich erstrecken werden, thatsächlich heute nicht weniger als etwa 300.000 Menschen neu mit Hochquellenwasser versorgt worden sind. Diese Ziffern können Sie der Tabelle entnehmen, die vor kurzem hier verbreitet worden ist. Im übrigen muss ich die Wünsche, wie sie ausgesprochen worden sind, als vollkommen berechtigt anerkennen.

Bürgermeister: Halten Herr Gem.-Rath Dr. Kupka Ihren Antrag nach den Aufklärungen des Referenten noch aufrecht?

Gem.-Rath Dr. Kupka: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Bürgermeister: Da gegen sämmtliche Positionen, wie sie von der Commission vorgeschlagen worden sind, keine Einwendung ist, erkläre ich sämmtliche Posten für angenommen.

Herr Gem.-Rath Steiner hat den Antrag gestellt: Das Bauamt werde beauftragt, mit Rücksicht auf den herrschenden Wassermangel in der ehemaligen Gemeinde Unter-Döbling unverzüglich entweder durch Zufuhr oder Aufstellung von Auslaufbrunnen diesem Trinkwassermangel abzuhelfen.

Herr Gem.-Rath Brauneiß beantragt, dass die Selzergasse und das Reservoir Schmelz nicht zur Vergrößerung des Reservoirs verwendet werden soll, sondern der Verbauung zugeführt werde.

Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Jedlička: Ist mein Antrag zur Abstimmung gekommen?

Bürgermeister: Ihr Antrag ist unter einem mit allen übrigen Anträgen dem Gesetze gemäß dem Stadtrathe zugewiesen worden.

Stadtraths-Referent: Gruppe XXVII, Seite 262:
Canaleinmündungsgebüren 230.000 fl.;
Beiträge für Canalbenützung 250 fl.;
Beiträge für Räumung der Hauscanäle 286.090 fl.;
Eine außerordentliche Einnahme für verkaufte Parcellen des eingewölbten Währingerbachcanales 2000 fl.

Die Ausgaben: Erhaltung der Canäle sammt Canalbauten sind bereits vom Gemeinderathe bewilligt worden;
Räumung der Canäle 109.890 fl.;
Räumung der Hauscanäle 282.420 fl.
Das ist die ganze Rubrik XXVII.

Bürgermeister: Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent: Von Seite der Budget-Commission wird beantragt, als außerordentliche Einnahme noch den Betrag von 15.000 fl. ins Budget einzustellen für die im Jahre 1895 zur Abfuhr gelangende vierte und letzte Rate des Beitrages per 60.000 fl. des Landes Niederösterreich für die Kosten der Einwölbung des Krotten- und Arbesbaches.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Ich habe mich zur Rubrik XXVII, Posten 1 und 2, zum Worte gemeldet, um die Angelegenheit der Einhebung der Canaleinmündungsgebüren, wie sie in den Vororten an der Peripherie gehandhabt werden, vorzubringen. Ich bin überzeugt, dass alle Mitglieder, welche dem Plenum des Gemeinderathes angehören, mit diesem Vorgehen des Magistrates nicht einverstanden sind, und ich erhebe auch nur gegen die Stadträthe und eigentlich nur gegen diejenigen einen Vorwurf, welche kürzlich dem betreffenden Referate, welches im Stadtrathe erledigt wurde, zugestimmt haben. Man verlangt von uns draußen, wenn jemand in einer Straße ein Haus hat, die noch gar nicht reguliert, die eigentlich noch gar keine Straße ist, wenn ein eingewölbter Bach da ist, die Canaleinwölbungsgebür. Das ist richtig. Nun geht der Grund hinten bis zu einem Weingarten in das Gebirge hinauf, wo keine Straße, nur ein primitiver Feldweg, kein Canal ist. Da will man von den betreffenden Erbauern der Realität auch hinten eine Canaleinmündungsgebür, wo vielleicht in 20 Jahren eine Straße, vielleicht in 30 Jahren ein Canal gebaut wird. Ich glaube, dass im Plenum des Gemeinderathes niemand ist, der dies gutheißt und es müssten da noch viele Bestimmungen des Statutes, aber auch viele Bestimmungen im Canaleinmündungsgesetze entsprechend den localen Verhältnissen geändert werden. Man sagt beim Magistrate — ich habe mich darüber erkundigt — nach dem Gesetze wäre das eine durchlaufende Realität. Meine Herren, unter einer „durchlaufenden Realität" verstehe ich vielleicht die Realitäten in der Alserstraße, die durchgehen in die Mariannengasse, wo hinten und vorn Objecte stehen. Da ist es selbstverständlich begründet, dass dieser Paragraph des Canaleinmündungsgesetzes gehandhabt wird. Aber ein weiterer Fall, der noch charakteristischer ist — der erste Fall, den ich citiert habe, ist der Fall Mally in Grinzing, der Recurs geht an den Stadtrath. Das waren die Sieveringer Fälle. Da wird der Arbesbach eingewölbt, das alte Bachbett wird, wenn die Einwölbung fertig ist, zugeschüttet. Die Gärten laufen alle durch.

Nun kommt es vor, dass dort eine neue Baulinienbestimmung mitten durch den Garten geht, und dass dort die Gassenfront ist. Von den betreffenden Leuten will man nicht die Gebür für eine Front, sondern für alle vier. Dass der Stadtrath das nicht sofort zurückweist und den Magistrat nicht beauftragt, eine den localen Verhältnissen entsprechende Vorlage zu machen, begreife ich nicht. Es ist, wie mir mitgetheilt worden ist, vorgestern und vorvorgestern von Seite des Stadtrathes der Auftrag an die Bezirksvorstehungen ergangen, sich über die Verhältnisse der betreffenden Hausbesitzer, welche die Canäle einmünden lassen müssen, zu informieren. Meine Herren, dem kann ja niemand zustimmen. Wenn ein Canal gebaut wird, so soll er — das sagt ja schon der Titel des Canaleinmündungsgesetzes — einmünden. Gut, aber die Einmündungsgebür heute der Gemeinde geben für etwas, was vielleicht in 30 Jahren durchgeführt wird, das verstehe wer will! Aber weiter muss auch mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der betreffenden Hausbesitzer gerechnet werden. Ich habe in Erfahrung gebracht — ich kann dem Herrn Bürgermeister versichern, dass wir energisch recurrieren werden gegen derartige Aufträge des Magistrates — man will selbst die Fäcalien den betreffenden Hausbesitzern nicht lassen, sondern sie sollen unbedingt einmünden. Die muss er im Canal lassen; wenn er sie im Frühjahre als Dünger braucht, muss er sie dann kaufen — dadurch ist er wirtschaftlich geschädigt. Das nützt einmal nichts, jetzt ist eine Übergangsperiode. Es muss dieser Calamität abgeholfen werden und ich würde Sie bitten, den Antrag zu unterstützen, den ich mir zu stellen erlaube.

Ich könnte Fälle anführen, wie vorgegangen wird nicht nur in meinem Bezirke, Fälle, die gerade diametral den wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüberstehen.

Ich stelle daher den Antrag: „Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich dem Gemeinderathe eine den örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Vorlage bezüglich der Canaleinmündungsgebüren vorzulegen."

Ich möchte Sie bitten, das anzunehmen, damit nicht unnöthige Recurse vorkommen; jeder kann sich nicht einen Recurs selbst machen oder schreiben. Damit das beseitigt wird, würde ich Sie bitten, meinen Antrag anzunehmen, und an den Herrn Bürgermeister erlaube ich mir die Bitte zu richten, dass er gütigst veranlassen möge, dass der Antrag nicht bis zur Budgetdebatte im nächsten Jahre unter dem Staube liegt.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Strobach.

Gem.-Rath Strobach: Meine Herren! Ich werde mir erlauben, nur einige Worte über den Sammelcanal zu sagen. Seit einigen Wochen wird in Meidling wieder der Sammelcanal gebaut und es häufen sich die Klagen der Bevölkerung über die Rücksichtslosigkeit, welche man dabei ihr gegenüber zeigt, ebenso über das langsame Tempo, das bei der ganzen Arbeit eingeschlagen wird; die Wägen müssen einen Umweg machen, der Verkehr wird behindert und die Geschäftsleute werden wesentlich geschädigt, so dass ich bitten würde, dass das Bauamt die Beaufsichtigung und die Überwachung der Arbeiten in schärferer Weise führt, als es bisher war. Ich finde auch begreiflich, was da im vorigen Jahre geschehen ist. Ein Bezirksausschuss des V. Bezirkes hat zugesehen, wie tief die Leute da hinuntergehen, und da ist der Bauleiter gekommen und hat ihn weggeschafft. Der Bezirksausschuss Herr Pfister sagt: „Ich will ja nur sehen, wie tief die hinuntergehen, ich bin Bezirksausschuss." Darauf antwortet ihm der Bauleiter: „Dann müssen Sie erst recht fort." Wahrscheinlich hat er gedacht, das ist ein Sachverständiger, der es sehen könnte, wie schlampert er die Arbeit macht; offenbar hat er es für nothwendig befunden, jemanden, der von der Arbeit etwas versteht, wegzuschaffen. Der Herr Bezirksausschuss Pfister hat es zwar nicht verstanden, aber

als Bezirksausschuss hat er doch geglaubt, das Recht zu haben, zu sehen, wie tief die Leute hinuntersteigen. So unglaublich wird vorgegangen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Bürgermeister bitten, darauf zu achten, dass doch endlich die betreffenden Contrahenten gezwungen werden, das Pflaster, welches bis nach Schönbrunn geht und das einem Menschen die Seele ausbeutelt, so dass er unserem Herrgott danken muss, wenn er in Schönbrunn lebendig ankommt und die Luft genießen kann, endlich zu beseitigen. Der Contrahent ist der Gemeinde im Worte; es kostet keinen Kreuzer, ihm zu sagen: erfülle deine Pflicht — und die Sache ist erledigt. Solche Sachen sollten denn doch nicht x-mal urgiert werden müssen, wenn es sich darum handelt, andere an die Pflichterfüllung zu erinnern.

Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen. „Das Stadtbauamt werde beauftragt, der Überwachung der Arbeiten des Sammelcanales die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und so die crassen Übelstände bei dem Bau des Sammelcanales zu verhindern."

Meine Ausführungen bezüglich des Pflasters möchte ich auch den Herrn Bürgermeister gefälligst in Vormerkung zu nehmen bitten, denn die Leute brechen sich ja den Hals, wenn sie da bei Nacht gehen müssen, weil die Unebenheiten 20 bis 25 cm erreichen.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Hackenberg.

Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe mir lediglich das Wort erbeten, um auf die Ausführungen des Collegen Steiner bezüglich der Canaleinmündungsgebür zu antworten. Die Beschwerden der Vororte waren gewiss solange gerechtfertigt, als lediglich das Canaleinmündungsgesetz vom 19. Jänner 1890 bestand, denn dieses Canaleinmündungsgesetz war unmittelbar vor der Einverleibung der Vororte erlassen und nahm daher in seinen Bestimmungen gar nicht Rücksicht auf die ländlichen Verhältnisse und den ländlichen Charakter der Vororte; es waren daher die Bestimmungen des Canaleinmündungsgesetzes, die Höhe der Gebüren wirklich außerordentlich onerös für die Vororte. Nun ist jedoch speciell über meine Initiative eine Abänderung des Canaleinmündungsgebürengesetzes erfolgt durch das Gesetz vom 9. April 1894. Durch dieses Gesetz sind außerordentliche Erleichterungen und Herabsetzungen der Canaleinmündungsgebüren ermöglicht, aber diese Erleichterungen können nur gewährt werden, nicht von den magistratischen Bezirksämtern, sondern vom Stadtrathe. Es ist daher nothwendig, dass die betreffenden Parteien es entweder ausdrücklich begehren oder dass die magistratischen Bezirksämter von amtswegen die betreffenden Eingaben der Parteien vorlegen.

Die magistratischen Bezirksämter haben auch den Auftrag erhalten, auf diese Verhältnisse in den ländlichen Bezirken der einverleibten Vororte Bedacht zu nehmen. Es kommt nun eine große Anzahl von Eingaben und Recursen gegen die Bemessung der Canaleinmündungsgebüren seitens der magistratischen Bezirksämter, und es sind dagegen keine besonderen Eingaben nothwendig, sondern, wenn die Partei in dem betreffenden Commissionsprotokolle erklärt, dass sie eine Herabsetzung der Canaleinmündungsgebüren begehrt, sie braucht nicht einmal zu sagen in welchem Umfange, so ist das magistratische Bezirksamt verpflichtet, das Protokoll dem Stadtrathe zur Entscheidung vorzulegen. Die Anzahl der Fälle, welche ich, im Durchschnitte, in Betreff der Canaleinmündungsgebüren im Stadtrathe referierte, beträgt ungefähr 40 bis 50 monatlich und es werden die Canaleinmündungsgebüren bei solchen Gelegenheiten bis auf ein viertel, die Hälfte und drei Viertel herabgesetzt, immer unter Bedachtnahme auf die concreten Verhältnisse. Ich glaube nun, eine Vorlage auszuarbeiten, in welcher auf die einzelnen, unendlich verschiedenen Verhältnisse im vorhinein Bedacht genommen werden könnte, ist ein Ding absoluter Unmöglichkeit, im Gegentheile, durch die Entscheidung jedes einzelnen Falles kann innerhalb des Rahmens des Gesetzes vom 9. April der Stadtrath die Herabsetzung der Canaleinmündungsgebür aussprechen. Ich weiß es ja, dass die magistratischen Bezirksämter in der Wahrung des Interesses des Gemeindesäckels in dieser Richtung etwas weit gehen. Es sind wiederholt Fälle vorgekommen, wo ich sogar im Stadtrathe beantragt habe, bei der Herabsetzung der Canaleinmündungsgebüren weiter herunterzugehen, als die Parteien selbst begehrt haben, und der Stadtrath hat dem zugestimmt. Sie sehen also, meine Herren, dass diesen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Die Fälle, von welchen generell Herr College Steiner von Grinzing und Sievering gesprochen hat, liegen dem Stadtrathe, soviel mir bekannt ist — ich bekomme meist diese Referate — zur Entscheidung noch nicht vor. Er kann aber versichert sein, dass auf die Verhältnisse entsprechend Rücksicht genommen werden wird und auch in jenen Fällen Rücksicht genommen werden wird, wo die magistratischen Bezirksämter Canaleinmündungsgebüren auch dort bemessen haben, wo zwar die Baulinienbestimmung vorgenommen worden ist, es aber noch ganz unsicher ist, ob und wann die betreffende Straße zur Durchführung kommen wird.

In solchen Fällen wird von den betreffenden Fronten, die ja künftig möglicherweise auch keine Straße werden, gewiss auch keine Canaleinmündungsgebür bemessen werden. Wenn die Parteien entsprechend belehrt werden, insbesondere auch belehrt werden von den amtierenden Organen der Bezirksämter, so wird allen gerechtfertigten Beschwerden dadurch vollständig entsprochen werden können. (Beifall.)

Gem.-Rath Steiner: Ich danke dem geehrten Herrn Stadtraths-Referenten für die Aufklärungen und werde selbstverständlich, wenn ich um derartige Angelegenheiten gefragt werde, in diesem Sinne antworten. Aber vom Herrn Bürgermeister und den Stadträthen wurde im Plenum immer hingewiesen, dass der Stadtrath mit Arbeiten überbürdet sei, und da wäre es im Interesse des Stadtrathes gelegen, wenn der Magistrat eine diesbezügliche Vorlage ausarbeiten würde, damit nicht jeder Fall im Stadtrathe referiert werden muss; wozu soll man jedesmal beschließen, wenn stets Nachlässe gewährt werden; dann hat das ja keinen Sinn. Darauf aber — Herr Dr. Hackenberg möge verzeihen — kann ich mich nicht verlassen, wenn er erklärt, dass, wenn die Baulinie bestimmt wird, und der Betreffende dann das Ersuchen stellt, für die zukünftige Straßenfront die Canaleinmündungsgebür nicht vorgeschrieben wird. Das ist möglich und auch nicht, darauf kann ich mich nicht verlassen. Ich nehme dankend zur Kenntnis, dass der Magistrat beauftragt wird, bei dem Bau- und Benützungsconsense oder wenn die Canaleinmündungs-Commission kommt, die Leute aufzuklären. Ob das jeder Beamte thut, ist ebenfalls fraglich, und ich bin überzeugt, wenn die Frage zur Abstimmung käme, würde sich im Plenum nicht die Majorität finden, etwas derartigem zuzustimmen, weil so gewiss keine Rücksicht genommen wird auf die Entwicklung der Vororte. Denn es ist zweifellos eine Erscheinung der baulichen Entwicklung, mit der schon jeder, welcher

baut, rechnen muſs. Denn es werden draußen nicht Häuser mit vier und fünf Stock gebaut, die ja schon nach der Bauordnung verboten sind. Es bauen oft kleine Leute Häuser mit zwei Zimmern, Cabinet und Küche. Die Gründe sind meist durchgehende Realitäten. Da kostet die Canaleinmündungsgebür soviel, als das Haus kostet; der Mann hat aber oft nicht mehr, als er zum Bau benöthigt.

Zur Vereinfachung der Führung der Geschäfte — Sie sind ja selbst im Stadtrathe, Herr Dr. Hackenberg — möchte ich Sie bitten, Ihren Antrag nicht aufrechtzuerhalten; der Magistrat soll eine Vorlage mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse ausarbeiten, und wir werden prüfen, was gut und was schlecht ist.

Bürgermeister: Zu den Einnahmen ist niemand mehr zum Worte gemeldet. (Herr Gem.-Rath Eigner meldet sich zum Worte.) Herr Gemeinderath wünschen ja zu den Ausgaben zu sprechen! (Gem.-Rath Eigner: Nein, zu dieser Angelegenheit!) Also ich bitte, Herr Gemeinderath!

Gem.-Rath Eigner: Ich werde nicht lange sprechen. Ich stelle nur an Herrn Dr. Hackenberg einige Fragen. Er hat seine Rede gut ausgeführt, aber nicht so geantwortet, wie er hätte antworten sollen. Über die Canaleinmündungsgebüren existiert ein Gesetz. Wenn die Commune Wien einen Canal in einer Straße baut, wo zum Beispiel Bauplätze sind und ich Besitzer der Bauplätze bin und die Commune den Canal gemacht hat, so kann die Commune an mich herantreten und eine Gebür einheben, wenn ich baue und den Hauptcanal benütze. Das hat Herr Dr. Hackenberg nicht erwähnt. Herr Gem.-Rath Steiner hat ausführlich gesagt, daſs in Grinzing, wo ein Canal von der Commune Wien gemacht wurde, jemand Ackergrund oder einen Weingarten oder eine Wiese besitzt, aber kein Gebäude aufgeführt hat, und der Magistrat eine Canaleinmündungsgebür eingehoben oder einheben hat wollen.

Bürgermeister (unterbrechend): Aber, Herr Gemeinderath, das hat ja Herr Gem.-Rath Dr. Hackenberg alles schon beantwortet!

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ferner habe ich Herrn Gem.-Rath Steiner doch so verstanden, daſs in dieser Länge des Ackers eine Zukunftsstraße gemacht wird und daſs man da sogar auch eine Canaleinmündungsgebür vorgeschrieben hat, wo noch gar keine Straße und kein Canal gemacht ist. Das ist ja gesetzwidrig! Herr Dr. Hackenberg hätten dem Herrn Gem.-Rathe Steiner einfach antworten sollen, daſs diese Forderungen vom Magistrate überhaupt nicht gerechtfertigt sind. Da können Sie Canäle machen, so viele Sie wollen, sobald die Bauten nicht den Canal benützen, ist die Commune nicht berechtigt, eine Gebür einzuheben, Herr Bürgermeister. Das hätte Herr Dr. Hackenberg als Vertreter und Stadtrath antworten sollen. Ich glaube, Herr Gem.-Rath Steiner wäre dann ganz zufrieden gewesen und da gibt es keine Entscheidung des Stadtrathes und jemandes anderen. Als Entscheidung sagt das Baugesetz selbst, daſs ich erst eine Gebür bezahlen muſs, wenn ich den Canal benütze. Ich glaube, Sie werden durch meine Ausführung vollständig aufgeklärt sein.

Bürgermeister: Die Debatte über „Einnahmen“ ist geschlossen. Zu „Ausgaben“ hat Herr Gem.-Rath Jedlička das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren, ich werde mich sehr kurz fassen; aber etwas muſs ich betonen. Es ist hier unter Rubrik XXVII, Post 1 b „Canal-Neubauten“ ein Betrag von 632.100 fl. eingesetzt. Von diesem Betrage sind im Specialausweise 60.000 fl. für die Einwölbung des Krottenbaches präliminiert. Herr Bürgermeister, verzeihen Sie, ich muſs etwas hervorheben. Ich habe vor circa vier Wochen vom Vertreter der Commune Wien, dem Rechtsconsulenten, der Stadt eine Zuschrift bekommen, daſs nächsten Montag — es war an einem Freitag — eine Zusammenkunft der Anrainer auf der neu zu errichtenden Straße stattfindet und ich dabei intervenieren soll. Da ich die Verhältnisse im Bezirke nicht genau kenne und nicht weiß, wie die Leute in ihrem Eigenthume geschädigt sind oder ihnen genützt ist, bin ich hinausgegangen, um mich zu informieren und habe einen Collegen aufgefordert, er möge ein paar Nachbarn zusammenrufen, damit sie erklären, wie sie zu der Sache stehen. Die Leute kommen den zweiten Tag, am Samstag. Meine erste Rede war, daſs ich gesagt habe: Leutl, Euch wird durch die Errichtung dieser Straße und durch Einwölbung des Baches eine große Wohlthat erwiesen. Ihr müſst Euch gefaſst machen, daſs Ihr Opfer bringen müſst. Nun sage ich, wenn aber einige unter Euch sind, welchen die Straße vielleicht durch den ganzen Grund geht und die vielleicht um ihr halbes Eigenthum kommen, so müssen sie entschädigt werden und da werde ich Euch den Vorschlag machen, einigt Ihr Euch, daſs die Commission, welche die Aufnahme macht, auch über die Entschädigungssumme beschließe, daſs auch für diejenigen, die ihr Eigenthum beinahe ganz verlieren, die Summe festgestellt werde. Dann müſst Ihr Euch auch einigen, daſs die, die nichts oder nur wenig verlieren, also großen Nutzen durch die Straße ziehen, eine gewisse Summe opfern, darüber müſst Ihr Euch einigen, um damit diejenigen, die ihr Eigenthum verlieren, zu entschädigen. Die Leute haben gesagt: Darüber läſst sich reden; wenn wir statt eines Ackers oder einer Wiese einen Bauplatz bekommen, so ist das die paar Gulden wert, damit diejenigen, die etwas verlieren, entschädigt werden. Herr Bürgermeister, ich habe dies zu dem Zwecke gesagt, weil ich in einem Localblatte im XVIII. Bezirke beschuldigt wurde, daſs ich die Interessen der Gemeinde nicht gewahrt und gegen dieselben gearbeitet habe. Ich habe das beste gewollt, daſs wir die Straße erhalten und die Leute durch sich selbst, durch die Erhöhung des Wertes ihres Eigenthumes, welches nicht weggenommen wird, die anderen entschädigen; das war das ganze und ich habe dies zu dem Zwecke gesagt, damit es hier protokollarisch festgestellt wird, was ich eigentlich gethan habe. Dem Blatte, welches mich nach außen in Miſscredit bringen wollte, zu antworten, ist unter meiner Würde.

Ich habe dies hier zu Protokoll gegeben. (Beifall.)

Bürgermeister: Ich kann nur ebenfalls den Wunsch aussprechen, daſs es gelingen möge, diese Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Ich habe das meinige dazu gethan.

Gem.-Rath Jedlička: Ich kam denselben Tag, wo ich mit den Leuten verhandelte, Samstag, nach Hause, und da lag schon ein zweiter Brief von demselben Rechtsfreunde, in dem gestanden ist, daſs Montag diese Verhandlung nicht stattfindet.

Bürgermeister: Ich kann nur sagen, wir haben Samstag in Döbling die Verhandlung gehabt, und trotz aller Bemühungen, Vorstellungen und Versicherungen, daſs auf die Verhältnisse der einzelnen eingegangen werden wird und solche Leute, welche wirklich Verluste erleiden, entschädigt werden sollen, ist es nicht gelungen, auch nur einen Schritt zur Verständigung zu machen. Nachdem nun dies ein wesentlicher Bestandtheil der ganzen Action war und in Döbling eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wäre es ganz überflüssig gewesen, auf die anderen Theile, die nach Währing gehören,

weiter einzugehen. Ich habe aber noch immer die Hoffnung, dass die dortigen Eigenthümer sich die Sache überlegen, selbst die Initiative ergreifen, zu mir kommen und erklären werden, dass sie zu weiteren Verhandlungen bereit wären. Wenn dies nicht geschieht, wird die ganze Arbeit einen sehr bedauerlichen Stillstand erfahren, der nur zum größten Nachtheile der dortigen Eigenthümer ausgehen wird.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich erkläre auch die Ausgabspost sowie die Einnahmspost für angenommen.

Wir kommen zur Gruppe VII.

Gem.-Rath Steiner: Was ist's mit meinem Antrage?

Bürgermeister: Ich bitte um Entschuldigung. Herr Gem.-Rath Steiner hat beantragt, der Magistrat werde aufgefordert, unverzüglich dem Gemeinderathe eine den örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Vorlage bezüglich der Canaleinmündungsgebüren vorzulegen.

Dieser Antrag wäre dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen. Jene Herren, die damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag Strobach lautet: Das Stadtbauamt werde beauftragt, der Überwachung der Arbeiten des Sammelcanales die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und so die crassen Übelstände bei dem Bau des Sammelcanales zu verhindern.

Die Herren, die mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Gruppe VII besteht aus fünf Hauptrubriken: XXVIII „Märkte und Marktwesen", XXIX „Markthallen", XXX „Schlachthäuser", XXXI „Lagerhaus", XXXI¹/ₙ „Verschiedene sonstige Angelegenheiten". — Wir beginnen mit Rubrik XXVIII „Märkte und Marktwesen", Seite 270:

In den Einnahmen: Marktgebüren von offenen Märkten.

Einnahmen vom Central-Viehmarkte:

Schlachtviehmarkt-Gebüren;

Jung- und Stechviehmarkt-Gebüren;

Gebüren für die Benützung der Stallungen;

Gebüren für die Benützung der Nothstechbrücke für Schweine.

Einnahmen aus der Beistellung und dem Verkaufe der erforderlichen Fourageartikel und aus der Düngergewinnung:

Miet-, Pacht- und Platzzinse.

Einnahmen vom Pferdemarkte:

Miet- und Pachtzinse.

Einnahmen vem Centralmarkte für Heu, Stroh zc.:

Marktgebüren;

Zinswert der Naturalwohnungen;

Ertrag städtischer Brückenwagen;

Mehlwaggefälls-Abfindung;

Sonstige Einnahmen und Rückvergütungen — insgesammt mit dem Betrage von 982.140 fl.

Ausgaben, Seite 272:

Auslagen für die Marktaufsicht 190.830 fl. statt der 187.130 fl., welche der Magistrat beantragt.

Bezüge der Beamten des Marktamtes;

Kostgelder der Beamten des Marktamtes.

Zinse für Marktaufsichts-Localitäten:

Auslagen für den Marktdienst und die Erhaltung der Objecte am Central-Viehmarkte:

Bezüge und Kostgelder des Dienstpersonales;

Erhaltung der Baulichkeiten, Objecte und Straßen;

Steuern sammt Nebengebüren;

Kosten der Beleuchtung;

Kosten der Beheizung der Localitäten;

Reinigung des Marktes und der Straßenzüge (einschließlich der Bespritzung der letzteren);

Desinfection des Marktes;

Assecuranzgebüren für das untergebrachte Vieh;

Durchgeführte Wasserbezugswerte;

Sonstige Markterfordernisse;

Auslagen für die Fouragebeistellung am Central-Viehmarkte in eigener Regie;

Auslagen für den Pferdemarkt;

Auslagen für den Centralmarkt für Heu, Stroh zc.;

Auslagen für die übrigen Märkte;

Auslagen für städtische Brückenwagen;

Bau dreier neuer Rinderstalltracte am Central-Viehmarkte;

Anlage eines Seuchenhofes;

Erweiterung der Schweinehalle und Herstellung von Sammelständen am Central-Viehmarkte behufs Unterbringung galizischer Schweine;

Herstellung eines neuen Szállásgebäudes (fünfte Szállásengruppe) am Central-Viehmarkte;

Auslagen für Grundeinlösungen zur Erweiterung des Central-Viehmarktes gegen die verlängerte Baumgasse — im Gesammtbetrage von 914.910 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (der den Vorsitz übernommen hat): Der Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent: Die Budget-Commission hat bei dieser Rubrik eine Reihe von Anträgen zu stellen. Zunächst stellt sie zur Gruppe VII einen generellen Antrag (liest):

„Der Herr Bürgermeister wird neuerlich ersucht, die Markt-Commissäre von jenen Agenden, welche nicht das eigentliche Marktwesen betreffen, wie Erhebungen in Vermögens- und Steuersachen zc., zu entheben und hierüber einen eingehenden Bericht an den Gemeinderath zu erstatten."

Indem die Budget-Commission diese Resolution Ihnen vorschlägt, entspricht sie einem bereits vom Gemeinderathe mehrfach geäußerten Wunsche.

Die Budget-Commission beantragt ferner zur Rubrik XXVIII „Markt und Marktaufsicht" — sie wiederholt den schon im Vorjahre gestellten Antrag (liest):

„1. Es seien die Marktgebüren-Einsammler und der Revisor mit Rücksicht auf die denselben anvertraute Geldmanipulation definitiv anzustellen.

2. Es sei der Großmarkt im XIV. Bezirke zu erweitern und eine Haltestelle für den Personen- und Frachtentransport im Interesse der Approvisionierung zu errichten."

Einer ausführlichen Begründung dieser Anträge bedarf es wohl nicht.

In den Posten werden von Seite der Budget-Commission folgende Anträge gestellt.

In der Rubrik Einnahmen XXVIII 5 „Ertrag der städtischen Brückenwagen" wird die Erhöhung dieser Post um 1370 fl. beantragt. Diese Erhöhung gründet sich darauf, dass in einer folgenden Post eine Mehrauslage für neue Brückenwagen beantragt wird, daher also billigerweise auf ein Mehrerträgnis gerechnet werden kann.

In den Ausgaben wird bei Rubrik XXVIII 2 b „Erhaltung der Baulichkeiten, Objecte und Straßen am Central-Viehmarkte" eine Erhöhung der Post um 24.630 fl. beantragt; von dieser Post heißt es hier (liest):

„Zur Bedeckung der infolge der Verschiebung der Fertigstellung der mit Stadtraths-Beschluss vom 18. September 1894, Z. 7375, vergebenen Metallic-Pflasterung im Kostenbetrage von 21.530 fl. (worauf im Jahre 1894 nur 6900 fl. angewiesen wurden) auf das Jahr 1895 wurde die Position dieser Rubrik um 14.630 fl. und behufs Sicherstellung der Auslagen für die dringend nothwendige Verstärkung der Eisenconstruction, dann für Reparatur und Anstrich der Rinderhalle noch weiters um 10.000 fl. seitens der Budget-Commission erhöht."

Es wird ferner beantragt: für den Pferdemarkt eine Erhöhung der Post um 2000 fl. zur Bedeckung der mit Stadtraths-Beschluss vom 12. November 1894 gegebenen Ersetzung der schmiedeeisernen Hauptleitungsrohre durch gusseiserne Rohre zur Hintanhaltung von Gasausströmungen. Endlich wird beantragt für die Herstellung der Brückenwagen, von denen ich bereits früher gesprochen habe, eine Erhöhung der Post 7 a um 8980 fl., wodurch sie sich von 3280 fl., wie der Magistrats-Antrag lautet, auf 12.260 fl. erhöht.

Ich bitte Sie, diesen Anträgen sowie den von der Budget-Commission vorgeschlagenen Resolutionen Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zu den Einnahmen ist vorgemerkt Herr Gem.-Rath Stehlik.

Gem.-Rath Stehlik: Zu den Einnahmen will ich nicht sprechen, sondern zu den Märkten und zu der Marktaufsicht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte!

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Ich habe mir die Märkte bei Nacht sehr oft schon angesehen, und ich habe auch diese Marktcassiere und ihre Thätigkeit genau mitangesehen und mich informiert. Ich habe auch gefunden, dass diese Leute noch nicht definitiv angestellt sind. Jeder dieser Marktcassiere oder Einsammler, wie man sie nennt... (Gem.-Rath Vincenz Wessely: Es ist beantragt von der Budget-Commission!) Bitte, definitiv? (Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ja, das ist im Zuge! — Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Auch die Hallendiener werden definitiv!) Das hat man mir nicht gesagt. Ich wünsche nur, dass diese Marktcassiere oder Einsammler definitiv angestellt werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte, das ist ein Antrag der Commission; der wurde ausdrücklich verlesen.

Gem.-Rath Stehlik: Nun also, dann bin ich zufrieden! Dann will ich noch etwas hinzufügen. Bedenken Sie, wir haben so viele offene Märkte, und da sind bloß 18 Einsammler und ein einziger Revisor. Es werden ja, meine Herren, so wie gerade jetzt, diese Leute häufig krank; ich habe oft klagen gehört, sie haben keinen Substituten. Man sollte doch mehr Leute anstellen, damit die Leute ihren Pflichten genügen können. Von 1 Uhr nachts bis 2 Uhr nachmittags müssen die Leute auf den Beinen sein und ihre Thätigkeit entwickeln. Dazu müssen sie das tagtäglich thun. Der Schlaf bei Tag ist doch nicht so wie der in der Nacht. Die Leute müssen bei jedem Wetter draußen sein, sie können sich keinen Schirm nehmen. Man muss sagen, dass die Leute nicht sehr gut bezahlt sind. Man hat schon oft manchem Angestellten seine Bezüge erhöht; ich glaube 55 fl. pro Monat wären für einen so schweren Dienst nicht zu viel. Ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, auf diese armen Teufel Rücksicht zu nehmen. Der Herr Revisor ist ein sehr honetter, anständiger Mann; er muss eine Caution von 1200 fl. leisten und hat auch bloß 130 fl. pro Monat; er hat auch keinen Substituten — ich betone das — er muss immer da sein. Uns passiert doch auch etwas im Leben, dass wir zum Beispiel krank werden; da wird man von jemandem unterstützt, er hat aber keine Unterstützung.

Ich möchte also bitten, dass man mehr Rücksicht üben soll, dass man den Leuten eine Beihilfe gebe. Bedenken Sie, wie viele Märkte und nur 18 Einsammler!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Herold!

Gem.-Rath Herold: Ich wollte mir nur erlauben, bei den Ausgaben zu den Markthallen zu reden. (Rufe rechts: Dabei sind wir ja noch nicht!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Bitte nur zu sprechen!

Gem.-Rath Herold: Die Unzulänglichkeit der Markthallen ist bereits in den verschiedensten Debatten gerügt worden. Die Großmarkthalle kann unbedingt im gegenwärtigen Zustande nicht bleiben...

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Bitte, das gehört zur Rubrik XXIX, wir sind bei Rubrik XXVIII. Ich werde den Herrn Redner bei Rubrik XXIX aufrufen. — Herr Gem.-Rath Steiner!

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Wenn der Herr Bürgermeister heute mittags in meiner Wohnung gewesen wäre, so hätte er gesehen, dass ich ein aufrichtiger Freund von ihm bin, ihn hochschätze und, wo ich nur kann, vor etwas unangenehmem bewahre. Heute mittag komme ich nach Hause, da kommen einige Frauen, welche Stände Am Hof haben, zu mir. Meine Herren! Ich vertrage schon einen Puff, aber das war mir doch zu stark. Sie wollten, ich solle sie dem Herrn Bürgermeister vorführen. Herr Bürgermeister, ich kann Sie versichern, wenn Sie da unterbrochen und zur Geschäftsordnung gerufen hätten, hätten Sie keine Ruhe gehabt, bis die Sache erledigt wäre. Der Fall ist folgender.

Vor kurzer Zeit sind denjenigen Händlerinnen, welche — man kann ja sagen — in etwas größeren Partien Obst an die kleineren Hausierer verkaufen — es ist die Marktzeit hiefür von 2 bis 6 Uhr morgens, sie kaufen es vom Cirio in der Großmarkthalle, führen es Am Hof und verkaufen es dort — die Steuerbögen abgenommen worden mit der Motivierung, sie zahlen zu wenig Steuer, die Steuer müsse erhöht werden. Nun, das haben sich die Leute gefallen lassen. Die Steuerbögen sind ihnen abgenommen worden, und vorgestern ist ihnen der Auftrag zutheil geworden, dass sie heute nachts nicht mehr ihre Waren dort absetzen dürfen. Meine Herren! So leicht springt man denn doch nicht um, und ich bringe das deshalb in der öffentlichen Sitzung zur Sprache, weil es gut wäre, wenn Erhebungen gepflogen würden, ob es den Thatsachen entspricht, dass die betreffenden Leute beim Herrn Marktdirector und beim Magistratsrathe, dem Referenten, vorsprechen wollten und nicht empfangen worden sind. Das geht doch nicht an, wenn die Leute sich an das competente Forum wenden und dort einfach nicht vorgelassen werden.

Ich habe gedacht, die Preußen schießen nicht so schnell, und man wird die Leute nicht momentan dort weggeben, nachdem dieselben mir mitgetheilt haben, dass sie Forderungen haben an die Leute, die täglich auf den Markt kommen, sie selbst auch die Waren schuldig sind und, wie gesagt, Schulden draußenstehen haben;

wenn man sie plötzlich von dort entfernt, sind sie einfach ruinierte Leute. Ich glaube, dass man darüber Erhebungen pflegen soll, wieweit das begründet ist, dass man zu jemandem sagt: geh' weg da, du darfst dir deinen Verdienst auf diesem Platze nicht mehr suchen.

Noch eines, meine Herren! Es ist bezüglich des Marktes gesagt worden, es ist jetzt die Überfütterung auf dem Markte etwas eingedämmt worden, und in der heutigen Nummer der „Fleischhauer- und Fleischselcher-Zeitung" finde ich, dass die Überfütterung jetzt in den Waggons getrieben wird, und dass von vier Mastochsen, welche ein Fleischhauer in der vergangenen Woche gekauft hat, einer durch Überfütterung verendet ist. Ja, meine Herren, da müssen die Marktcommissäre sofort strenge Maßnahmen treffen, denn es muss endlich einmal mit der Überfütterung gebrochen werden, das ist zweifellos!

Bezüglich der Marktgebüren und des Futters möchte ich bemerken, dass es sich herausgestellt hat, dass der Ankauf des Heues und des Schrotes durch Offertausschreibung der Gemeinde günstige Erfolge aufweist. Ich habe mich draußen auf dem Markte einerseits bei den Händlern, andererseits bei den Marktcommissären darüber erkundigt. Ich will Sie damit nicht länger aufhalten — es ließe sich ja eine Stunde darüber sprechen — und würde Sie nur bitten, dass endlich einmal der Antrag des Herrn Collegen Seiler berücksichtigt wird. Wenn es schon nicht anders geht, so soll er in den Sommermonaten zur Berathung kommen, wo man sagt, dass wir nichts zu thun haben. Statt der Ferien können wir das dann berathen; 46 Herren werden schon hier sein, besonders für eine so wichtige Angelegenheit. Ich würde also nochmals bitten, dass der Antrag Seiler bezüglich Errichtung eines selbständigen Marktamtes sobald als möglich dem Gemeinderathe zur Entscheidung vorgelegt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Seiler!

Gem.-Rath Seiler: Ich verspreche Ihnen, sehr kurz zu sein. Es hat mich bei der Generaldebatte des Budgets sehr erfreut, dass der Herr Bürgermeister endlich nach langer Zeit zugestanden hat, dass die Marktverhältnisse nicht die besten sind, und dass hier etwas geschehen muss. Ich wollte auch bei der Generaldebatte das Wort ergreifen, aber die kräftigen Ausführungen des Herrn Collegen Winker, der in kurzen Worten alles das gesagt hat, was der Gemeinderath seit langen Jahren und in langen Reden hier besprochen hat, dass nämlich unsere Märkte schlecht sind, und dass eine Besserung nur dann eintreten kann, wenn wir ein Programm feststellen, nach welchem gearbeitet wird, haben mich dessen enthoben. Meine Herren, jetzt habe ich des öfteren Gelegenheit, in diesen Marktangelegenheiten zu arbeiten, und ich bin in vielem anderer Ansicht geworden.

Unsere Marktämter arbeiten in ausgezeichneter Weise, die Beamten leisten das möglichste, was nur zu leisten ist, aber alles ist eine Flickarbeit, weil wir eben kein Programm haben, kein Statut, keine Instruction, nichts festgesetztes, wonach man programmmäßig arbeiten oder etwas ausführen könnte. Von Seite der Regierung wurde Herr Statthaltereirath Graf Khuenburg und von Seite der Handelskammer Herr Dr. Schwiedland zum Besuche der Hauptstädte entsendet, um dort die Marktverhältnisse zu studieren und den Unterschied zwischen den Märkten Wiens und jenen des Auslandes festzustellen. Die Herren haben die besten Empfehlungen an die Ministerien und auswärtigen Ämter erhalten, um so einen genauen Einblick in alles zu bekommen, was für Verhältnisse im Auslande bestehen. Ich bin an den Herrn Bürgermeister herangetreten und habe gesagt, er möge das nöthige veranlassen, dass in Begleitung dieser Herren auch ein höherer Beamter der Commune mitfährt, um zu sehen, was die Herren eigentlich studieren, denn ich glaube immer, wir werden von Seite der Regierung Aufträge bekommen, die wir dann ausführen müssen. Ich erhielt aber von dem Herrn Bürgermeister eine sehr schroffe Antwort. Ich muss bedauern, dass ich diese Antwort zur Kenntnis nehmen musste. Ich will mich einer weiteren Bemerkung enthalten, muss aber doch sagen, dass ich ein sehr freier Mensch bin und eine solche Antwort das nächstemal nicht hinnehmen werde. Von Seite des Gemeinderathes wurde eine Commission mit der besten Absicht gewählt. Ich habe die Ehre, der Obmann dieser Commission zu sein. Am Anfange hat die Commission sehr fleißig gearbeitet, solange auch die Herren von der anderen Seite dabei waren. Aber, meine Herren, die Commission ist eigentlich nur so eine Art Blitzableiter für die Herren, die nicht recht an der Sache anpacken wollen, an einer Organisierung des Marktwesens. Denn es wurde mir bei allem die Competenz des § 47 vor Augen gehalten und immer gesagt, die Commission hat nichts anderes zu thun, als zu untersuchen, wie die Märkte sind. Die Märkte sind schlecht. Was soll man da noch weiter untersuchen? Vorschläge können wir nicht machen, höchstens an den Stadtrath oder an das Präsidium, wir können keine Sachverständigen anhören, wir können uns kein selbständiges Urtheil bilden. In der letzten Zeit, nachdem die Herren von der anderen (linken) Seite aus der Commission ausgetreten sind, hat es längere Zeit gedauert, bis wir neue Mitglieder von dieser (rechten) Seite als Ergänzung bekommen; dann ist die Budget-Commission gekommen, sämmtliche Mitglieder — denn alles muss von dieser Seite (rechts) gearbeitet werden — waren Mitglieder der Budget-Commission und die Approvisionierungs-Commission konnte wirklich sehr wenig Sitzungen halten. Ich muss auch mein Bedauern ausdrücken, wie wenig Wert der Herr Bürgermeister dieser Commission beilegt. Als bei der Statthalterei eine Enquête oder Besprechung über unsere Marktverhältnisse stattfand, hat der Herr Bürgermeister es nicht der Mühe wert gefunden, ein oder zwei Mitglieder dieser Commission zu dieser Berathung bei der Statthalterei beizuziehen. Allerdings war diese Berathung sehr geheim, denn wir haben den anderen Tag alles in den Blättern gelesen. Ich muss nur mein Bedauern darüber aussprechen, dass betreffs meines Antrages über die hochwichtige Institution des Marktcuratoriums es noch von keiner Seite der Mühe wert gefunden wurde, über diese Angelegenheit zu sprechen oder wenigstens mich speciell zu fragen, wie ich mir denn eigentlich die ganze Sache denke. Schauen Sie: wir haben seit Monaten auf unserer Tagesordnung das Schiedsgericht; das ist eine so wichtige Institution, auf welche alle Marktparteien seit Jahren warten. Es kommt nie zum Referate. Ich weiß nicht, welche Ursachen das hat. Auch über die seinerzeit in der Budget-Commission besprochene Frage, dass neben dem Schiedsgerichte in St. Marx auch die Fleischzufuhr — was doch dazugehört — miteinbezogen werden soll, eine Frage, die Schwierigkeit bildet, ist bis jetzt nicht referiert worden. Was diese Marktfrage anbelangt, ist es geradeso wie bei der Tramway; man weiß nicht, was die Ursachen sind, dass man nicht herantritt und endlich einmal eine Reorganisierung schafft und einmal mit einem Programme hervortritt, nach welchem gearbeitet werden muss.

Ich will noch eine Post berühren, das ist die Säuberung und Desinfection. Es ist hier nur einfach gedruckt, aber es sind sehr große Ziffern. Vor zwei Jahren und auch voriges Jahr habe ich schon gesagt, dass unsere Desinfection auf dem Markte den heutigen hygienischen Ansprüchen nicht entspricht und außerordentlich theuer ist. Die Reinigung des Marktes kostet 30.600 fl., die Desinfection 20.940 fl., zusammen 51.540 fl. Das hängt alles zusammen. Wenn eine rationelle Reinigung und Desinfection stattfände nach dem neuesten Stande der Hygiene, wie sie eben in anderen Ländern durchgeführt wird, könnte der Gemeinderath bei dieser Post allein mindestens 20.000 fl. ersparen. Wenn man jetzt noch dazu die Desinfection der Schlachthäuser mit 7480 fl. nimmt, welche auch in Einem mittels Apparate geschehen könnte — wir haben heute nicht einmal Apparate, es wird so knauserisch vorgegangen, lieber gibt man im kleinen, um große Summen nicht auszugeben und zahlt dadurch zehnfach so theuer — so kostet die Säuberung 59.000 fl. Mein Antrag, den ich voriges Jahr und vor zwei Jahren über die Säuberung gestellt habe, ist noch nicht zum Referate gekommen.

Ich möchte Sie bitten, den Antrag, den ich gestellt habe, anzunehmen, aber so anzunehmen, dass der Gemeinderath seinen Willen kundgibt, dass das geschehe, und ihn nicht an den Stadtrath zu weisen.

Der Antrag lautet: „Es seien über die Reorganisation und Desinfection des Central-Viehmarktes und des Schlachthauses Studien zu pflegen und Vorschläge darüber dem Gemeinderathe innerhalb sechs Monaten zu erstatten."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Purscht!

Gem.-Rath Purscht: Ich staune, die Einnahmen der Commune werden immer bekrittelt und die Einnahmen für die städtischen Brückenwagen sind nur 7600 fl. Wir haben bereits so viele Anträge gebracht, wir haben schon so viele Interpellationen gestellt und alles mögliche gethan, dass wir im XVII. Bezirke eine Brückenwage bekommen. (Gem.-Rath Eigner: Sie ist ja schon eingestellt worden!) Es ist bis heute nichts geschehen und ich habe gestern von einem Wähler den Vorwurf erhalten, dass wir nicht einmal imstande sind, eine gewöhnliche Brückenwage herzustellen.

Auf eines muss ich Sie noch aufmerksam machen. In dieser hochwichtigen Frage, die hier verhandelt wird, wäre es wohl richtig, wenn der Marktdirector hier herunten im Plenum wäre, damit er alle die Anregungen und alle die Anträge, die hier gestellt werden, hören würde. Es ist eigentlich merkwürdig, dass der Herr Director auf der Gallerie sitzen muss, um überhaupt über die Sache instruiert zu sein. Meine Herren! So viel Platz wird gewiss hier sein, damit der Herr Director hier im Plenum alles anhören und sich an die Anregungen der Herren halten kann. Ich stelle daher den Antrag . . . (Rufe: Es ist schon eingestellt!) Es ist mir von einem Collegen zugerufen worden, dass das bereits in Verhandlung gezogen worden ist. (Ruf: Es ist schon eingestellt!) Da sonach mein Antrag überflüssig ist, werde ich ihn nicht stellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gräf!

Gem.-Rath Gräf: Sehr verehrte Herren! Ich werde mich in weitläufige Ausführungen bezüglich des Markt- und Approvisionierungswesens nicht einlassen, sondern diese Angelegenheit der Commission, die zu diesem Behufe aus dem Plenum gewählt wurde, überlassen. Es muss mir aber gestattet sein, auf einige Angelegenheiten zu verweisen, die dringend auch jetzt schon besprochen werden müssen.

Da scheint mir zunächst, dass unter den verschiedenen Ämtern der Stadt Wien das Marktamt in einer gewissen Beziehung das Stiefkind ist. Ich verweise da auf eine Beobachtung, die ich vor einigen Tagen hier im Rathhause machte. Gelegentlich der letzten Ausstellung in der Rotunde hat unten auch die Ausstellung des Marktamtes einer Gruppe gefälschter Nahrungs- und Genussmittel eine gewisse Befriedigung bei der Bevölkerung gefunden. Man hat gesehen, dass das Amt tüchtig arbeitet, jene Leute sucht, die sich kein Gewissen daraus machen, gefälschte Lebensmittel zu verkaufen, durch genaue Erhebungen zu eruieren und dem strafenden Arme der Gerechtigkeit zuzuführen. Die Ausstellung war sehr schön anzusehen und ich habe gedacht, dass sich auch im Rathhause ein entsprechender Platz für diese mit vielem Fleiße und Sachkenntnis zusammengestellten Präparate finden wird. Ich war aber erstaunt, vor einigen Tagen hatte ich im Marktamte zu thun und mitten im Corridor, in einem Holzverschlage ganz verstaubt, habe ich alle diese kostbaren Präparate liegen gesehen. Ja, meine Herren, eine Sammlung, die Jahre erfordert, um sie zusammenzubringen, behandelt man doch anders.

Wäre es nicht der Mühe wert, um 500 fl. einen Kasten anzuschaffen, um diese Präparate aufzuheben? Das, glaube ich, könnte doch geschehen.

Das ist ja eine Specialität in unserem Rathhause, und wenn dies die Herren interessiert, könnten Sie es vielleicht sehen. Ich will noch darauf verweisen, dass namentlich in den einbezogenen Vororten die Marktorgane zu wenig sind.

Die einzelnen Herren . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, Sie befinden sich entschieden in einem Irrthume. Sie sprechen zur Rubrik III. Wir sind aber bei Rubrik XXVIII. Ich bitte, nur die Rubrik zu lesen.

Gem.-Rath Gräf: Herr Vice-Bürgermeister entschuldigen schon, aber es haben andere Herren auch über manches gesprochen, was nicht unmittelbar mit der Rubrik zusammenhieng. Wir sind jetzt beim Markt- und Approvisionierungswesen und da muss ich mir die Bemerkung erlauben, dass zu wenig Marktorgane angestellt sind. Das steht gewiss im Zusammenhange mit der Rubrik.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss sehr bitten, bei der Rubrik, wo es sich um das Erfordernis für das Personale der Gemeinde, für die Beamten handelte, waren diese Bemerkungen anzubringen, und das war Rubrik III, aber gewiss nicht bei den Markthallen und dergleichen, also ich bitte, sich gefälligst darnach zu richten.

Gem.-Rath Gräf: Also gut, ich werde mich darnach richten. Es thut mir sehr leid, in der Generaldebatte hatten wir keine Gelegenheit, darüber zu sprechen, denn es wurde gesagt, meine Herren, fassen Sie sich kurz, und bringt man dies bei der Specialdebatte vor, so wird man — besonders wenn ein Redner von unserer Seite (links) nur einige Worte vom Gegenstande abweicht — sofort daran erinnert.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss sehr bitten, das ist ein Vorwurf gegen den Vorsitzenden, der unbegründet ist. Wenn Herr Redner zur Sache sprechen, wird es mir gewiss nicht einfallen, Sie zu unterbrechen. Aber die Positionen, welche die Beamten betreffen, sind erledigt, das muss der Herr Redner doch

selbst zugeben. Über Rubrik III ist abgestimmt. Ich bitte übrigens, zur Rubrik XXVIII zu sprechen, soviel Ihnen beliebt.

Gem.-Rath Gräf: Aber, verehrter Herr Vice-Bürgermeister, ich stelle ja keinen Antrag auf Vermehrung der Marktorgane, ich habe das nur im Laufe meiner Ausführungen gestreift. Weil wir aber bei dem Capitel sind, so will ich auf das Marktwesen eingehen. Ich spreche nicht nur als Gemeinderath, sondern auch als Vertreter einer hochbesteuerten Corporation von Geschäftsleuten und verweise zunächst darauf, dass es nicht möglich ist, die unser Gewerbe so tief schädigende unbefugte Concurrenz in ausgiebiger Weise zu überwachen, weil zuwenig Marktorgane sind. Die Marktorgane sind überaus beschäftigt mit den Arbeiten des übertragenen Wirkungskreises. Die Marktcommissäre haben nichts anderes zu thun, als Erhebungen in Steuerangelegenheiten für den Staat zu machen und für die andern so wichtigen communalen Dienste und sesshaften anständigen Gewerbsleute sind sie nicht zu haben, weil sie überbürdet sind. Das ist gewiss ein Gegenstand, der zur Sache gehört, Herr Vice-Bürgermeister. Im Zusammenhange damit steht eine andere Angelegenheit, die ich bei dieser Gelegenheit besprechen muss. Es ist die so unleidliche Bierhansel-Affaire, die sich in verschiedenen Bezirken zugetragen hat. Gewiss ist sie auch mit eine Folge der unbefugten und schmutzigen Concurrenz, worunter die Wirte zu leiden haben. Nun komme ich aber auf einen Gegenstand zu sprechen, und da muss schon der Herr Vorsitzende gestatten, dass ich vielleicht auch einige Worte spreche, die nicht direct im Zusammenhange mit dieser Post stehen. Wie den Herren bekannt sein wird, sind vor drei Monaten insbesondere im XVII. Bezirke mehrere Gastwirte vor Gericht citiert und sehr empfindlich gestraft worden, weil sie sogenannten Bierhansel zum Ausschanke gebracht haben. Er soll angeblich gesundheitsschädlich sein — nichts liegt mir ferner, als Geschäftsleute in Schutz zu nehmen, die mit der Gesundheit der Mitmenschen ein frevelhaftes Spiel treiben, aber, wenn irgendein Gastwirt vor Gericht citiert wird, so soll ihm unbedingt nachgewiesen werden, ob der Vorgang, den er eingehalten hat, ein solcher ist, dass die Gesundheit des Consumenten Schaden zu leiden imstande ist. Das ist nach dem Ausspruche des Obersten Sanitätsrathes nicht der Fall gewesen, und auf eine Eingabe, die die Genossenschaft der Gastwirte an den Magistrat gerichtet hat mit dem Ersuchen um eine Definition, wo nach den Begriffen des Marktamtes, respective des Magistrates der Bierhansel anfängt und wo er aufhört, ist man uns bis heute die Antwort noch schuldig geblieben. Man hat also, obzwar man die Gesundheitsschädlichkeit des sogenannten Bierhansels nicht constatiert hat, die Leute vor das Gericht geschleppt und empfindlich gestraft, sogar Existenzen zugrunde gerichtet. Es wäre vielleicht besser gewesen, sie vor das magistratische Bezirksamt zu rufen und ihnen eine Geldbuße aufzuerlegen, wenn sie zu strafen waren.

Nun komme ich aber auf ein anderes Capitel. Da hat es sich nur um ganz kleine Leute gehandelt, um kleine Wirte, die unter der Ungunst der Concurrenz zu leiden hatten und seit der Einverleibung der Vororte zum großen Theile an den Bettelstab gebracht sind. Wie ganz anders ist man in einem anderen Falle vorgegangen. Es ist mir bekannt, dass im n.-ö. Landtage eine Interpellation eingebracht worden ist, in welcher darauf verwiesen wurde, dass von irgendeiner Firma — der Name ist mir nicht gleich erinnerlich — kolossale Mehlquantitäten sowohl zum Genusse für Menschen als auch Futtermehl in den Handel gebracht wurden, die mit Mutterkorn und anderem vermischt waren. Es ist auch den Marktcommissären aufgetragen worden, die Untersuchung zu pflegen, eventuell die Schuldigen zur Anzeige zu bringen. Und auf einmal kommt ein telegraphisches Aviso: diese Untersuchungen sind einzustellen. Dagegen muss man sich verwahren: wenn es sich um großcapitalistische Volksausbeuter, um Leute handelt, die Millionen zur Verfügung haben — diese sollen in der rücksichtslosesten Weise mit der Gesundheit der Bevölkerung ein frevelhaftes Spiel treiben können. Weil aber bei so einem armen Teufel von einem Wirte im XVII. Bezirke — ich gebe zu, es kann ja mitunter eine Schlamperei gewesen sein — ein Liter Hansel im Schanke steht, wo es doch noch nicht nachgewiesen ist, dass er ihn wirklich verkauft hat, wird er vor das Gericht geschleppt und bestraft. So wird einseitig vorgegangen.

Wir Wirte scheinen überhaupt die Parias der Gesellschaft zu sein, denn in jüngster Zeit ist es auch vorgekommen, dass ein sehr befähigter Beamter nicht avanciert ist, weil er das Unglück hatte, dass seine Frau ein Wirtsgeschäft hat, das er jetzt gerne verkaufen möchte, für das er aber keinen Käufer findet.

Ein Übelstand — und da kann man ja, glaube ich, einen Antrag stellen — ist es auch, dass man sich mit den Marktamts-Vorständen in den Bezirken nicht recht auskennt, dass es keine entsprechenden Namen für die Amtsleiter dieser Marktamtsabtheilungen gibt.

Ich glaube, es ist uns ja erst kürzlich ein Referat im Gemeinderathe vorgelegt worden. Wir haben da einem Beamten des magistratischen Bezirksamtes im XVI. Bezirke den Titel Official ad honores verliehen. Ich habe mich wirklich gefreut, dass die Rechte des Gemeinderathes so erweitert werden, dass wir uns einmal darüber aussprechen können, ob jemandem ein Titel zu verleihen ist, wo Mehrbezüge nicht in Verbindung gebracht werden. Wenn es sich um Mehrbezüge handelt, wird die Sache vom Stadtrathe erledigt. Ich würde mir, um die Stellung der Marktamtsleiter in den Bezirksämtern zu präcisieren, Ihnen den Antrag zu unterbreiten erlauben, es sei dem Leiter der Marktamtsabtheilung in den Bezirken der Titel eines Markt-Inspectors zu verleihen. Meine sehr geehrten Herren, das kostet nichts, das kann ein Titel sein und ich finde das ganz gerechtfertigt, wenn jemand, der Leiter einer Marktamtsabtheilung ist, der die Märkte in den Bezirken inspiciert, den entsprechenden Titel haben soll.

Wir haben, glaube ich, heute auch schon einige Marktamts-Inspectoren, und da werden auch hie und da Fehler gemacht. Mir ist mitgetheilt worden, dass ein Mann, der schon lange Jahre in einem der alten Bezirke der Stadt 35 Jahre in Ehren gedient hat, ein sehr tüchtiger und braver Beamter, der sich nach Ruhe sehnt, zu uns in den XVI. Bezirk versetzt werden soll. Nun, was soll da geschehen? Ein Mann, der dem Parteienverkehre in dem Umfange, wie er in einem solchen Bezirke, wie der XVI. und XVII. Bezirk ist, herrscht, gar nicht gewachsen ist, kommt hinaus, soll in einen Bezirk versetzt werden, der ohnehin zuwenig Marktbeamte hat. Ich möchte vielleicht den Herrn Bürgermeister bitten, wenn eine Änderung möglich ist, auf die Sache doch Bedacht zu nehmen, dass man nicht zu uns einen Beamten gibt, der 35 Jahre in der Inneren Stadt seinen Posten treu und redlich erfüllt hat, dem gewiss die Thätigkeit bei uns draußen sehr beschwerlich sein und der uns in kurzer Zeit den Rücken kehren würde. Im übrigen empfehle ich den gestellten Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Wimberger: Ich möchte nur vom Central-Viehmarkte sprechen. Ich kenne denselben, denn ich gehöre auch zu

der Commission, welcher mein Freund Seiler angehört. Hier im Gemeinderathe sind wir das fünfte Rad, aber dort sind wir das siebente Rad, richten können wir nichts; wir sind drei bis vier Stunden beisammen gewesen. Wir haben zwei Stunden warten müssen, bis wir beschlussfähig geworden sind, dann ist berathen worden; aber wir haben nichts mehr gerichtet. Darauf ist der Bürgermeister gekommen und die Sache ist ad acta gelegt worden; es hat geheißen, das ist nicht unser Fach. Ich will da nur einige Worte sprechen. Es wäre höchste Zeit, dass mit dem Central-Viehmarkte etwas geschehe. Wenn nichts geschieht, werden wir denselben mindestens zur Hälfte verlieren. Wie Sie gehört haben, soll ein Markt in Pressburg errichtet werden. Einen Theil haben wir schon in Neustadt verloren und den anderen Theil werden wir auch ganz verlieren.

Was den Seuchenhof betrifft, der doch das allernothwendigste ist, so sind es schon vier Jahre her, dass die Errichtung desselben geplant ist, aber schon fünf Jahre früher ist die Sache angeregt worden; das sind also zusammen neun Jahre.

Ich glaube, ich werde es nimmer erleben, dass das kommt, ich nicht.

Inzwischen hat man einen solchen in Krakau und in Biala errichtet. Früher sind Schweine von Polen gekommen, unsere Selcher haben die Schweine gekauft und die Schinken sind dann nach Prag gegangen. Jetzt ist es umgekehrt; jetzt kommen die Schinken von Prag her als Prager Schinken, es sind aber polnische. Die Prager bekommen die Schweine direct von Polen nach Prag und nach ganz Böhmen und brauchen keine Contumaz zu zahlen; die Schweine aber, welche nach Wien kommen, müssen in Biala und Krakau Contumaz halten, und zwar acht Tage, mitunter 14 Tage.

Nun rechnen Sie, was das für unsere Vororte bedeutet. Dieselben haben früher keine Verzehrungssteuer zahlen müssen, wir konnten da frei abstechen.

Jetzt haben wir 6 kr. vom Kilogramm zu zahlen und auf 8 kr. kommt uns die Contumaz in Biala oder Krakau.

Das sind schon 14 kr., wer soll das zahlen?

Wo kann ein gewöhnlicher Geschäftsmann, ein Beamter oder Lehrer das zahlen? Ich möchte den Antrag stellen, dass man darauf hinarbeitet, dass die Anstalten in Krakau und Biala aufgehoben und nach Wien verlegt werden. Vor vielleicht sechs Jahren haben wir den Contumazmarkt hier gehabt, da haben die Wiener hier abstechen können, wie sie wollten, alles was nach Wien gekommen ist, hat in Wien verbraucht werden dürfen; da haben wir Schweine und billiges Fleisch gehabt, da sind die Schinken nach Prag und anderswohin gegangen. Heute müssen wir alles theuer zahlen, es haben die Selcher, die Wirte und das Publicum nichts.

Wenn die Sache so fortgeht, so geht uns kein Händler her, denn es werden ihm hier nur Prügel vor die Füße geworfen. Wenn die Sache nicht anders wird, wird es sehr traurig mit unseren Märkten ausschauen, die ganzen Markthallen, die wir haben, werden zu groß werden, wenn nicht sobald als möglich, mindestens heuer, der Seuchenhof angefangen wird und die Anstalten in Krakau und Biala aufgehoben werden. (Rufe links: Wer soll es thun?) Der Bürgermeister soll es veranlassen, aber wenn er es lange Jahre liegen läßt, kann nichts geschehen.

Wenn man aber vom Markte anfängt, heißt es: Er fängt schon wieder vom Markte an!

Ja, meine Herren, was soll man da noch sprechen? Im vorigen Jahre habe ich gesprochen, den Central-Viehmarkt sollte man für sich selbständig machen, da gehört ein Herr allein hinaus, so dass er weder vom Magistrate, noch von einem anderen abhängt, der also allein verantwortlich ist. So aber schiebt es der Magistratsrath auf den Marktdirector, der auf den Thierarzt, dieser auf den Marktcommissär.

Sie haben keinen Herrn dort, es ist keine verantwortliche Person, und ich möchte den Herrn Bürgermeister ersuchen, die Sache strenge in die Hand zu nehmen, dass eine Commission zustande kommt, so dass der Markt ganz für sich dasteht und nicht von anderen Persönlichkeiten abhängig ist. Dadurch wird man etwas erzielen, und ich lege es dem Herrn Bürgermeister ans Herz, dass er an die Regierung herantreten soll, dass die Contumazmärkte in Krakau und Biala aufhören, und dass die Schweine ebensogut zu uns herkommen sollen als nach Böhmen — ich weiß nicht, in Böhmen muss doch eine andere Luft sein. Bei uns in Wien sollte eben ein Seuchenhof oder sonst etwas sein. In Wien muss man 2 fl. 60 kr. für ein Schwein zahlen; da wird es niemandem einfallen, zur Linie hinauszugehen und 2 fl. 60 kr. für das Stück zu zahlen; er wird es abstechen. Jetzt halten sie bald da, bald dort eine Contumaz, und die Wiener müssen anderes essen — Pferdefleisch. Es haben sich in kurzer Zeit auf der Märzstraße, wo früher 1 Pferdefleischhauer war, 14 Pferdefleischhauer etabliert. Seit der Einverleibung haben wir, wie gesagt, auf dieser Straße 14 Pferdefleischhauer und die anderen Fleischhauer haben zugesperrt und da wird auf die Fleischhauer und Wirte losgeschlagen. Aber die Schuld liegt anderswo, und ich möchte also den Herrn Bürgermeister ersuchen und ihm ans Herz legen, dass ein Seuchenhof heuer noch errichtet werde; ich möchte es gerne noch erleben, vielleicht geschieht es noch im heurigen Jahre.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Hörmann!

Gem.-Rath Hörmann: Ich habe mir zur Rubrik XXX das Wort erbeten über die Schlachthäuser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Rubrik XXX steht nicht in Berathung, sondern Rubrik XXVIII. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich erlaube mir nur eine kurze Bemerkung zu machen auf die Ausführungen des Herrn Collegen Steiner. Vor zwei Jahren wurde in der Budget-Commission die Anregung gegeben, man möge den Markt in einer anderen Weise desinficieren und es wurde auf Desinfectionsapparate hingewiesen, welche die Firma Portois & Fix besitzt. Mit diesen Apparaten wurden Versuche gemacht. Diese eignen sich jedoch nicht zur Desinfection eines Marktes. Es wurde weiter darauf hingewiesen, dass solche Desinfectionsapparate auch in Paris in Anwendung gebracht werden. Es wurde dort Umfrage gehalten und die Relationen, die wir aus Paris erhielten, waren nicht die günstigsten. Infolgedessen hat sowohl das Stadtphysikat als auch das Veterinäramt erklärt, dass die zweckmäßigste Desinfection die mit Soda, Lauge, Carbol oder Lysol ist. In der Winterszeit möge man noch einen Apparat hinzunehmen, damit man heißes Wasser zur Reinigung hat. Das wollte ich bemerken und diesbezüglich wurde auch ein Referat im Stadtrathe erstattet.

Was die Kosten, die mit der Desinfection verbunden sind, anbelangt, so hängt das nicht lediglich von uns ab. Es heißt einfach, der Markt ist verseucht, wir bekommen den Auftrag und

es muſs aus den sogenannten Schweinslagern der Sand auf eine Tiefe von 30 cm herausgenommen und wieder neu zugeführt werden. Dadurch entstehen die großen Kosten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely!

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Meine Herren! Ich muſs wirklich mein Bedauern aussprechen, daſs von dem früheren Usus abgegangen wurde, daſs bei der Berathung des Voranschlages die betreffenden Referenten hier anwesend sind. So sind wir, scheint es, nur dazu da, da nur der Herr Buchhalter anwesend ist, daſs wir die Ziffern prüfen sollen und über das andere nicht zu sprechen haben. Es wäre mir sehr erwünscht, wenn beispielsweise der Herr Marktdirector hier gewesen wäre, damit er uns über die Ausführungen des Herrn Collegen Steiner Aufschluſs gegeben hätte, welcher gesagt hat, daſs eine Deputation der Damen vom Stand heute bei ihm war, welche sich über einen Vorgang beklagt haben. Es wäre das gut gewesen, wenn wir erfahren hätten, aus welchem Grunde diesen Frauen verboten wurde, auf den Markt zu kommen. Sollten dieselben sich vielleicht Übergriffe im Zwischenhandel erlaubt haben, so müſsten wir ja diese That des Marktdirectors — oder wer daran schuld ist, daſs sie nicht mehr auf den Markt kommen dürfen — nur gutheißen. Ich habe schon zu wiederholtenmalen darauf hingewiesen, daſs unsere Marktverhältnisse durch die Marktinteressenten in so deroutem Zustande sind, daſs auf eine Reorganisation des Marktwesens bei uns gar nicht zu denken ist. Auf dem Gebiete müſste etwas ganz neues geschaffen werden, (Gem.Rath Seiler: Sehr richtig!) von Grund auf, weil die Verhältnisse auf dem Markte von Grund auf verdorben sind. Mit den Leuten ist nicht gut Kirschen essen; das sind Leute, denen gegenüber ein Marktcommissär oder überhaupt ein Aufsichtsorgan sich nicht einmal viel erlauben darf, wenn er nicht in Gefahr kommen will, daſs er um sein Leben kommen könnte, mit einem Worte, die Leute bilden sich ein, ererbte Rechte auf dem Markte zu haben, an denen niemand, keine Behörde, zu rütteln sich erlauben darf. (Gem.-Rath Seiler: Sehr richtig!) Wenn also diese Weiber vielleicht wegen Übergriffe im Zwischenhandel vom Markte ausgeschieden wurden, so müſste ich das gutheißen, denn zu wiederholtenmalen wurde, und zwar nicht nur von uns, darauf hingewiesen, daſs der Zwischenhandel eine ungeheure Größe angenommen hat, welche überhaupt die Approvisionierung Wiens schädigt, und wenn da eine Abhilfe geschaffen oder wenigstens der Anfang damit gemacht würde, so müſsten wir es nur loben. Ich würde mich weiter in die Sache nicht einlassen, weil ich nicht weiß, aus welchem Grunde diese Weiber in dem Sinne bestraft wurden, aber ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Obmannes der Approvisionierungs-Commission kommen.

Er hat sich darüber beklagt, daſs bei der Besprechung bei der Statthalterei nur Delegierte der Landwirtschaftlichen Gesellschaft zugezogen wurden. (Gem.-Rath Seiler: Nur der Herr Bürgermeister und die Herren Beamten!) Nun gut, die Herren Beamten; ich wundere mich nicht. Wie Sie wissen, wenn die h. Regierung oder die Statthalterei oder selbst der Herr Bürgermeister Auskunft haben will, also irgendeiner dieser Factoren, so wendet er sich nie an Fachmänner, sondern nur an die Landwirtschaftliche Gesellschaft. Und Sie wissen, meine Herren, wer eigentlich die Landwirtschaftliche Gesellschaft ist, das sind Vertreter des Großgrundbesitzes, und was belieben die für Interessen in Schutz zu nehmen? Die Interessen des Großgrundbesitzes! Überhaupt hat man da mit diesem Vorgange, daſs man sich so fest an die Landwirtschaftliche Gesellschaft hält, den Bock zum Gärtner gemacht. Ich muſs sagen, die Marktfrage oder überhaupt die Approvisionierungsfrage wird hier in Wien einseitig behandelt. Wenn man sagt: „Approvisionierungsfrage", so werden Sie über nichts anderes reden hören, als vom Central-Viehmarkte und überhaupt vom täglichen Fleischmarkte. Das andere ist alles nebensächlich. Die sonstigen Marktverhältnisse werden nur so oberflächlich behandelt oder nicht einmal der Beachtung gewürdigt und zu wiederholtenmalen ist schon darauf hingewiesen worden, daſs gerade die Marktverhältnisse einer Neuherstellung bedürftig sind, daſs, wie ich vorhin gesagt habe, eine Organisation unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich ist.

Es muſs da etwas neues geschaffen werden. Es muſs mit den offenen Märkten gebrochen werden. (Gem.-Rath Seiler: Sehr richtig!) Die offenen Märkte müssen, wenn Sie in die Approvisionierungsfrage Ordnung hineinbringen wollen, abgeschafft und Markthallen errichtet, auf einer gesünderen Basis aber aufgerichtet werden, als die bisherigen. Es soll nicht vielleicht eine Art Großmarkthalle wieder errichtet werden, wie die beim Stubenthor ist. Damals hat der Gemeinderath einen großen Bock geschossen, damals hat die Gemeinde sich selbst eine Concurrenz gemacht, sie hat eine Großmarkthalle errichtet und den großen Markt behalten. Das war ein großer Fehler. Die offenen Märkte müssen verschwinden, schon aus dem Grunde, weil dieselben nicht zu überwachen sind, währenddem es in einem gedeckten Raume anders zugeht. Da wird die Aufsicht eine viel leichtere und die Ordnung besser zu halten sein.

Ich habe mir in der Approvisionierungs-Commission, als ich noch Mitglied war, den Antrag zu stellen erlaubt, es möge auf dem damals in Aussicht genommenen Städtetag die Approvisionierungsfrage auch berührt werden. Nun hat wohl der Stadtrath darüber beschlossen, und wie ich gelesen habe, hat der hochgeehrte Herr Bürgermeister bezüglich dieser Idee, welche nicht durch mich dem Stadtrathe zugewiesen wurde, sondern durch die Commission, für recht befunden, diesen Antrag ablehnen zu lassen, weil die anderen Städte in der Fleischfrage ganz andere Interessen zu wahren haben als die Wienerstadt. Aber in Betreff der Approvisionierungsfrage überhaupt oder in den Marktfragen im allgemeinen wären die Herren vielleicht einig geworden. Ich habe also diesen Antrag damals in der Commission gestellt und habe mir den abzuhaltenden Städtetag nicht so vorgestellt, wie er abgehalten wurde. Ich habe nicht geglaubt, daſs nur die Delegierten einiger Hauptstädte eingeladen werden. Ich habe auch nicht gewuſst, daſs die Erörterungen hinter Schloſs und Riegel geführt werden. Ich habe mir davon eine ganz andere Vorstellung gemacht. Ich habe auch geglaubt, daſs der Städtetag vielleicht etwas berathen wird, wovon man sich etwas versprechen kann. Aber ich bin wirklich getäuscht worden. (Gem.-Rath Seiler: Wird schon kommen!) Wird schon kommen? Gott gebe es!

Ich möchte hier bemerken, um kurz zu sein, daſs die Marktfrage oder Approvisionierungsfrage in demselben Stadium ist wie die Tramwayfrage. Hier kann niemand etwas thun (Heiterkeit) und am allerwenigsten die Gemeinde.

Was insbesondere den Viehmarkt und Fleischfrage anbelangt, so arbeite ich ja schon lange im Gemeinderathe in dieser Angelegenheit und ich weiß den ganzen Hergang, die ganzen Bestrebungen der Gemeinde in dieser Sache.

Ich weiß, dass wir schon alles mögliche versucht haben, dass aber nie zu Gunsten der Gemeinde eine Äußerung von maßgebender Seite gekommen ist. Hier wäre am allerersten, glaube ich, unser hochgeehrter Herr Bürgermeister berufen, endlich einmal zu sagen: „Du, Regierung, musst für Wien das und das thun, was wir verlangen." Solange das nicht geschieht, werden die Herren mit allen Petitionen und Resolutionen nichts richten, es muss einmal energisch an die Regierung herangetreten werden. Niemand anderer kann die Fleischfrage in Wien regeln, als die Regierung. Und in der Marktfrage hat die Approvisionierungs-Commission Stoff genug, wenn sie arbeiten will, sie in der Weise zu regeln, dass sie ins richtige Geleise kommt. Einen Antrag kann ich nicht stellen, weil die Regulierung des Marktwesens ungeheure Opfer kostet, aber dem Studium muss einmal diese Frage gründlich unterzogen werden. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Stadtraths-Referent: Ich habe nichts weiter zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Commissions-Referent!

Commissions-Referent: Ich habe auch nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zur Abstimmung gelangt der Antrag der Commission (liest):

„Der Herr Bürgermeister wird neuerlich ersucht, die Marktcommissäre von jenen Agenden, welche nicht das eigentliche Marktwesen betreffen, wie Erhebungen in Vermögens- und Steuersachen ꝛc., zu entheben und hierüber einen eingehenden Bericht an den Gemeinderath zu erstatten."

Die Herren, die für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Weiters stellt die Budget-Commission den Antrag (liest):

„1. Es seien die Marktgebüren-Einsammler und der Revisor mit Rücksicht auf die denselben anvertraute Geldmanipulation definitiv anzustellen.

2. Es sei der Großmarkt im XIV. Bezirke zu erweitern und eine Haltestelle für den Personen- und Frachtentransport im Interesse der Approvisionierung zu errichten."

Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Lueger zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich habe bereits im Stadtrathe angekündigt, dass ich um 8 Uhr den Antrag auf Schluss der Sitzung stellen werde. Unsere Partei hat heute eine Reihe von Wählerversammlungen, bei welchen unsere Parteigenossen erscheinen müssen. Sie haben gestern keine Nachtsitzung abgehalten aus dem Grunde, weil Wählerversammlungen in der Inneren Stadt stattgefunden haben. Ich appelliere an Ihr Gerechtigkeitsgefühl, ich appelliere daran, dass Sie uns das gleiche Recht einräumen, dass auch wir bei unseren Wählerversammlungen erscheinen können. Ich beantrage Schluss der Sitzung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich werde zunächst diese Berathung beenden.

Es kommt die Erledigung des Antrages Seiler: „Es seien über die Reorganisation der Reinigungs- und Desinfectionsmethode am Central-Viehmarkte und in den Schlachthäusern Studien zu pflegen und Vorschläge hierüber dem Gemeinderathe innerhalb sechs Monaten zu erstatten."

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Rufe links: Er wünscht die meritorische Abstimmung!)

Nach § 70 kann ich nichts anderes thun, als den Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen.

Antrag Gräf: „Es seien den Leitern der Marktamts-Abtheilungen in den Bezirken der Titel „Marktinspector" zu verleihen."

Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung an den Stadtrath zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag Wimberger: „Die Confinierungs-Anstalten in Biala und Krakau sind für die nach Wien bestimmten Schweine aufzuheben."

Jene Herren, die für die Zuweisung an den Stadtrath sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Posten Einnahmen und Ausgaben nach den Anträgen der Commission sind nicht angefochten. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat den Antrag auf Schluss der Sitzung gestellt. Die Herren, welche dem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 14 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt. (Unruhe links.)

Stadtraths-Referent: Rubrik XXVIII, betreffend die Markthallen. Seite 298: Die Einnahmen bestehen aus den Einnahmen der Großmarkthalle und der Detailmarkthallen, die hier aufgeführt sind, im Gesammtbetrage von 102.860 fl. Ausgaben, Seite 299: Bezüge der Diener, Erhaltung der Gebäude, sowohl der Großmarkthalle als der Detailmarkthallen, im Gesammtbetrage von 125.940 fl.

Ich bitte um die Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent: Seitens der Budget-Commission wird hier noch die Resolution beantragt: „Es seien die Hallendiener der Markthallen definitiv anzustellen und zu beeiden."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte vorgemerkt ist Herr Gem.-Rath Herold.

Gem.-Rath Herold: Ich erlaube mir das Wort zu ergreifen zur Rubrik „Großmarkthalle". Die Zustände der Großmarkthalle sind schon bei zahlreichen Berathungen des Gemeinderathes besprochen und gerügt worden; sie sind ganz unleidlich und nicht zeitgemäß. Die Plätze für Nahrungsmittel, Fleisch, Wildbret, Butter, Eier ꝛc. sind alle zusammengemischt; es ist unbedingt nothwendig, dass diese separiert werden. Eine Vergrößerung dieser Markthalle ist erforderlich. Ich will nicht eine lange Rede halten, da Sie schon übermüdet und von der Approvisionierungsdebatte übersättigt sind, sondern direct auf meinen Antrag lossteuern: „Der Herr Bürgermeister werde ersucht, sich mit dem Kriegsärar ins Einvernehmen zu setzen, um das Invalidenhaus für Markthallenzwecke zu acquirieren."

Nach der einen Seite, wo der Eislaufvereinsplatz sich befindet, ist eine Erweiterung der Großmarkthalle ausgeschlossen, da dieser Platz ja bereits für andere Pläne in Aussicht genommen ist. Auf der anderen Seite ist es nur das Invalidenhaus, welches in

Betracht zu ziehen ist. Mein Antrag dürfte geeignet sein, diese Frage einer schneidigen Lösung entgegenzuführen. Ich bitte darum, wenn Sie wünschen, dass die Großmarkthalle überhaupt einmal eine Variation, eine Änderung erfahren soll, dass diese kläglichen, sanitätswidrigen, ich möchte fast sagen, ekelerregenden Zustände, die bei den Genussmitteln in der Großmarkthalle obwalten, abgeändert werden, in Anbetracht des Approvisionierungswesens, in Anbetracht der Bevölkerung den Antrag anzunehmen, damit wir endlich einmal zu einem Zustande kommen, wie er der Großstadt würdig ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Tagleicht!

Gem.-Rath Tagleicht: Meine Herren, schon in der Rede des Gem.-Rathes Seiler hat es sich gezeigt, wie ohnmächtig der Gemeinderath ist in Ansehung der Approvisionierungsverhältnisse in Wien. Speciell was die Fleischfrage betrifft, deren Mittelpunkt heute in die Großmarkthalle verlegt ist, ist sie ganz geeignet, dem Gemeinderathe nahezulegen, dass endlich die Decentralisation des Fleischmarktes durchgeführt werde. Nachdem nun aber die Approvisionierungs-Commission geradezu ein — wie es Herr Wimberger genannt hat — fünftes Rad am Wagen ist, lässt sich mit aller Gewissheit voraussetzen, dass das innerhalb des Magistrates stehende Amt, nämlich das Marktamt, viel mehr die Eigenschaften hätte und viel mehr mit der Autorität ausgestattet wäre. in dieser Frage eine Erledigung herbeizuführen. Es wäre daher nach meiner Meinung nothwendig, dass das Marktamt selbständiger gemacht werde, dass der Vorstand des Marktamtes in eine entsprechende Rangclasse versetzt werde, und zwar in die VII. (Sehr richtig! rechts), und dass bei dem Umstande, dass sechs Inspectoren in dem Marktamte enthalten sind und die Thätigkeit des Marktvorstehers eine so überwiegend große ist, hiezu ein Oberinspector zu ernennen sei. Es wird dann hierin jedenfalls eine bessere Gewähr liegen, dass die Decentralisation des Fleischmarktes in möglichst kurzer und rascher und ersprießlicher Weise durchgeführt werde im Interesse der Bevölkerung. Es ist neulich davon gesprochen worden, dass in der Station Michelbeuern eine Markthalle eingerichtet werden soll. Ich fürchte nun, dass in dieser Markthalle hauptsächlich Victualien untergebracht werden. Ich empfehle daher ganz dringend, dass in dieser Markthalle nicht allein Victualien, sondern auch Fleisch untergebracht werde. Es wird das gleichzeitig für die westlich gelegenen Vororte eine Probierstation, ein Prüfstein für die Zweckmäßigkeit der Decentralisierung des Fleischmarktes sein. Ich empfehle Ihnen diese Angelegenheit.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Seiler!

Gem.-Rath Seiler: Ich will über die Großmarkthalle und die Verhältnisse dortselbst nicht sprechen, da von Seite der Ämter bereits das möglichste geschieht und thatsächlich auch Commissionen abgehalten werden. Ich habe mich auch selbst vollständig überzeugt, dass das nicht so leicht ist, wie ich es mir im Anfange gedacht habe, dass da so viele Hindernisse sind, welche zu überwinden sind, dass auch der beste Wille nicht imstande ist, da etwas zu erreichen. Ich hoffe aber, mit Ausdauer werden wir es doch dahin bringen, dass die Anträge, welche bezüglich dieser Großmarkthalle gestellt worden sind, auch zur Durchführung kommen, dass die betreffenden Parteien, welche nicht in die Markthalle, das heißt in den Fleischmarkt hineingehören, anderswohin verlegt werden, wenigstens in die Detailmarkthalle in der Inneren Stadt, damit dieselbe ertragsfähiger, zweckentsprechender und belebter werde.

Ich will noch zu einem Punkte sprechen, das ist die Errichtung von Kühlanlagen in der Großmarkthalle. (Stadtraths-Referent: Das kommt im nächsten Capitel!) Es gehört ja zusammen. Es ist hier der Betrag von 70.000 fl. für die Errichtung von Kühlanlagen in der Großmarkthalle eingestellt und das ist ein von mir gestellter Antrag. Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir auch einige Worte über die Ausführungen des Herrn Dr. Klotzberg zu sagen; es hat da ein Stadtrath gesprochen. Es ist das ein merkwürdiger Fall, dass ein Antrag, der von einem einzelnen Gemeinderathe gestellt wird und jedenfalls von dem betreffenden Gemeinderathe studiert wurde, um damit etwas positives zu schaffen, nicht beachtet wird. Die Annahme eines solchen Antrages kostet, weil er den Beamten zur Untersuchung zugestellt wird, Geld, Zeit und Mühe, so dass, wer gewissenhaft ist, gewiss nicht unnütze Anträge stellt. Das hat sich bei der Desinfection gezeigt, wo ich den Antrag gestellt habe und man sich nicht die Mühe genommen hat, den antragstellenden Gemeinderath zu fragen, was er unter einer besseren Desinfection verstanden hat.

So war es auch bei der Großmarkthalle; da wurde das Kühlanlageproject gemacht und glauben Sie, man hat es der Mühe wert gefunden, mich als Antragsteller, der beinahe sämmtliche Städte, wo Kühlanlagen bereits sind, bereist und sich überzeugt hat, wie zweckmäßig, wie rentabel sie sind, wenigstens um die Meinung zu fragen oder der Commission beizuziehen? Man hat es nicht der Mühe wert gefunden, sondern das Project in St. Marx gemacht, es hat viel Geld gekostet, und kaum war es fertiggestellt, so hat man gesehen, dass es nichts wert ist. Ich weiß nicht, was die Ursachen sind, aber einen Gemeinderath so kaltzustellen, das wird üble Folgen haben. Wenn ein Gemeinderath einen geschäftlichen Antrag stellt — ich spreche nicht von juridischen oder finanziellen Anträgen — so soll der betreffende Stadtrath oder das betreffende Amt diesen Gemeinderath wenigstens fragen, was er darunter gemeint hat, was er damit will. Aber da kommt einfach der Betrag, man weiß nicht, wie es eigentlich gemacht wird, und wenn die Sache fertig ist, so kommt derselbe Bock heraus, wie es sich bei den kleinen Fleischständen in der Großmarkthalle gezeigt hat. Da ist der Betrag von 70.000 fl. eingestellt. Wie ich gehört habe, kostet das Project 90.000 fl. Was ist das für eine Für-einen-Narrenhalterei? Warum wurden nicht 90.000 fl. eingestellt; wir können es ja zahlen; wenn wir 70.000 fl. geben können, so können wir auch 90.000 fl. geben. Ich werde Ihnen eine kleine Rentabilitätsberechnung von Kühlanlagen geben, besonders von einer Stadt, deren Kühlhallen dieselben Dimensionen haben, wie hier in der Großmarkthalle. Die Kühlanlage von 600 m^2 lichter Grundfläche kostet 90.000 fl. Der Betrieb kostet, nach sechsmonatlichem Betrieb gerechnet — Personal, Maschinisten, zwei Heizer — 1800 fl., das Material 3600 fl., die Amortisation mit 5 Percent berechnet, 4000 fl., und die Verzinsung des Capitales 1800 fl., zusammen 11.200 fl. Ich erwähne das nur darum, damit der Gemeinderath sieht, dass er hier nicht unnütz das Geld ausgibt, denn dieses Capital, das der Gemeinderath hier in die Approvisionierung hineinsteckt, bekommt er verzinst und amortisiert zurück. Die jährlichen Einnahmen von 450 m^2 Kühlfläche, in Zellen getheilt zu je 25 fl., macht den Betrag von 11.200 fl. In Mährisch-Ostrau — das ist keine so große Stadt wie Wien — ist seit circa drei Jahren auch eine Kühlanlage. Diese wurde den

dortigen Verhältnissen entsprechend gemacht und hat bis jetzt eine Rentabilität und Kostenverrechnung aufgewiesen, die ich Ihnen auch zur Kenntnis bringen will.

Im Jahre 1893 waren die Kosten für die Heizer, Beheizung, Betrieb, Amortisation und Wasserbezug 1980 fl., im Jahre 1894 2035 fl. Die Ausgaben wurden bei der Miete von 18 fl. per Quadratmeter vollständig gedeckt. Schauen Sie, meine Herren, ich weiß nicht, warum in der Großmarkthalle nicht zugleich auch eine Dynamomaschine aufgestellt wurde, um die Großmarkthalle auch elektrisch beleuchten zu können. Dampfmaschinen müssen ja aufgestellt werden. Die Kühlanlage selbst braucht einen Maschinenbetrieb von 12, 15 bis 16 Stunden, so dass die Maschinen acht Stunden frei haben, also acht Stunden für den Betrieb der Dynamomaschine, und so könnten wir auch diese ganze Anlage elektrisch beleuchten, während sie jetzt mit Gas beleuchtet werden muss. Wir könnten eventuell auch den Platz ringsherum beleuchten, was gut wäre, da es im Winter zeitlich finster wird und die Arbeiter in der Frühe, wenn es noch finster ist, beginnen müssen. Wir könnten damit Ersparnisse erzielen und wir können einen Schritt nach vorwärts machen. Gefragt wurde ich aber gar nicht. Ich weiß nicht, welches Project angenommen worden ist, und bin gezwungen, hier darüber mein Bedauern auszusprechen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Referent des Stadtrathes!

Stadtraths-Referent: Ich habe keine Bemerkung zu machen, da keine Anträge gestellt worden sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Commission beantragt: „Es seien die Hallendiener der Markthallen definitiv anzustellen und zu beeiden."

Die Herren, welche für die Zuweisung stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Posten wurden nicht angefochten, ich erkläre dieselben nach dem Antrage der Commission für angenommen.

Stadtraths-Referent: Rubrik XXX „Schlachthäuser". Da sind enthalten die Einnahmen der Schlachthäuser in St. Marx, Gumpendorf, Meidling, an der Als und Nussdorf im Gesammtbetrage von 266.660 fl. Ausgaben für dieselben Schlachthäuser sind in der Gesammtsumme von 147.570 fl. Hiezu kommt noch ein Antrag der Budget-Commission in Bezug auf die Kühlanlagen, über welche der Herr College referieren wird. Es betrifft die Einstellung eines Betrages von 50.000 fl.

Commissions-Referent: Zur Rubrik XXX beantragt zunächst die Commission eine Resolution (liest):

„Der Magistrat wird aufgefordert, mit aller Dringlichkeit eine Vorlage wegen Errichtung von Kühlanlagen im Schlachthause zu St. Marx zu machen; der Herr Bürgermeister wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Referat ehestens dem Gemeinderathe erstattet werde."

Es war der Commission bekannt, dass ein größeres Referat vorgelegt werden wird, welches einen Geldbedarf erfordert, der den von der Commission eingestellten Betrag von 50.000 fl. weit übersteigt. Aus diesem Grunde hat die Commission beantragt, in Rubrik XXX 8 für Einrichtung von Kühlanlagen im St. Marxer Schlachthause den Betrag von 50.000 fl. einzustellen. Ich beantrage, die Resolution und die Einstellung dieses Betrages anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Hörmann.

Gem.-Rath Hörmann: Ich muss auch einen Übelstand vorbringen, der sich im Schlachthause im III. Bezirke befindet. Es ist ein alter Übelstand; es befindet sich nämlich an der Gassenfronte der Schlachthausgasse eine Blutsiederei. Sie können sich denken, welchen Geruch das im Sommer macht und welche Unannehmlichkeiten für den Bezirk das im Gefolge hat. Die Hauseigenthümer in der Schlachthausgasse haben unzähligemale Commissionen verlangt. Viele wurden auch abgehalten, aber die Commissionen werden drei bis vier Tage früher ausgeschrieben, und wenn die Commission kommt, findet sie nichts; alles ist rein und in der Ordnung. Die Hausherren drängen mich immer, ich möge das im Gemeinderathe vorbringen, und ich bringe es jetzt vor. Im Sommer ziehen die Parteien regelmäßig aus; es kann keine Partei ein Fenster aufmachen, denn denken Sie sich, welchen Gestank es verursacht, wenn das Blut in Gährung übergeht und geröstet wird. Auf Anordnung der Commission wurden die Fenster der Siederei vermauert, der Rauchfang wurde erhöht; es nützt aber nichts. Die Commune Wien hält also selbst einen Seuchenherd in der allernächsten Nähe, wo lauter Arbeiter wohnen.

Es ist das vom sanitären Standpunkte aus unthunlich. Die Steuerträger müssen ihre Steuern zahlen, können aber keine Parteien für ihre Wohnungen erhalten. Es ist das ein großer Schaden für diese Hausbesitzer. Diese Hauseigenthümer haben schon unzählige Petitionen eingebracht, wie ich schon vorher erwähnt habe, aber bisher noch nichts erzielt. Ich möchte den Herrn Bürgermeister ersuchen, dass er in dieser Angelegenheit einmal eine Abhilfe treffe, dass das Sudhaus von der Peripherie der Schlachthausgasse wegkomme — es liegt an der Baulinie, es kann ja weiter drüben am Markte liegen, da wird niemand etwas sagen. Ich möchte also den Herrn Bürgermeister ersuchen, Abhilfe zu schaffen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich will nur ziffermäßig nachweisen, welchen Reingewinn die Schlachthäuser, die heute in Wien sind, erzielen. Man spricht immer, man sollte solche Sachen anregen, erwirken und errichten, wo die Steuerträger entlastet, nicht belastet werden. Daher wäre es zweckmäßig, dass man diese Schlachthäuser nicht vermindert, sondern vermehrt. Ich gehe nun zur Ausführung. Das Schlachthaus in St. Marx hat im Jahre 1894 Einnahmen 97.000 fl., Auslagen 44.230 fl., mithin einen Reingewinn von 52.770 fl. Das Schlachthaus in Gumpendorf hat eine Einnahme von 40.770 fl., Auslagen 28.110 fl., mithin einen Reingewinn von 12.660 fl. . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Gemeinderath, das steht im Budget!

Gem.-Rath Eigner: Ja, aber die Herren wissen das nicht. (Heiterkeit.) Meidling hat eine Einnahme von 51.410 fl., Auslagen 28.250 fl., mithin einen Reingewinn von 23.160 fl. Das Schlachthaus an der Als hat 32.320 fl. Einnahmen, Auslagen 21.130 fl. . . . (Rufe links: Das wissen wir alles!) . . . ich bin gleich fertig — mithin einen Reingewinn von 11.190 fl. In Nussdorf sind Einnahmen 3920 fl. und Auslagen 4650 fl., also ein Deficit von 730 fl.; mithin ist der Reingewinn von den fünf Schlachthäusern 99.050 fl. Das Pferdeschlachthaus hat eine Einnahme von 5550 fl. und Auslagen von 1810 fl., also einen Reingewinn von 3740 fl. Mithin ist der Reingewinn 102.790 fl.

Nun, daraus ersehen Sie, dass diese Schlachthäuser wirklich nicht vielleicht ein Deficit, sondern einen Reingewinn aufweisen. Jeder Hausbesitzer und jeder Inwohner, der dort wohnt, wo die Pferdeschlächtereien vorgenommen werden, fühlt ganz genau die Übelstände, die dort herrschen. Wenn dort daneben jemand ein Haus hat, wenn Grammeln, Schmalz, Inslicht von Pferden ausgelassen wird, was da für ein Geruch entsteht! Da wäre es an der Zeit für den Marktcommissär, hinzugehen und nachzusehen, wie es dort aussieht. Die Parteien müssen die Fenster verschließen, damit sie sich nur in ihrer Wohnung aufhalten können. Mithin erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, dass diese Pferdeschlachthäuser erweitert und vermehrt werden. Wenn ein Zwang für Rinderschlächtereien besteht, muss auch ein Pferdeschlachtzwang sein. Das geht nicht. Eine Rinderschlächterei kann noch immer nicht einen so schädlichen Geruch erwirken, wie die Pferdeschlächtereien. Und so ist es auch bei den Schweineschlächtereien; da werden auch dann durch die Canäle nur Nachtheile in sanitärer Beziehung herbeigeführt.

Diese Canäle sind mit Straßenunreinlichkeiten und gewissen Stoffen belastet, die nicht in die Canäle hineingehören, und in den Straßen herrscht eine solche Ausdünstung und ein solcher Geruch, dass man nicht stehen kann. Ich erlaube mir den Antrag, nachdem sich aus dem Hauptrechnungsabschlusse pro 1894 ergibt, dass der Betrieb der städtischen Schlachthäuser eine Einnahmsquelle von über 100.000 fl. für die communale Verwaltung bildet, die Herstellung weiterer Pferdeschlachthäuser und Schweineschlächtereien ein dringendes öffentliches Interesse in sanitärer Beziehung darstellt, beantrage ich, „es sei der Magistrat aufzufordern, mit thunlichster Beschleunigung geeignete Vorschläge in der angedeuteten Richtung zu erstatten".

Nun will ich noch auf Berlin hinweisen. Ich habe Berlin gesehen und dort ganz genau diese Schweineschlächtereien besichtigt, und wenn Sie die sehen, müssen Sie sagen, das ist eine Musteranstalt. Mich wundert nur eines, dass nicht von uns Experten dorthin gegangen sind und sich diese Schweineschlächtereien als Muster angesehen haben, um hier ebenfalls solche zu errichten. Dort ist die Einrichtung, dass sogar die Abfälle, die als Dünger verwendet werden, mit einer Druckpumpe hinausgepumpt werden in ein großes Reservoir weit außer Berlin, wo sie für Dünger verwendet werden. Hier wird das in die Canäle gespült, anstatt durch sie eine Einnahme zu erzielen.

Ich ersuche daher, dass in nächster Zeit die Errichtnng dieser Schlachthäuser wirklich stattfinde, weil sie der Commune nicht nur nicht schädlich ist, sondern eine Einnahme dadurch erzielt wird und die Steuerträger auch Nutzen davon haben und von den Steuern entlastet werden. Man muss immer dahin wirken, den Steuerträgern zu nützen und nicht sie zu schädigen. Ich glaube also, Sie werden meinem Antrage zustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Seiler!

Gem.-Rath Seiler: Ich möchte nur über Wunsch der Approvisionierungs-Commission gegen den Antrag der Budget-Commission auf Einstellung von 50.000 fl. für die Kühlanlagen in St. Marx sprechen. Meine Herren, das ist nur eine Belastung des Budgets und es wird gar kein Resultat erzielt werden, denn diese 50.000 fl. sind erstens viel zu wenig und würden nur figurieren zu einer gewissen Ausrede; wenn man endlich an die Kühlanlagen herantreten muss, macht man sie sowieso. Im Budget aber kommt mir dies so vor, wie die Canalisierung in den Kaisermühlen, die schon sechs Jahre mit 60.000 fl. im Budget steht und nie ausgeführt wird. Die Approvisionierungs-Commission hat also über diesen Gegenstand berathen, und ich erlaube mir namens derselben den Antrag zu stellen, es sei ein Project zur Herstellung von Kühlanlagen für das Schlachthaus in St. Marx vorzulegen, und bei der Anlage unter Zuziehung von Sachverständigen dahin zu wirken, dass die Kühlanlagen, verbunden mit Eiserzeugung, in einer den Erfahrungen der heutigen Zeit entsprechenden Weise hergestellt werden. Hierüber soll dem Gemeinderathe vor Ablauf dieses Jahres ein Referat erstattet werden. Ich empfehle Ihnen, diesen Antrag anzunehmen und den Antrag der Budget-Commission abzulehnen.

Weiters möchte ich noch über die alten Stallungen in St. Marx einige Worte sprechen. Der eine Theil der älteren Stallungen ist nicht canalisiert und gepflastert und hat gar kein Wasser. Diese Stallungen befinden sich in desperatem Zustande. Schon vor vier oder fünf Jahren wurden diese Übelstände vom Magistrate bekritelt und an das Stadtbauamt wegen eines Kostenüberschlages zur Herrichtung dieser Stallungen herangetreten. Das Stadtbauamt hat einen Kostenvoranschlag für die Canalisierung, Pflasterung und die Einführung der Wasserleitung in der Höhe von 60.000 fl. gemacht.

Meine Herren! Das muss geschehen. Es lässt sich nicht länger aufschieben. Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen: „Es seien die älteren Stallungen im Schlachthause zu St. Marx zu pflastern, zu canalisieren und mit der Wasserleitung zu versehen." Nachdem ein Project seit zwei Jahren vorliegt und die Kostenberechnungen auch schon hier sind, so glaube ich, dass dieser Antrag nicht an den Stadtrath zu gehen hat, sondern dass der Gemeinderath kraft seiner eigenen Macht, wenn er sie hat, oder haben will — diesen Antrag annehmen soll.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Geyer.

Gem.-Rath Geyer: Ich habe mich in einer wichtigen Angelegenheit zum Worte gemeldet. Solange wir noch autonom waren, und als wie das Hernalser Schlachthaus erbaut haben, war ich Mitglied des engeren Baucomités und da ist beschlossen worden, wenn einmal die Rentabilität hübsch gestiegen ist, die Schlachtgebür herunterzusetzen. Es ist aber umgekehrt gekommen. Wie wir einverleibt worden sind, sind die Schlachtgebüren hinaufgesetzt worden. Wir haben früher 70 kr. gezahlt, heute müssen wir 1 fl. zahlen. Ich will nur auf das eine hinweisen, dass ein Beinlvieh mit 50 kg Beinlfleisch, welches 4 fl. 55 kr. Verzehrungssteuer zahlt, 1 fl. Fuhrlohn und 1 fl. Schlachtgebür zahlen muss. 50 kg Beinlfleisch — das ist das mindeste Fleisch, zum Wursten — haben also 7 fl. Spesen. Ich möchte also den Antrag stellen, dass das Beinlvieh unter 400 kg in der Schlachtgebür auf 50 kr. herabgesetzt werde. Ich habe den Herrn Bürgermeister vor ungefähr zwei Monaten auf dem Contumazmarkte darauf aufmerksam gemacht, ich habe ihm das Vieh gezeigt und gesagt: Herr Bürgermeister, schauen Sie das Vieh an, ob das gerechtfertigt ist. Er sagt, was zahlt das Vieh? Ich sage: das zahlt 4 fl. 55 kr. Verzehrungssteuer, Fuhrlohn vom Markte bis zur nächsten Regie 1 fl. und extra 1 fl. Schlachtgebür. Das sind also 7 fl. Ich möchte also bitten, dass das geehrte Haus wenigstens die Herabsetzung der Schlachtgebür auf 50 kr. beschließe. Bei der Verzehrungssteuer kann man vorderhand ohnedies nichts machen. Wenn 50 bis 60 kg Fleisch 7 fl. Gebüren zahlen, was sollen

wir in den Vororten den Leuten geben? Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Wünsch!

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe nur, nachdem ich doch in Kühlanlagen einige Erfahrungen gemacht habe, noch dem Antrage des Herrn Collegen Seiler hinzufügen wollen, dass, obgleich die Budget-Commission beschlossen hat, den Betrag von 50.000 fl. einzusetzen, ich glaube, dass das, was der Obmann der Approvisionierungs-Commission beantragt hat, das richtige ist. Wenn es dem geehrten Plenum ernst ist, eine derartige Anlage zu errichten, so bitte ich, den Antrag des Collegen Seiler anzunehmen. Mit der Einstellung von 50.000 fl. ist nichts gethan, nachdem man erst im Herbste beginnen wird, und nachdem — das sage ich aber gleich — das geehrte Haus sich darauf gefasst machen muss, dass das mit einer Ausgabe von 2- bis 300.000 fl. verbunden ist. (So ist es!) Nichtsdestoweniger befürworte ich den Antrag der Approvisionierungs-Commission. (Bravo! Bravo!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Stadtraths-Referent: Ich wollte mich in demselben Sinne aussprechen. Die Einstellung von 50.000 fl., ohne dass ein Project vorliegt oder irgendein Schritt geschehen ist, welcher die Verwirklichung im laufenden Jahre in sichere Aussicht stellt, hat eigentlich keinen Wert. Ich würde die geehrten Herren bitten, den Antrag Seiler anzunehmen, dagegen die 50.000 fl., welche die Butget-Commission beantragt hat, in das Budget nicht einzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Commissions-Referent!

Commissions-Referent: Ich habe zu bemerken, dass die Einstellung der Post von 50.000 fl. seitens der Commission eigentlich nur dem Willen der Commission Ausdruck geben sollte, dass sie es mit der Errichtung von Kühlanlagen ernst nimmt. In dem Augenblicke, in dem ein so sachgemäßer Antrag, wie er eben vom Herrn Collegen Seiler gestellt worden ist, uns vorliegt, würde ich allerdings persönlich auch nichts gegen die Streichung haben, ich muss aber namens der Budget-Commission natürlich den Antrag aufrecht erhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Darf ich bitten, meine Herren, zur Abstimmung. Zunächst ist bestritten die Post unter Rubrik XXX 8. Die Commission beantragt, für die Errichtung von Kühlanlagen im Schlachthause zu St. Marx einzustellen 50.000 fl. Dementgegen beantragt Herr Gem.-Rath Seiler, es sei diese Auslage nicht zu bewilligen, dagegen sei ein Project zur Herstellung von Kühlanlagen für das Schlachthaus zu St. Marx vorzulegen und bei der Anlage unter Zuziehung von Sachverständigen dahin zu wirken, dass die Kühlanlagen, verbunden mit Eiserzeugung, in einer den Erfahrungen der heutigen Zeit entsprechenden Weise hergestellt werden; hierüber soll dem Gemeinderathe vor Ablauf dieses Jahres ein Referat erstattet werden. Das ist ein Gegen-Antrag, ist als solcher gemeint; wenn dieser Antrag angenommen wird, entfällt die Post.

Ich bitte jene Herren, welche den Gegen-Antrag Seiler, den ich eben verlesen habe, annehmen, respective zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen; der Antrag ist zugewiesen.

Damit entfällt die Post per 50.000 fl.

Weiters ist ein Antrag vom Herrn Gem.-Rathe Herold gestellt, welcher dahin geht: Der Herr Bürgermeister wird ersucht, sich baldigst mit dem Kriegsärar ins Einvernehmen zu setzen, um das Invalidenhaus für Markthallenzwecke zu acquirieren.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Endlich ist ein Antrag gestellt vom Herrn Gem.-Rathe Eigner, dahin gehend, es sei der Magistrat aufzufordern, mit thunlichster Beschleunigung Vorschläge behufs Herstellung weiterer Pferdeschlachthäuser und Schweineschlächtereien zu erstatten.

Ich bitte jene Herren, welche für die Zuweisung stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ein Antrag Seiler geht dahin, es seien die älteren Stallungen im Schlachthause zu St. Marx zu pflastern, zu canalisieren und mit den Wasserleitungen zu versehen.

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ferner ist vom Herrn Gem.-Rathe Geyer ein Antrag gestellt worden, dahin gehend, es soll die Schlachtgebür für Rindvieh unter 400 kg von 1 fl. auf 50 kr. herabgesetzt werden.

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist zugewiesen.

Endlich kommt ein Antrag der Commission, welcher lautet (liest): „Der Magistrat wird aufgefordert, mit aller Dringlichkeit eine Vorlage wegen Errichtung von Kühlanlagen im Schlachthause zu St. Marx zu machen. Der Bürgermeister wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Referat ehestens dem Gemeinderathe erstattet werde."

Dieser Antrag ist identisch mit dem Antrage Seiler, es entfällt daher die Abstimmung darüber. Die übrigen Posten sind nicht angefochten worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Stadtraths-Referent: Rubrik XXXI „Lagerhaus", Seite 320. Die Einnahmen sind präliminiert mit 353.810 fl., die Ausgaben mit 305.410 fl. Außerdem liegt noch ein Antrag vor, es sei für die Erweiterung der Bureaulocalitäten des städtischen Lagerhauses der Betrag von 13.260 fl. in das Lagerhaus-Präliminare einzustellen. Dieser Antrag beruht auf einem vom Stadtrathe gefassten Beschlusse, nachdem die Localitäten im Lagerhause absolut unzureichend sind. Es ist dies deshalb bisher noch nicht im Budget enthalten und ist neu einzustellen.

Ich bitte um Annahme dieser Posten.

Commissions-Referent: Ich möchte mich zunächst mit dem neuen Antrage, der soeben vom Herrn Stadtraths-Referenten vorgetragen wurde, einverstanden erklären. Ich habe noch weiter namens der Commission Ihnen folgendes vorzubringen. Im Vorjahre wurde von Seite der Budget-Commission der Antrag gestellt, es sei eine Lagerhaus-Commission einzusetzen.

Nachdem über diesen Antrag bisher nichts verlautet, so hat die diesjährige Budget-Commission folgenden Antrag gestellt (liest): „Der Stadtrath wird beauftragt, über den gelegentlich der Berichterstattung über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1894 von der Budget-Commission gestellten Antrag auf Einsetzung einer Lagerhaus-Commission ehestens dem Gemeinderathe zu referieren."

Ich halte diesen Antrag für einen sehr wichtigen. Schon am Schlusse der Generaldebatte habe ich mir erlaubt, darauf hinzuweisen, unter welchen Bedingungen überhaupt die Gemeinde in der Lage sei, selbständig größere Erwerbsgeschäfte zu führen. Eines dieser Erwerbsgeschäfte, welches sie führt, ist eben dieses Lagerhausgeschäft, und dass eine solche sachverständige Commission

fungiere, mit der Leitung oder Controle oder Überwachung betraut werde, das halte ich für ein Gebot der unbedingten Nothwendigkeit. Ich glaube, dass der Magistrat, der Stadtrath, der Gemeinderath in pleno hier nicht in der Lage seien, derartige Geschäfte des Lagerhauses zu führen, wie dies seinerzeit im früheren Gemeinderathe seitens der Lagerhaus-Commission geschehen ist.

Ich möchte daher bitten, dass dem Antrage der Budget-Commission, den sie im vorigen Jahre gestellt hat und den sie in diesem Jahre urgiert, diese Lagerhaus-Commission einzusetzen, möglichst Folge gegeben werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Strobach.

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte mir erlauben, einige Worte über die Regulierung der Bezüge der Lagerhausbeamten zu sagen. Der Herr College Müller von der anderen Seite hat vor längerer Zeit einen Antrag eingebracht, und ich war so frei, denselben bereits viermal beim verehrten Herrn Bürgermeister zu urgieren. Er hat mich immer vertröstet, einmal vor Weihnachten, einmal vor Neujahr, dann im Jänner und im Februar. Leider ist das Referat bis jetzt noch nicht auf der Tagesordnung erschienen. Ich gebe es gerne zu, dass die Oberbeamten recht gut bezahlt sind, dagegen lässt es sich nicht leugnen, dass die Unterbeamten recht schlecht bezahlt sind. Wenn Sie bedenken, meine Herren, dass die Leute in der Saison bis zehn Uhr abends arbeiten müssen, denn es ist ja nicht so wie in anderen Ämtern; da muss das Material aufgearbeitet werden, dass sie also in die unangenehme Lage kommen, dort zu essen und nicht zu ihrer Familie nach Hause zu gehen, so dass sich der Lebensunterhalt der Leute dadurch vertheuert, dass sie dabei bloß ein Gehalt von 600 fl. bekommen, außerdem aber auf die Gnade des Oberbeamten, des Directors, angewiesen sind — wenn sie ihm nicht zu Gesicht stehen, so kann er sie einfach entlassen — so müssen Sie doch sagen, meine Herren, das sind Zustände, die im allgemeinen nicht haltbar sind. Das Lagerhaus wirft uns einen Gewinn ab, die Verwaltung ist eine ordentliche, wir haben also die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die niederen Beamten wenigstens eine Existenz haben, wie sie von Beamten der Commune erwartet werden kann.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen: „Der Herr Bürgermeister werde ersucht, in kürzester Zeit dahin zu wirken, dass das Referat bezüglich der Regulierung der Gehalte der Lagerhausbeamten endlich auf die Tagesordnung gestellt werde."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Jedlička hat das Wort.

Gem.-Rath Jedlička: Ich werde nur zwei Fragen an den Herrn Referenten stellen. Unter Rubrik XXXI, Post 1, finde ich eingestellt: „Manipulationen 154.840 fl." Ich erlaube mir die Frage, welche Manipulationen das sind? Eine zweite Frage erlaube ich mir. Es ist eine Post eingestellt: „Lagerhausbahn" mit 22.000 fl. Ist das eine jährliche oder einmalige Ausgabe?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent!

Stadtraths-Referent: Das sind die Kosten des Personales für die Einlagerungen und Auslagerungen und derjenigen Manipulationen, die im Lagerhause vorgenommen werden, das ist Reuterung, Betrieb der Trieure, der Putzmaschinen, Lagerungen, Einsackungen, Zeichnungen von Mustern, mit einem Worte, der ganze manuelle Betrieb des Lagerhauses.

Die Post „Lagerhausbahn" betrifft den Betrieb und die Erhaltung der Eisenbahn und ist eine jährlich wiederkehrende.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Es ist vom Herrn Referenten beantragt worden: „Es sei auf Grund eines Stadtraths-Beschlusses für die Erweiterung der Bureaulocalitäten des städtischen Lagerhauses der Betrag von 13.260 fl. unter den Ausgaben einzustellen."

Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Weiters wird von der Commission beantragt: „Der Stadtrath wird beauftragt, über den gelegentlich der Berichterstattung über den Voranschlag pro 1894 gestellten Antrag auf Einsetzung einer Lagerhaus-Commission ehestens dem Gemeinderathe referieren zu lassen."

Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Ein Antrag Strobach: „Der Herr Bürgermeister werde ersucht, das Referat wegen Regulierung der Bezüge der Lagerhausbeamten ehestens auf die Tagesordnung zu stellen."

Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Die übrigen Posten sind nicht angefochten. Ich erkläre dieselben für angenommen. Bitte weiter.

Stadtraths-Referent: Rubrik XXXI$^1/_2$ „Sonstige Approvisionierungszwecke". Einnahmen: 230 fl. Ausgaben, das ist die Haltung von Viehhirten und sonstige Ausgaben, 2080 fl. Damit wäre Rubrik VII erledigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre diese Posten für angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): Gruppe VIII, Seite 328, besteht aus fünf Rubriken. Rubrik XXXII „Sanitätsauslagen im allgemeinen"; Rubrik XXXIII „Leichenbestattungen, Friedhöfe"; Rubrik XXXIV „Bäder"; Rubrik XXXV „Wasenmeisterei" und Rubrik XXXVI „Verschiedenes". Rubrik XXXVII „Sanitätsdienst im allgemeinen", besteht in den Einnahmen aus Taxen, Sterbeanmeldungen, Todtenbeschautaxen und weiteren Gebüren im Betrage von 40.690 fl. Ausgaben: Bezüge der Beamten des Stadtphysikates, der Ärzte, Sanitätsaufseher und Sanitätsdiener, aus Anlass der im Zuge befindlichen definitiven Organisation des Gemeindesanitätsdienstes anstatt 30.000 fl. ein Mehrbetrag von 10.000 fl., also 40.000 fl. Obductionen, Impfungsauslagen, Publicationen des Stadtphysikates, welche gegenüber dem Beschlusse des Stadtrathes um 230 fl. zu erhöhen sind. Wagenauslagen, Commissionsgebüren, für die Zufuhr von Trinkwasser ist im Bedarfsfalle ein Betrag von 74.000 fl. eingestellt.

Stadtraths- und Budget-Commission beantragen mit Rücksicht darauf, dass die Einleitung des Wassers in den Vororten weitere Fortschritte macht und daher eine solche Zufuhr nicht nothwendig ist, eine Herabsetzung auf den Betrag von 50.000 fl. Ebenso werden herabgesetzt die Auslagen für den Transport von Kranken und Leichen Verunglückter in die Spitäler von 22.190 fl. auf 15.000 fl., weil in diesem Betrage eine Post von 7200 fl. speciell für Transporte von an Epidemien Erkrankten enthalten ist. Nachdem nun, Gott sei Dank, jetzt keine Epidemie herrscht, ist dieser Betrag entbehrlich, und es wird beantragt, 15.000 fl. einzustellen.

Desinfectionsauslagen statt 12.000 fl. 10.000 fl.;

Sonstige Auslagen 1300 fl.;

Endlich außerordentliche Ausgaben: Errichtung von neuen Sanitätsstationen und Requisitendepots 30.000 fl.

Das ist Gruppe XXXII.

Commissions-Referent: Zur Rubrik XXII wird von Seite der Commission beantragt, es sei eine entsprechende Vermehrung der Rettungsanstalten anzustreben. Ferner spricht sich die Budget-Commission für die Errichtung einer Central-Desinfectionsanstalt aus. Die Gründe liegen in der Publication des Stadtphysicus, welche den Herren gewiss ohnehin bekannt sein wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Scholz hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ich habe mir das Wort erbeten zur Rubrik XXXII, Post 2 „Bezüge der städtischen Ärzte". Ich erlaube mir die Aufmerksamkeit der geehrten Herren auf den Umstand zu lenken, dass die städtischen Ärzte seit einer Reihe von Jahren irgendeine nennenswerte Vermehrung nicht erfahren haben, wohingegen die Bevölkerung und die Agenden der Ärzte eine außerordentlich große Vermehrung erfahren haben. Wenn man weiß, dass ein einzelner Sanitätsarzt oder ein einzelner städtischer Arzt in einem Jahre 16- bis 19.000 Geschäftsstücke in seinem Wirkungskreise zu erledigen hat, so können sich die Herren denken, was für eine kolossale Arbeitslast ihnen aufgeladen wurde. Die Anforderungen der allgemeinen Sanität haben Aufgaben gestellt, die wurden einfach den Herren überwiesen ohne Rücksicht auf die Leistungsmöglichkeit.

Ich erlaube mir Ihre Aufmerksamkeit weiter darauf zu richten, dass unter dem Punkte 5 eine Summe eingestellt ist für die Organisation des städtischen Sanitätsdienstes. Das Elaborat für diese Zwecke ist bereits längst ausgearbeitet und ist schon mehreremale angefangen worden, zu referieren, aber immer wieder zurückgestellt worden. Sie werden begreifen, dass unsere städtischen Ärzte schon mit großem Schmerze auf die Erledigung warten, um eine Erleichterung ihres schweren Amtes zu erfahren. Ich will nur die Bitte stellen, dass der Herr Vorsitzende vielleicht die Güte habe, sich mit dem Referenten dieses Gegenstandes ins Einvernehmen zu setzen, um denselben ehebaldigst auf die Tagesordnung zu bringen und endlich Bericht zu erstatten, da dadurch einem langen und tiefgefühlten Bedürfnisse abgeholfen werden wird.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Wir haben schon so oft gehört, dass in Wien bei Nacht Leute zugrunde gegangen, weil ärztliche Hilfe nicht so schnell zu erreichen war. Es sind erst kürzlich einige derartige Fälle wieder vorgekommen, und es kommt das sehr häufig bei Geburten vor. Ich sehe es ein und finde es begreiflich, dass die Herren Ärzte, welche den ganzen Tag beschäftigt sind, auch bei Nacht Ruhe haben wollen und haben müssen. Allein, meine Herren, wir sind verpflichtet, für die Gesundheit und das Leben unserer Mitbürger einzutreten. Ich möchte Sie nicht lange aufhalten und das nicht weiter ausführen. Aber ich glaube, die Herren werden mit mir vollständig einverstanden sein und ich erlaube mir den Antrag zu stellen: „Der Magistrat werde beauftragt, in kürzester Zeit Vorschläge zu erstatten, dass in jedem Bezirke ein ärztlicher Permanenzdienst bei Nacht errichtet werde." Das ist ungefähr identisch mit dem Antrage des Herrn Vorredners; es ist nothwendig, in Wien mehr zu thun, als jetzt geschieht. Auf diese Weise wird dem Übelstande abgeholfen und ein großer Dienst der ganzen Bevölkerung, besonders der armen, erwiesen.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Meine Herren! Ich komme auf den Punkt zu sprechen bezüglich der Leichen- und Krankenträger, und zwar des XII. und XIV. Bezirkes. In allen Vorortebezirken sind die Kranken- und Leichenträger besser bezahlt als in diesen zwei Bezirken. Im XII. und XIV. Bezirke haben die Leichen- und Krankenträger 25 fl. Gehalt. Wenn man bedenkt, mit 25 fl. soll so ein Mann leben! In der Nacht, wenn er von der Sicherheitswache aufgeweckt wird, und es liegt irgendwo ein Todter, Betrunkener oder Kranker, soll er aufstehen und den expedieren! Wie kann ein Mann mit einem solchen Gehalte auskommen, besonders wenn er verheiratet ist und Familie hat! Er kann mit diesem Hungerlohne unmöglich auskommen.

Nachdem in allen anderen Bezirken die Kranken- und Leichenträger besser gezahlt sind und laut der Anmerkung bei Rubrik XXXII, Post 5, vom 1. Jänner 1895 diese Kranken- und Leichenträger alle gleichgestellt werden, so möchte ich bitten, dass sie auch in diesen Bezirken XII und XIV gleichgestellt werden, und bitte den Herrn Bürgermeister, dies zu veranlassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Scholz!

Gem.-Rath Dr. Scholz: Bezüglich des Vorschlages des Herrn Vorredners in Betreff eines Permanenzdienstes in der Nacht erlaube ich mir nur zu bemerken, dass dies so leicht nicht zu lösen ist. Wenn ein einzelner Arzt Permanenzdienst hat und er wird weggeholt, er muss zu einer Geburt, wo er drei Stunden zu bleiben hat, so ist wieder niemand da, ohne dass natürlich den Arzt ein Verschulden trifft. Mit dem Vorschlage selbst bin ich ganz einverstanden. Mit den Modalitäten will ich mich nicht beschäftigen, um Sie nicht aufzuhalten. Ich mache aufmerksam, dass die Lösung in anderer Weise gesucht werden muss, als dass in einem Punkte je ein Arzt bestellt werde.

Gem.-Rath Strobach: Ich habe durchaus nicht gesagt, dass ein Arzt hingestellt werden soll, sondern nur gesagt, der Magistrat werde beauftragt, Studien zu pflegen, in welcher Weise das geschehen kann. Es ist selbstverständlich, dass man mit einem Arzte nicht abhelfen kann. Es müssten drei bis vier sein. Ich wollte in die Details nicht eingehen, freue mich aber, dass der Herr Vorredner damit einverstanden ist. Ich bitte Sie also, meinem Antrage doch Gewicht beizulegen, denn er ist im Interesse der Bevölkerung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Stadtraths-Referent: Ich habe keine Bemerkung zu machen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich habe mich zum Worte gemeldet zu Punkt 33.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir sind jetzt bei Rubrik XXXII.

Die Commission stellt den Antrag: „Es sei eine entsprechende Vermehrung der Rettungsanstalten anzustreben." Die Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Weiters spricht sich die Commission für die Errichtung einer Central-Desinfectionsanstalt aus. Ich bitte jene Herren, welche für

die Zuweisung dieses Antrages stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann liegt vor ein Antrag, wonach für die Ausgabe des Physikatsberichtes die Erhöhung der Post Rubrik XXXII 9 von 2500 auf 2730 fl. genehmigt werden solle. Die Herren, welche zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Dann der Antrag Strobach: „Der Magistrat werde beauftragt, in kürzester Zeit Vorschläge zu erstatten, dass in jedem Bezirke ein ärztlicher Permanenzdienst bei Nacht errichtet werde." Die Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Wir kommen zur Rubrik XXXIII „Leichenbestattungen", Seite 342.

In den Einnahmen sind die Taxen für Gräber und Grüfte, das Gräberausschmückungs-Geschäft 2c., in den Ausgaben die Bezüge des Personales, die Erhaltung der Wege, Bespritzung, Schotterbeschaffung, Fuhrwerkskosten, sowie die Ausgaben für den Betrieb des Beerdigungs- und Ausschmückungsgeschäftes 2c. An außerordentlichen Ausgaben ist die Erweiterung der Friedhöfe, und zwar die vierte Erweiterung des Central-Friedhofes mit 183.000 fl. Dann kommen einige Änderungen.

Es wird nämlich seitens des Magistrates beantragt, für die Erweiterung der Vorortefriedhöfe in Baumgarten, Sievering, Ottakring, Hütteldorf und Hernals und für die Herstellung eines Portales am Central-Friedhofe Positionen einzustellen.

Der Stadtrath — und dem hat sich auch die Budget-Commission angeschlossen — beantragt jedoch, nachdem man noch nicht wissen kann, welche von diesen Friedhöfen und in welchem Umfange dieselben erweitert werden sollen, diese Posten zu streichen und dafür eine Post: „Erweiterung anderweitiger Friedhöfe, beziehungsweise Erwerbung von Gründen für Friedhofsanlagen" mit 100.000 fl. einzustellen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Commissions-Referent: Weiters ist ein Antrag, den die Budget-Commission stellt: „Es sei die Unificierung der Grabgebüren in den ehemaligen Vorortefriedhöfen ehestens durchzuführen." Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Geyer!

Gem.-Rath Geyer: Ich spreche zur Post XXXIII 4 „Ausgaben".

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr.

Gem.-Rath Geyer: Bei uns im XVIII. Bezirke sind drei Gottesacker und trotzdem müssen wir in Währing und Weinhaus mit unseren Leichen durch fünf Bezirke durch, um dieselben auf den Central-Friedhof zu führen.

Ich habe vor zwei oder drei Jahren den Antrag gestellt und gebeten, dass Währing seine Todten am Gersthofer Friedhofe beerdigen könne.

Dieser Antrag ist leider noch ohne allen Erfolg. Ich weiß nicht, ob etwas geschieht oder nicht. Der Gottesacker hätte Platz genug. Er wäre auf der einen Seite auszugraben, wo die Leichen bereits viele Jahre liegen, und auf der anderen Seite ist der Platz ohnedies leer.

Überdies ist der Grund ganz zu einem Gottesacker geschaffen. Jeder Todte hinterläst doch jemanden, Mutter, Vater oder Kinder.

Es ist doch der Wunsch eines jeden, seine todten Freunde oder Angehörigen besuchen zu können. Wie bei uns die Sache steht, ist das unmöglich. Man müsste in der Frühe fortgehen und käme erst nachmittags nach Hause. So vermögende Leute haben wir nicht.

Da möchte ich also den Antrag stellen: „dass die Leichen von Währing und Weinhaus auf dem Gersthofer Friedhofe beerdigt werden". Dorthin haben wir zehn Minuten und so müssen die Leichen durch fünf Bezirke geführt werden.

Ich stelle daher den Antrag: „dass die Leichen von Währing und Weinhaus auf dem Gersthofer Friedhofe begraben werden".

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Sehr geehrte Herren! Ich habe seinerzeit den Antrag wegen Arrondierung des Baumgartener Friedhofes eingebracht. Die Gemeinden Fünfhaus, Sechshaus und Rudolfsheim haben seinerzeit mit großen Opfern und Kosten diesen Friedhof in Baumgarten errichtet. Wie ich jenen Antrag gestellt habe, ist eine Commission angeordnet worden, bei welcher sich der Herr Regierungsrath Kammerer, der Amtsleiter des XIII. Bezirkes und alle amtlichen Personen dafür ausgesprochen haben, dass der Friedhof ohneweiters erweitert, beziehungsweise arrondiert werden kann. Der Übelstand im Baumgartener Friedhofe war der, dass Wasser in den Gräbern war. Das ist darauf zurückzuführen, dass nur eine kleine Humusschichte da war. Unter dieser war Tegel. Sobald ein Grab aufgemacht worden ist, hat sich die Feuchtigkeit hineingezogen. Die Sache wurde genau untersucht. Ich war bei der Commission. Es wurden die Anrainer, welche die Gründe haben, einvernommen und diese hatten seinerzeit die Gründe um 3 fl. per Quadratklafter hergegeben. Bei der Commission haben sie 6 fl. verlangt. Auch das ist noch kein Preis. Es obwalten auch keine sanitären Bedenken gegen die Arrondierung des Friedhofes, denn es wurde bei der Commission beschlossen, dass Bohrungen vorgenommen werden, und der Grund wurde vorzüglich befunden. Soviel mir bekannt ist, ist nur eine Persönlichkeit im Stadtrathe stricte dagegen und infolgedessen wird das nicht durchgeführt. Ich möchte im Namen der Bewohner des XIV. und XV. Bezirkes bitten, dass dieses Gutachten der Commission ehestens durchgeführt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Ich kann mich dem Antrage Geyer nur anschließen. Wir von Währing müssen mit unseren Todten auf den Central-Friedhof. Das kostet ein Heidengeld: für einen einfachen Wagen mindestens 5 fl. Wir sind ein Bezirk von 80.000 Einwohnern, in dem sich drei Friedhöfe befinden. Ich unterstütze also den Antrag Geyer. Um aber diesem Wunsche entsprechen zu können, beantrage ich, nachdem Währing circa 80.000 Einwohner hat, nachdem man es wahrscheinlich als gerecht und billig anerkennen wird, dass die Todten des Bezirkes auf dem Friedhofe des Bezirkes begraben werden, dass der Friedhof erweitert werde. Und zu diesem Behufe beantrage ich, dass in dem Budget für 1895 10.000 fl. zur Erweiterung des Friedhofes in Gersthof eingestellt werden.

Ich habe aber auch hier an einer Post etwas zu bekritteln, das ist Rubrik XXXIII, Post 29. Es steht hier im Voranschlage: „Herstellung eines Portales und eisernen Abschlussgitters zwischen den Administrationsgebäuden am Central-Friedhofe." Gegen diese Post bin ich entschieden. (Stadtraths-Referent: Das ist schon gestrichen!) Schon gestrichen? Dann habe ich nichts weiter zu sagen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Herr Referent des Stadtrathes!

Stadtraths-Referent: Bezüglich des Antrages, auf Erweiterung des Friedhofes in Gersthof 10.000 fl. einzustellen, ist zu bemerken, dass ein Antrag besteht, den Betrag von 100.000 fl. zur Erweiterung anderweitiger Friedhöfe, beziehungsweise zur Erwerbung von Gründen zu Friedhofs-Neuanlagen einzustellen. Diese 10.000 fl. für Gersthof finden eventuell in den 100.000 fl. noch Platz; es ist nicht nothwendig, dieselben separat einzustellen. Es wäre nur möglich, um dem Antrage Rechnung zu tragen, in die Position, wo steht: Ottakringer, Hütteldorfer, Hernalser Friedhof u. s. w. eventuell auch den Gersthofer Friedhof einzusetzen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich stelle den Antrag, dass speciell der Friedhof in Gersthof betont und dass ihm auch der Betrag von 10.000 fl. zugewiesen werde.

Stadtraths-Referent: Ich würde nur dagegen sein, dass das Budget um 10.000 fl. erhöht werde. In diesen 100.000 fl. haben eventuell noch diese 10.000 fl. Platz. Insofern hätte ich gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent: Ich möchte dasselbe sagen, nämlich dass mit dem Betrage von 100.000 fl. vorgesorgt ist für die Erweiterung von Friedhöfen und damit allen Wünschen Rechnung getragen wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Von der Commission wird der Antrag gestellt: „Es sei die Unificierung der Grabgebüren in den ehemaligen Vororte-Friedhöfen ehestens durchzuführen."

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Geyer stellt den Antrag: „Es sei für die Beerdigung der Leichen Armer in Währing und Weinhaus der Gersthofer Friedhof zuzuweisen."

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Herr Gem.-Rath Brauneiß beantragt: „Es sei der Friedhof in Baumgarten zu arrondieren."

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist zugewiesen.

Der Herr Gem.-Rath Jedlička stellt den Antrag: „Der Friedhof in Gersthof sei zu erweitern — und weiters: Es werden hiefür 10.000 fl. eingestellt."

Beharrt der Herr Gemeinderath auf seinem Antrage, ungeachtet der Aufklärung, dass 100.000 fl. im allgemeinen präliminiert sind?

Gem.-Rath Jedlička: Ja!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte also jene Herren, welche den ersten Antrag: „Der Gersthofer Friedhof sei zu erweitern" — dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist zugewiesen.

Der zweite Antrag geht dahin: „Für diese Erweiterung werden 10.000 fl. unter die Ausgaben eingestellt."

Ich bitte jene Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 23 gegen 22 Stimmen angenommen.

Im übrigen sind die Posten nicht angefochten, ich erkläre dieselben nach den Anträgen der Commission für angenommen.

Ich constatiere übrigens die Anwesenheit von mehr als 46 Mitgliedern des Gemeinderathes. Ich bitte fortzufahren.

Stadtraths-Referent: Rubrik XXXIV „Badeanstalten". Ich glaube, es kann auch Rubrik XXXV und XXXVI „Wasenmeisterei und sonstiges" dazugenommen werden.

Für Badeanstalten ist eingestellt:

Einnahmen . . . . 59.360 fl.
Ausgaben . . . . 217.480 fl.
Wasenmeisterei: Einnahmen . . . . 6200 fl.
Ausgaben . . . . 5500 fl.
Sonstige zum Sanitätswesen gehörige Einrichtungen in der Einnahme . . . . 1.650 fl.
in der Ausgabe . . . . 136.790 fl.
Dazu kommen noch Subventionen für verschiedene Institute und Anstalten im Betrage von . . . . 5.750 fl.
Errichtung neuer Anstandsorte . . . . 10.000 fl.
womit Gruppe VIII erledigt wäre.

Bürgermeister (den Vorsitz übernehmend): Der Herr Commissions-Referent!

Commissions-Referent: Ich habe namens der Commission noch folgende Anträge zu stellen:

Ad Rubrik XXXIV „Badeanstalten": „Der seinerzeit im Gemeinderathe gestellte Antrag der Gem.-Räthe Herrdegen und Dr. Friedjung, betreffend die Regelung der Bezüge des untergeordneten, in ständiger Verwendung stehenden Personales der städtischen Badeanstalten, wolle ehestens erledigt werden.

Der Magistrat wird beauftragt, der Verwaltung der städtischen Badeanstalten seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, eventuell durch Einführung entsprechender Controlmaßregeln eine Besserung des finanziellen Ergebnisses (jedoch ohne Erhöhung der Gebüren) anzustreben."

Ad Ausgabs-Rubrik XXXVI 10: „Es sei bei Errichtung von Anstandsorten auf die Innere Stadt, insbesondere auf den Stephansplatz, die Rothenthurmstraße und Kärnthnerstraße Rücksicht zu nehmen und seien die bestehenden Anstandsorte der Inneren Stadt einer Revision zu unterziehen."

Ich bitte, diese Anträge anzunehmen.

Bürgermeister: Ich eröffne zuerst die Debatte über die Einnahmen. Wer wünscht zu den Einnahmen das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich erkläre die Posten rücksichtlich der Einnahmen für angenommen.

Zu den Ausgaben hat Herr Gem.-Rath Brauneiß das Wort.

Gem.-Rath Brauneiß: In allen Bezirken sind bereits Volksbäder errichtet. Es wird zwar für den XIV. Bezirk ein Volksbad errichtet, aber jenseits der Westbahn, im unteren Theile des XV. und XIV. Bezirkes, haben wir nichts. Es ist das darauf zurückzuführen: Ich habe vor längerer Zeit einen Antrag eingebracht, dass endlich der Bezirk nach natürlichen Grenzen eingetheilt werden soll, wodurch diese Bezirkstheile zu einem Bezirke vereint werden sollen. Solange wir von den alten Bezirkstheilen getrennt sind, werden wir nichts durchsetzen und ich beantrage daher, dass in den Theilen des XIV. und XV. Bezirkes jenseits der Westbahn, wo doch die ärmste Bevölkerung vorhanden ist, auch ein Volksbad errichtet werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren, ich beantrage so wie in den früheren Jahren den endlichen Ankauf des Holzer'schen Strombades. Sie wissen, dass wir vielleicht in späterer Zeit nicht mehr die Gelegenheit haben werden, in der Nähe der Rudolfsbrücke ein Bad errichten zu können, wenn dieses Holzer'sche Bad einmal verkauft wird. Ich stelle daher den Antrag: „Der Magistrat werde beauftragt, mit dem gegenwärtigen Besitzer Holzer wegen Verkauf dieses Bades in Verhandlungen zu treten", und ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Ich habe vor ein oder zwei Jahren den Antrag bezüglich eines Bades im XVII. Bezirke eingebracht, wo keine Badeanstalt existiert, die für die Arbeiter zugänglich ist, weil, wenn eine solche auch für die Arbeiter zugänglich ist, sie zu theuer ist. Es ist aber mit dem Antrage weiter nichts geschehen; ich habe nicht gehört, ob er abgelehnt oder angenommen worden ist, bis jetzt sind keine Verhandlungen eingeleitet worden. Ich ersuche daher den Herrn Bürgermeister, soviel als möglich zu trachten, dass dort ein Bad errichtet wird, wie das in den anderen Bezirken der Fall ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Seiler!

Gem.-Rath Seiler: Der Beitrag der Gemeinde Wien für die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft wurde für die Jahre 1892, 1893 und 1894 mit 5000 fl. festgesetzt. In diesem Jahre läuft die Subvention ab. Ich brauche wohl nicht zu erwähnen, was die Rettungs-Gesellschaft für die Stadt Wien bedeutet. Ich, der ich in der nächsten Nähe der Rettungs-Gesellschaft wohne, sehe es tagtäglich, welche kolossale Aufgaben die Rettungs-Gesellschaft zu bewältigen hat, welch kolossale Ansprüche von allen Theilen der Stadt an die Rettungs-Gesellschaft gestellt werden und wie die Rettungs-Gesellschaft Tag und Nacht immer bereit ist, Hilfe zu leisten. Meine Herren, Sie können sich davon keinen Begriff machen, wieviele Leute in dem Donaucanale (Ruf links: Ihre Zuflucht suchen!) ja ihre Zuflucht suchen, das ist das richtigste Wort. Heute waren wieder zwei Fälle und die Rettungs-Gesellschaft ist immer da, um Hilfe zu leisten. Wie viele Menschenleben wurden schon durch die Rettungs-Gesellschaft gerettet! Wenn man nur nimmt, welch kolossale Zahl von Irren die Rettungs-Gesellschaft in einem Jahre zu expedieren hat, da sie doch allein die zweckmäßigsten und besten Wägen hat, so glaube ich, dass der Gemeinderath seine Anerkennung am besten nur dadurch ausdrücken kann, wenn er den von mir einmal gestellten Antrag annimmt, die Subvention auf 10.000 fl. zu erhöhen. Der Gemeinderath muss endlich seine Pflicht thun und muss die Thätigkeit der Gesellschaft anerkennen. Das ist nur dann möglich, wenn wir dies durch eine materielle Unterstützung seitens des Gemeinderathes bethätigen, und zwar umsomehr, als die Rettungs-Gesellschaft ihr Heim verliert und man eigentlich gar nicht weiß, wo die Rettungs-Gesellschaft untergebracht werden kann. Der Beschluss des Gemeinderathes wird für alle Kreise der Bevölkerung ein Ansporn sein, die Rettungs-Gesellschaft zu unterstützen. Ich bitte Sie daher, meine Herren, inständigst um Annahme dieses meines Antrages. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Ich erkläre von vornherein, dass ich absolut kein Gegner der Rettungs-Gesellschaft bin und sehr gerne anerkenne, dass sie wirklich außerordentliche Verdienste in Wien sich bereits erworben hat. Aber mir ist einmal folgendes passiert: Ich bin zur Rettungs-Gesellschaft gegangen und habe den leider seither verstorbenen Baron Mundy ersucht, er möge eine Frau — es war meine verstorbene Schwiegermutter — in die Hinterbrühl befördern. Er hat gesagt, er könne das nicht thun. Ich sagte: „Ich bitte, Sie können verlangen, was Sie wollen, 100 fl., 200 fl., ganz egal." Baron Mundy hat erwidert: „Lieber Freund! Geld spielt bei uns keine Rolle." Sie wissen, was für eine Rolle das Geld gerade bei der Rettungs-Gesellschaft spielt. Ich weiß nicht, ob die Verhältnisse in dem Sinne anders geworden sind; aber ich möchte sagen, wenn in der Weise gewirtschaftet wird, kann kein Privater und keine Gesellschaft existieren. Man muss das Geld dort nehmen, wo es angeboten wird. Herr Dr. Scholz — er ist leider nicht mehr hier — hat damals die Kranke begleitet; ein Fiaker wurde aufgenommen, der hat 8 fl. bekommen, und die Sache war in zwei Stunden erledigt. Man soll also die Rettungs-Gesellschaft aufmerksam machen, Einnahmsquellen, die sich ihr erschließen, zu fassen. Noch besser wie der Antrag, den ich ja sehr gerne unterstütze (Bravo! Bravo!), wäre, wenn wir die Rettungs-Gesellschaft verstadtlichen würden (Sehr richtig! links), denn wir müssen dafür sorgen, dass unsere Mitmenschen, welche von einem Unglücke betroffen werden, nicht auf der Gasse liegen bleiben, wie ein Stück Vieh, dass sie in Pflege genommen werden u. s. w., wie es die Rettungs-Gesellschaft in ganz ausgezeichneter Weise thut. Ich würde also eher dafür sein, die Sache zu verstadtlichen. Nachdem dies aber nicht so schnell geht, so unterstütze ich mit Vergnügen den Antrag Seiler und möchte nur darauf hinweisen, was ich vorhin erwähnt habe.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wimberger!

Gem.-Rath Wimberger: Ich werde ganz kurz sein. Neu-Fünfhaus und Neu-Rudolfsheim werden seit 30 Jahren immer stiefmütterlich behandelt. Das ist der Grund bei den Wahlen und bei allen Sachen, warum wir immer Gegner waren gegen die Seite und gegen die Seite. Warum? Weil man immer in der Opposition hat sein müssen, schon seit mehr als 30 Jahren. Wir haben nicht einmal eine Tramway, keinen Stellwagen. Und wir haben 70.000 Einwohner! Ich war damals dort mit 20, 30 Dienstboten, das war das erste Haus. Seit der Zeit haben wir nichts. Jetzt befindet sich ein Kindergarten dort, der mit sehr vielen Kindern besetzt ist, die wollen eine freie Aussicht dort haben. In Alt-Fünfhaus und Alt-Rudolfsheim haben sie ein Bad bekommen, wir aber wieder nichts. Da können Sie uns nicht verdenken, dass wir Gegner werden gegen Alt-Fünfhaus, Neu-Fünfhaus und die Commune; denn die Commune macht es wieder so, wie es Alt-Fünfhaus und Alt-Rudolfsheim gemacht haben. Heute wollen Sie uns wieder kein Bad geben.

Ich stelle den Antrag: „dass man auf dem Kindergartenplatze vis-à-vis von dem Hause dort, wo eine freie Aussicht ist gegen den Reithoferplatz, ein Bad errichtet". Das passt für Neu-Rudolfsheim und auch für Fünfhaus, und das ist auch das richtige. Ich hoffe, dass in Zukunft bald Neu-Fünfhaus und Neu-Rudolfsheim zusammenkommen. (Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Ich habe mich zum Worte gemeldet zur Rubrik XXXIV, Post 6. Es ist hier wieder ein Betrag von 100.000 fl. für Errichtung von Volksbädern präliminiert. Es steht aber hier in der Anmerkung, dass für die Bezirke XVII, XV und XVIII die Errichtung genehmigt, die Ausführung jedoch einem späteren Zeitpunkte vorbehalten wird. Ich erlaube mir die Bitte, auf unseren

Bezirk Rücksicht zu nehmen. Ich verlange hier nicht etwas, was unberechtigt wäre. Wir haben eine große Einwohnerzahl, worunter sich sehr viele arme Arbeitsleute befinden. Wir haben zwar zwei Privatbäder im Bezirke, aber sie sind diesen Leuten zu theuer, sie können diese Gebür von 30, 40 kr. nicht erschwingen. Wenn Einer einmal wöchentlich ins Bad geht, macht ihm das in sein Budget ein großes Loch. Darum stelle ich den positiven Antrag, dass das Volksbad im XVIII. Bezirke im Jahre 1895 errichtet werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Ich muss nur die Rettungs-Gesellschaft mit einigen Worten gegen einen Vorwurf in Schutz nehmen, den Herr Gem.-Rath Strobach erhoben hat. Die Rettungs-Gesellschaft ist nicht dazu da, dass man dort plötzlich ein Fuhrwerk bestellt, sondern die Rettungs-Gesellschaft ist da, bei plötzlichen Unglücksfällen einzugreifen. Wenn irgendein Transport von Kranken vorkommt und wenn reiche Leute in dieser Richtung etwas vorzukehren haben, so wissen sie, wo ein Fuhrwerk zu finden ist. In solchen Fällen darf man sich nicht an die Rettungs-Gesellschaft wenden. Die Rettungs-Gesellschaft hat andere Aufgaben, sie muss am Platze sein bei Unglücksfällen u. s. w.

Im übrigen unterstütze ich den Antrag des Herrn Collegen Seiler und möchte diesem Antrage hinzufügen: „Der Gemeinderath beschließe, der Magistrat werde beauftragt, in der allerkürzesten Zeit für die Unterbringung der Rettungs-Gesellschaft bezüglich eines geeigneten Platzes das nöthige zu veranlassen."

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hörmann!

Gem.-Rath Hörmann: Ich habe mir zur Rubrik XXXVI das Wort erbeten. Der III. Bezirk wird immer mehr verbaut. Die alten Anstandsorte werden demoliert und keine neuen errichtet. Ich möchte daher den Antrag stellen „dass am Thomasplatze im III. Bezirke ein neuer Anstandsort errichtet werde".

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Seiler!

Gem.-Rath Seiler: Mit besonderer Befriedigung muss ich sagen, dass auch von der anderen Seite die Anerkennung für die Rettungs-Gesellschaft ausgesprochen wurde. Bezüglich dessen, was der Herr College Strobach gesagt hat, weise ich darauf hin, dass die Statuten der Rettungs-Gesellschaft nur für Krankentransporte der Armen vorsorgen, für solche, die plötzlich in einen Unfall gerathen. Ich bin auch ganz einverstanden, dass die Statuten dahin geändert werden, dass auch Schwerkranke mit den ausgezeichneten Wagen, die der Gesellschaft zur Verfügung stehen, transportiert werden, und dass, wenn es ein Reicher ist, dieser den Transport nach seinen Mitteln und seinem Willen honorieren kann. Ich will noch bemerken, dass die Statuten der Rettungs-Gesellschaft nur für die alten Bezirke galten; jetzt, wo der Polizeirayon ausgedehnt ist, hat die Rettungs-Gesellschaft auch ihre Thätigkeit auf die Vororte erstreckt und dadurch mehr Auslagen. Ich bitte also, meinen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Meine Herren! Ich muss mich gegen den Collegen Frauenberger vertheidigen. Er hat gesagt, er weist den Vorwurf, den ich der Rettungs-Gesellschaft gemacht habe, zurück. Ich constatiere nun, dass ich überhaupt keinen Vorwurf gemacht, sondern nur gesagt habe, was vorgekommen ist. Ich weiß, dass die Statuten der Rettungs-Gesellschaft so lauten, aber ich weiß auch, dass acht Tage nach meinem Falle eine Fürstin mit einem Wagen irgendwohin geführt wurde, ob sie mehr gezahlt hat, als ich, weiß ich nicht. Aber, wenn der eine befördert werden kann, soll es auch der andere. Ich schließe mich ganz den Ausführungen des Collegen Seiler an, die Anstalt soll das Statut ändern und wenn sie 200 fl. in zwei bis drei Stunden verdienen kann, so soll sie sie einstecken. Ich spreche also den Wunsch aus, und ich habe früher erklärt, ich bin durchaus nicht gegen die Subvention, sondern für die Erhöhung und eventuell für die Übernahme der Gesellschaft, denn sie ist eine Nothwendigkeit geworden. Ich verwahre mich also dagegen, dass ich etwas gegen die Rettungs-Gesellschaft gesagt habe. Ich will nur, dass sie geschäftsmännisch betrieben wird.

Gem.-Rath Brauneiß: Ich möchte mir erlauben, zur Errichtung von Anstandsorten einige Worte zu sprechen. Von der Gürtelstraße bis zum Penzinger Viaduct jenseits der Westbahn ist kein einziger Anstandsort und es sind mir schon viele Beschwerden zugekommen, dass Leute, die dort plötzlich wo hingehen mussten, gestraft wurden. Ich sehe nicht ein, warum man nicht solche Anstandsorte errichtet, vielleicht im Mittelpunkte bei der Schmelzbrücke. Ich möchte also beantragen, dass zwischen dem Gürtel und dem Penzinger Viaduct ein Anstandsort errichtet werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Ich habe nur kurz zur Rubrik XXXVI 4 d zu sprechen. Hier wird beantragt, der Nahrungs- und Genussmittel-Untersuchungsanstalt des Allgemeinen österreichischen Apotheker-vereines 100 fl. zu geben. Ich beantrage 200 fl., denn das ist nicht genug zu betonen und zu fördern, dass die Nahrungsmittel untersucht werden; denn mit den Nahrungsmitteln wird in Wien ein derartiger Schwindel getrieben, dass man oft nicht weiß, was man isst, mit Mehl, Eiern, allem denkbaren. Ich beantrage also statt 100 fl. — 200 fl.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent: Bezüglich der Subvention an die Anstalt für Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln ist gar nichts eingestellt, weil der Verein seit zwei Jahren um eine Subvention nicht eingeschritten ist. Er scheint sie nicht nothwendig zu haben. Wenn ihm aber die Herren eine Subvention zuwenden wollen, so habe ich nichts dagegen. Was die Volksbäder betrifft, so finden Sie einen Betrag von 100.000 fl. eingestellt. Es wird fast jedes Jahr eingestellt, so dass selbst im Laufe der Jahre jeder Bezirk mit Volksbädern versehen sein wird. Was die Rettungs-Gesellschaft betrifft, so bin ich der Meinung, dass wir vielleicht noch energischer werden eingreifen müssen, und zwar in anderer Weise, sei es durch Zuweisung eines Platzes oder eines Capitales ein- für allemal, um ein Gebäude zu errichten. Wenn die Herren inzwischen gewissermaßen als Abschlagszahlung die Subvention von 5000 fl. auf 10.000 fl. erhöhen werden, so habe ich nichts dagegen. Ob der Gesellschaft damit endgiltig geholfen ist, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Bürgermeister: Hat der Herr Referent der Commission eine Bemerkung zu machen? (Derselbe verzichtet.) Wir schreiten zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Jedlička! Halten Sie den Antrag auf Einstellung einer Subvention von 200 fl. für den Apothekerverein aufrecht? (Gem.-Rath Jedlička: Ja!) Gegen die im Voranschlage enthaltenen „ziffermäßigen Positionen ist mit Ausnahme der Post für die Rettungs-Gesellschaft keine Einwendung erhoben worden. Ich erkläre diese Positionen in Einnahmen und Ausgaben für angenommen.

Es kommen nun die im Laufe der Debatte gestellten Anträge. Herr Gem.-Rath Brauneiß beantragt die Errichtung eines Volksbades in den Bezirkstheilen des XIV. und XV. Bezirkes jenseits der Westbahn.

Herr Gem.-Rath Wimberger stellt dazu den Zusatz-Antrag: „Es sei auf dem Kindergartenplatze gegen den Reithoferplatz zu dieses Bad zu errichten." Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Eigner hat den Antrag gestellt: „Es sei ein Bad im XVII. Bezirke zu errichten. Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben." (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Jedlička hat den Antrag gestellt: „Es sei noch im Jahre 1895 in Währing eine Badeanstalt zu errichten." (Gem.-Rath Jedlička: Mit dem Zusatze: „und zwar auf den städtischen Gründen in der Johannesgasse!") Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Seiler beantragt: „Es sei die Subvention für die Freiwillige Rettungs-Gesellschaft mit 10.000 fl. zu bestimmen." Ich ersuche jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Gem.-Rath Strobach hat die Idee der Verstadtlichung angeregt, aber keinen positiven Antrag gestellt. (Gem.-Rath Strobach: Ich habe den Antrag Seiler unterstützt, weil die Verstadtlichung nicht so geschwind geht, aber ich bitte Sie, ihn im Auge zu behalten.)

Herr Gem.-Rath Frauenberger beantragt: „dass wegen Eruierung eines Platzes für ein seitens der Rettungs-Gesellschaft zu errichtendes Gebäude das erforderliche zu veranlassen sei".

Diesfalls steht bereits ein Antrag in Verhandlung. Ich betrachte den Antrag Frauenberger als Urgenz oder Befürwortung dieses Antrages. In diesem Sinne wird er dem Stadtrathe zugewiesen.

Jetzt kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger wegen Ankauf des Holzer'schen Strombades: „Es sei der Magistrat zu beauftragen, mit dem gegenwärtigen Besitzer Holzer in Verhandlung zu treten." Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommen die Anstandsorte. Da beantragt Herr Gem.-Rath Hörmann: „es sei ein solcher am Thomasplatze in Erdberg zu errichten". Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Brauneiß stellt den Antrag: „dass bei der Schmelzbrücke jenseits der Westbahn im XIV. Bezirke ein Anstandsort zu errichten sei". Ich ersuche jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jetzt kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Jedlička: „Es sei für den Apothekerverein — es handelt sich da offenbar nur um die Einstellung der Bedeckungspost — eine Subvention von 200 fl. einzustellen." Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Minorität.

Die Commission beantragt (liest): „Der seinerzeit im Gemeinderathe gestellte Antrag der Gem.-Räthe Herrdegen und Dr. Friedjung, betreffend die Regelung der Bezüge des untergeordneten, in ständiger Verwendung stehenden Personales der städtischen Badeanstalten, wolle ehestens erledigt werden." Ich bitte jene Herren, welche mit der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Antrages einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

„Der Magistrat wird beauftragt, der Verwaltung der städtischen Badeanstalten seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, eventuell durch Einführung entsprechender Controlmaßregeln eine Besserung des finanziellen Ergebnisses (jedoch ohne Erhöhung der Gebüren) anzustreben."

Die Herren sind mit der Zuweisung einverstanden? (Zustimmung.)

Endlich: „Es sei bei Errichtung von Anstandsorten auf die Innere Stadt, insbesondere auf den Stephansplatz, die Rothenthurmstraße und Kärnthnerstraße Rücksicht zu nehmen und seien die bestehenden Anstandsorte der Inneren Stadt einer Revision zu unterziehen."

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist die Gruppe VIII erledigt.

Stadtraths-Referent: Bei der Gruppe IX ist folgendes zu bemerken: Die Anträge, welche der Stadtrath gegenüber den Anträgen des Magistrates gestellt hat, haben folgende Änderungen zur Folge gehabt. Es ist beim Versorgungsfonde eine größere Einnahme zu erwarten mit Rücksicht darauf, dass in dem abgelaufenen Jahre größere Erbschafts-Abhandlungen noch nicht abgeschlossen worden sind, welche im heurigen Jahre zur Gebürenvorschreibung kommen werden, daher ein größerer Betrag an Verlassenschaftsgebüren zu erwarten ist. Eine weitere Änderung betrifft die Verwaltung des Bürgerspitales. Es ist nämlich möglich gewesen, die Pfründenbeträge zu erhöhen, so dass eine Anzahl von Pfründen mit einem Betrage von 15 fl. geschaffen werden konnte, wogegen die Pfründen mit minderer Zahlung eingezogen werden Die Verhältnisse liegen so, dass für sämmtliche Pfründenbewerber, welche sich melden, ausreichend Platz vorhanden ist, so dass die mit minderen Beträgen ausgestatteten Pfründen aus Mangel an geeigneten Bewerbern meistens noch unbesetzt bleiben. Die Änderungen, welche die Budget-Commission an diesen Posten beantragt, sind ausnahmslos solche, welchen man unbedingt zustimmen kann. Es ist eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Balle der Stadt Wien mit einigen hundert Gulden; ebenso ist bei den Ausgaben eine kleine Abänderung. Sie bezieht sich auf einen Abstrich bei Angelegenheiten der Versorgungshäuser u. dgl. Ich möchte die Herren bitten, diese Rubrik mit den Abänderungen, welche die Budget-Commission beantragt, en bloc anzunehmen.

Commissions-Referent: Ich schließe mich diesem Antrage vollkommen an und möchte nur bemerken, dass die Anträge, welche die Budget-Commission gestellt hat, dadurch begründet sind, dass eine größere Anzahl von Kindern in den Seehospizen von Grado, Triest und Sulzbach bei Ischl aufgenommen werden soll, wodurch sich die betreffende Post um 1000 fl. erhöht, andererseits für die Kleidung, Instandhaltung, Nachschaffung von Wäsche in den verschiedenen Versorgungsanstalten um 8580 fl. weniger eingestellt ist, indem man glaubte, dass mit Rücksicht auf die vorhandenen

Vorräthe auch mit dem Betrage von 40.000 fl. das Auslangen gefunden werden kann.

Das sind die wesentlichen Änderungen. Von Seite des verehrten Herrn Collegen ist bereits berichtet worden, dass noch eine Post mit 500 fl. eingestellt wurde, und zwar sowohl in den Ausgaben wie in den Einnahmen, wodurch sie sich bilanciert und eine durchlaufende Post bildet.

Der Ball der Stadt Wien hat ein größeres Erträgnis von 500 fl. geliefert, infolgedessen auch dieser Betrag mehr zur Verwendung gelangen kann.

Gem.-Rath Pollak: Es wäre mir lieb gewesen, wenn dieses Capitel verhandelt worden wäre, so lange die Versammlung noch nicht so ermüdet ist, denn ich glaube, das Armenwesen ist in vieler Beziehung so sehr im argen, dass es wirklich der Mühe wert gewesen wäre, in die Berathung dieser verschiedenen Posten etwas eindringlicher einzugehen. Nachdem die Sache nun nicht zu ändern ist, müssen mir die Herren auch schon einige Worte zur Rubrik XXXVII, Post 13, erlauben.

Ich muss sagen, wenn ich diese Post für die Waisenhäuser im Betrage von 209.000 fl. betrachte, so — ich erlaube mir schon den Ausdruck — muss man sagen, es ist fast schade um das viele Geld, weil sich nach meiner Erfahrung diese große Ausgabe nicht voll bewährt. Ich bin überhaupt kein Freund dieser Internate, denn die Kinder, das ist gewiss, welche darinnen erzogen werden, werden der Familie entzogen und sie werden sehr häufig verzogen und verzärtelt, und wenn sie die Anstalt verlassen, sind sie sehr häufig nicht recht zu gebrauchen. Diejenigen Herren Gewerbetreibenden, welche bereits in der Lage waren, Waisenkinder in die Lehre aufzunehmen, werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass ich sehr häufig gehört habe: einmal einen solchen Buben genommen und nicht wieder, und diejenigen, welche Mädchen, die aus Waisenhäusern stammen, als Dienstmädchen zu sich nehmen, machen eine ähnliche Erfahrung. Die Kinder — ich vergönne ihnen das beste — werden, wie ich mich schon ausgedrückt habe, sehr häufig verzogen, und das ist nach meinem Dafürhalten ein Übel. Wenn man das viele Geld dazu verwenden würde, um die Waisen in Privatpflege zu bringen, wären sie gewiss viel besser daran, wären sie dem Familienleben nicht entzogen, sie würden weltläufiger, und, meine Herren, ein Waisenkind kommt der Gemeinde Wien nahezu auf 300 fl. zu stehen. Wenn Sie für die Pflege der Waisen monatlich 20 fl. bezahlen, so bekommen Sie die wunderbarste Pflege für die Waisenkinder. Es gibt wohlsituierte Beamtenfamilien, welche kinderlos sind und die mit größtem Vergnügen Waisen um einen solchen Sustentationsbetrag aufnehmen und in ganz vortrefflicher Weise erziehen würden. Ich habe diesbezüglich unangenehme Erfahrungen gesammelt. Es hat mir immer vorgeschwebt, die Waisenhäuser seien Erziehungshäuser in erster Linie, aber nicht nur Häuser, dazu bestimmt, um die Kinder lediglich zu ernähren und zu bekleiden. Aber es geschieht so häufig das nicht, was geschehen sollte, nämlich, dass das Waisenhaus in allem und jedem mit der Schule Hand in Hand geht — und, wenn das nicht geschieht, meine Herren, dann hat das Waisenhaus sein Ziel verfehlt (Rufe: Sehr richtig!), dann wird es das Ziel, das ihm gesteckt ist, nicht erreichen.

Ich will mich nicht des weiteren einlassen, aber ich mache die Herren nur auf einen Fall aufmerksam, der mir in Erinnerung ist, wo das gerade Gegentheil von dem stattfindet — und das merkwürdige ist das: der ganze Lehrkörper hat sich gegen dieses hervortretende Dawiderhandeln gegen die Gebote beschwert; es weiß davon die Bezirksschulbehörde, es weiß davon der Magistrat, aber eine Änderung ist bis jetzt nicht eingetreten.

Ich gebe der Bezirksschulbehörde durchaus keine Schuld, die kann ja nichts anderes thun, als den Act dem Magistrate abtreten, und wenn der Magistrat nicht thatkräftig einwirkt, so lässt sich in der Sache weiter nichts machen. Ich möchte Sie, meine Herren, auf die Folgen aufmerksam machen. Ich kann sagen, die Knaben aus diesem Waisenhause haben gegen die Schule geradezu revoltiert. Alle Klagen haben nichts geholfen. Die Folge davon war, dass im letzten Quartale netto 21 Kinder die Sittennote drei und vier erhalten mussten. Ja, meine Herren, diese Zustände können doch nicht fortdauern! Ich mache auch dem Leiter keine besonderen Vorwürfe. Das ist ein altgedienter Mann, der gehört in die Ruhe. Aber was sagt der Mann? „Ja, ich wollte ohnedies schon gehen, aber der Magistrat lässt mich nicht gehen." (Hört! Hört! links.) Da muss man doch sagen, da ist der Magistrat nicht am Platze! (Zustimmung links.) Es ist eine ungeheure Aufgabe, heutzutage Vater einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Kindern zu sein, fünf oder sechs Kinder zu erziehen. Da wird einem Manne zugemuthet, 100 Kinder zu erziehen. Dazu gehört etwas mehr, dazu gehört eine junge, frische Kraft, welche das zu leisten imstande ist. Wie weit es gekommen ist, beweist, dass die Kinder dem Lehrer geradezu die Antwort verweigerten, wenn er sie um irgendetwas befragte, mit dem Hinweise darauf: „Der Vater hat mir's verboten!" Das heißt man doch die Kinder geradezu zur Renitenz gegen die Schule anleiten. Das sollen Zustände sein, die auf eine lange Zeit andauern können? Ich kann Sie versichern, die Lehrer sind in heller Verzweiflung, und es ist soweit gekommen, dass dieselben sagen: „Ich lasse mir lieber eine Disciplinaruntersuchung wegen Dienstverweigerung gefallen, als dass ich noch einmal in eine solche Classe gehe und mich von den Kindern verhöhnen und beschimpfen lasse und dabei meine Gesundheit ruiniere."

Ich möchte den Herrn Bürgermeister dringendst ersuchen, dass er in dieser Angelegenheit ehebaldigst etwas veranlasse. Ich habe die geehrte Waisenhaus-Commission diesbezüglich schon ersucht, aber man sieht immer noch kein Resultat.

Dass solche Zustände überhaupt möglich sind, daran ist in erster Linie dieses wunderbare Statut schuld, das dermalen noch immer in Gebrauch steht. Wenn Sie dieses Statut lesen, werden Sie finden, dass der Waisenvater eigentlich zu allem verpflichtet ist, aber nur dazu nicht, um die Kinder zu wirklich sittlichen, gehorsamen Menschen zu erziehen. Das findet man in dem Statute eigentlich nicht enthalten. Die Herren werden mir nun erlauben — und ich glaube, die geehrte Waisenhaus-Commission wird gar nichts dawiderhaben — Sie auf einige solche Punkte aufmerksam zu machen. Es heißt da in Betreff der Aufnahme, dass in die Waisenhäuser nur gesunde, lernfähige und geimpfte Kinder aufgenommen werden. Schon in dieser Beziehung wird gesündigt. Ich kann Ihnen da den Fall sagen, dass beispielsweise ein Knabe in dem Waisenhause sich befindet, dessen Wirbelsäule so verkrümmt ist, dass derselbe alle Augenblicke ein neues Mieder braucht; Kinder mit solchen Gebrechen gehören nicht ins Waisenhaus, die gehören speciell in Privatpflege, wo sich die betreffende Partei lediglich mit dem einen Kinde zu befassen in der Lage ist. (Rufe: Schluss!) Ja, ich bedauere, dass es schon so spät ist; mir ist es auch nicht angenehm, ich bekomme nicht einmal einen Wagen nach Hause.

Aber ich muss mich, wie es heißt, einmal ausquetschen, ich kann mir nicht helfen. Zwei Kinder besuchen die Anstalt, die notorisch schwachsinnig sind und in der Schule absolut nicht fortzukommen vermögen. Auch die gehören nicht hinein.

Ich habe gelegentlich einer Zusammenkunft mit dem Leiter des Waisendepartements den Satz ausgesprochen: „Es kommt mir gerade so vor, als wenn das geehrte Waisendepartement es lediglich darauf anlegen würde, die allerausgelassensten Kinder mit den schlechtesten Sittennoten aufzunehmen.“ Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Ausweisen vorlegen von Kindern, die in das Waisenhaus aufgenommen wurden und die alle Dreier und Vierer in Sitten und den denkbar schlechtesten Fortgang aufwiesen. Es ist wahr, schließlich müssen diese Kinder auch Aufnahme finden. Aber in dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkte, dass die Waisenhäuser keine Correctionsanstalten sind. Solche Kinder passen viel besser in eine Familie, wo sie die richtige Aufsicht haben, als in einem Waisenhause, wo die einzelnen, sagen wir, ungezogene Jungen unter der großen Masse verschwinden. Dann ist weiter ein Punkt — Sie müssen es mir schon erlauben, ich werde mich bemühen, sobald als möglich fertig zu werden — § 18 lautet: „In jedem Waisenhause ist ein Waisenvater, der ein verheirateter Lehrer sein muss, angestellt.“ Nun, über diesen Punkt sollte der Magistrat niemals hinausgehen, gar nie; denn es ist undenkbar, meine Herren, dass ein Waisenhausleiter, der nicht verheiratet oder der verwitwet ist, noch in der Lage ist, die Erziehung von hunderten von Kindern zu übernehmen. Denn es heißt hier ausdrücklich, die Gattin oder die Waisenhausmutter hat für die leiblichen Bedürfnisse der Kinder Sorge zu tragen, und was speciell dieses Waisenhaus anbelangt, muss constatiert werden, dass die Zustände in demselben in früherer Zeit viel besser waren, als seit der Mann das Unglück gehabt hat, seine Frau durch Tod zu verlieren. Das ist ein Unglück, aber die Erziehung der Kinder darf, glaube ich, darunter nicht leiden. (Zwischenruf.) Es ist wohl selbstverständlich, dass das den X. Bezirk betrifft, weil ich aus dem X. Bezirke stamme.

§ 31 handelt von der Entlassung der Waisenzöglinge und da heißt es im Punkte 4: „Die Entlassung erfolgt, wenn sich derselbe eines solchen Vergehens oder einer solchen Übertretung der Hausordnung schuldig macht, dass sein weiteres Verbleiben auf die übrigen Zöglinge . . . . und so weiter“ verderblich wirkt.

Da habe ich einen Fall, dass ein Knabe in der Schule einen ganzen Kasten ausgeräumt hat; alles, was drin war und brauchbar war, hat derselbe ausgeräumt. Der Bube ist im Waisenhause, ist heute noch drinnen und genießt sogar die Ehre, weil er ein großer Bengel ist — um mich des Ausdruckes der großen Kaiserin Maria Theresia zu bedienen — dass er die Fahne tragen darf. Das soll auch nicht geschehen, das weiß man doch; der Bube gehört nicht hin, das ist ein Beispiel, das abschreckend wirkt und wirken muss. Solche Zöglinge gehören absolut hinaus. (Ruf: Na!) Na, sagt ein Herr — ich glaube, darüber kann doch kein Zweifel sein. Ja, es mögen Ihnen diese Dinge kleinlich vorkommen, aber ich als Schulmeister finde, obwohl ich mit kleinen Kindern zu thun habe, in dieser Beziehung gar nichts gleichgiltig. Sehen Sie, meine Herren, in den Waisenhäusern ist es Sitte, dass die Buben bei besonders guter Aufführung Auszeichnungen auf ihre Krägen bekommen, sogenannte Litzen, ein, zwei, drei, je nachdem. Nun sollte man sich vorstellen, dass, wenn ein Bube wegen Renitenz, Ungehorsam, Liederlichkeit von der Schule derart getadelt wird, dass er erstens einmal schlechte Sittennoten, weiterhin einen schlechten Fortgang bekommt, er diese Auszeichnung verliert. Aber nein, er verliert sie nicht, er trägt sie heute noch.

Ja, meine Herren, das heißt man geradezu der Schule hohnsprechen, just das nicht thun, was geeignet ist, das Ansehen der Schule gegenüber den Kindern herzustellen. Kurz und gut, die Autorität der Schule wird untergraben, wie, wo und wann es nur möglich ist, und wir müssen uns das ganz ruhig gefallen lassen. Alle Beschwerden sind nutzlos. Wenn man den Kindern droht, du wirst eine Bemerkung in das Controlbüchel bekommen, so lacht einem der Bube ins Gesicht, und wenn man ihn dann frägt, was hast du für eine Strafe bekommen, so sagt er ganz frech, zwei Portionen Fleisch habe ich bekommen, und der Lehrer muss das alles ruhig einstecken und darf nichts dazu sagen. Das soll ein Mensch anhören, ohne Schaden an der Gesundheit zu leiden?

Was die Instruction der bisherigen Leiter anbelangt, so ist sie auch in mancher Beziehung sehr mangelhaft. Ich will die Herren nicht länger aufhalten, aber auf eines möchte ich noch zurückkommen. Ich habe vor einiger Zeit den Antrag gestellt, es mögen in den Waisenhäusern Correpetitoren vom Magistrate angestellt werden, und ich habe dies damit begründet, dass ich sagte, ein Lehrer, der in den Waisenhäusern mit Erfolg wirken soll, muss freien Rücken haben, das ist aber nicht der Fall, wenn er vom betreffenden Waisenhausleiter davongeschickt werden kann, wann es ihm beliebt und ob er einen Grund hat oder nicht.

Der löbliche Stadtrath ist wahrscheinlich über Antrag des Magistrates nicht darauf eingegangen. Sie schädigen aber dadurch den Lehrsaal im Waisenhause. Was da vorkommt in jeder Beziehung, was die Lehrer darunter zu leiden haben, was die Kinder sich gegenüber solchen Lehrern erlauben, spottet aller Beschreibung. Es würden Ihnen die Haare zu Berge stehen, wenn ich Ihnen nur einzelne solche Episoden erzählen würde, die vorkommen. Eines begreife ich nicht. Ich will die Autonomie der Gemeinde nach keiner Richtung angreifen, aber alle Privatinstitute, alle Erziehungsinstitute unterstehen der staatlichen Aufsicht, nur die Waisenhäuser nicht. Ja, wäre es denn nicht zeitgemäß, dass auch dort der Lehrsaal durch den k. k. Inspector inspiciert würde, damit sich auch er überzeugt, was dort alles geschieht? Ich glaube, da würde sich die Gemeinde gar nichts vergeben, wenn sie in das neue Statut, welches sich in der Ausarbeitung befindet, wie ich heute gehört habe, diese Bemerkung hineinfügt, und deshalb möchte ich den Herrn Bürgermeister bitten, erstens, dass er sein möglichstes daransetze, dass in der Beziehung endlich eine Remedur geschaffen werde, so dass wieder ein einträchtiges Zusammenwirken zwischen Schule und Haus möglich wäre; zweitens, dass er bei Verfassung des Statutes meine beiden Anregungen in Erwägung ziehe, dass die Correpetitoren so wie früher vom Magistrate aufgenommen und entlassen werden, und dass die Lehrsäle, und zwar nur diese, vom k. k. Schulinspector inspiciert werden. Damit schließe ich. (Beifall.)

Stadtraths-Referent: Was die Waisenhäuser betrifft, so besitze ich darin einige Erfahrung, weil ich zwei Jahre hindurch die Ehre gehabt habe, Obmann der Waisen-Commission zu sein, und weil ich im Vereine mit den Mitgliedern dieser Commission die Aufgabe hatte, alle Waisenhäuser monatlich ein- bis zweimal zu inspicieren. Ich bin auch der Ansicht, dass im größeren Maßstabe die Internate nicht fortbetrieben, das heißt, dass nicht neue errichtet werden sollen, weil die verwaisten Kinder, wenn man ein entsprechendes Kostgeld bezahlen kann, in Privathäusern sehr gut aufgehoben sind.

Was aber die Beschwerden bezüglich der Waisenhäuser betrifft, so handelt es sich ja größtentheils um solche Kinder, denen die Eltern früh wegsterben, die sozusagen von der Gasse aufgelesen werden, und für welche einige Institute vorhanden sein müssen. Dass unter diesen Kindern sich auch ungezogene befinden, verwahrloste, das ist ja selbstverständlich, weil ja die Kinder, die ihre Eltern früh verloren haben, ihrer natürlichen Beschützer beraubt sind und sich vielleicht nicht sofort einer guten Zucht unterordnen. Wenn gesagt wird, dass die Kinder in eine Lehre nicht gerne genommen werden, so ist mir wenigstens das in der Zeit, wo ich Obmann war, nicht vorgekommen; im Gegentheile, es war immer eine große Anzahl von Vormerkungen von Lehrherren, welche sehr gerne die Waisenkinder genommen haben. Ich selbst habe in meinem Geschäfte fünf oder sechs solche Lehrlinge aufgenommen und bin mit ihnen sehr zufrieden. Dass die Mädchen, wenn sie aus den Waisenhäusern kommen, kaum in der Lage sind, Dienstboten zu werden, kommt daher, weil sie meist körperlich zurückgeblieben und schwach sind, was ja bei Kinder nicht wundernehmen kann, welche ihre Eltern im zarten Alter verloren haben. Man kann da wohl annehmen, dass die Eltern oft schwach und kränklich waren, infolge auch schwächliche Kinder auf die Welt kamen.

Ich höre übrigens, dass über die erwähnten Übelstände eine Untersuchung stattfindet und ich zweifle nicht, dass da Abhilfe geschaffen werden wird, weil es doch unsere Sache sein muss, in den Waisenhäusern Ordnung und Zucht aufrechtzuerhalten.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass bei dem Bürgerladfonde ein Überschuss von 12.700 fl. übrig geblieben ist. Nachdem im vorigen Jahre 15.000 fl. übrig geblieben sind, so dass heuer ein Überschuss von 27.000 fl. nicht verwendet wurde, so wollte ich, da es sich nur um arme Leute handelt, beantragen, die Bürgerladenpfründe zu erhöhen. Da ich aber aus einer Bemerkung entnommen habe, dass das bereits im April 1894 geschehen ist, kann ich auf das Wort verzichten.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Vincenz Wessely!

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Als Mitglied der ehemals bestandenen Armensection interessiere ich mich immer noch für das Armenwesen. Da habe ich im vergangenen Jahre gelesen, dass im Monate Jänner eine Conferenz der Armeninstituts-Obmänner einberufen wurde, in welcher beschlossen wurde, dass sie an den Magistrat herantreten, um eine Remuneration für ihre Amtswaltung zu erreichen. Als die Stadtraths-Institution gegründet wurde, habe ich mir gleich gedacht, dass da vielleicht von der Gemeinde aus präjudiciert werde. Und es ist auf dem Fuße gefolgt, dass die Bezirksvorstände ihre Remuneration erhöht verlangten. Früher haben sie 1000 fl. gehabt und dann haben sie, glaube ich, 1500 fl. bekommen, und nachdem diese Remuneration den Bezirksvorstehern bewilligt worden ist, haben sich gleich die Obmänner der Armeninstitute auch um eine Remuneration beworben.

Auf Grund dessen wurde diese von mir erwähnte Conferenz einberufen und in derselben beschlossen, dass die Armeninstituts-Obmänner nur dann functionieren wollen, wenn sie eine Remuneration in einer gewissen gleichen Höhe mit der der Bezirksvorsteher bekommen werden. Der Beschluss ist in dieser Conferenz gefasst worden. Die Arbeiten der Armeninstituts-Obmänner, meine Herren, haben sich wirklich bedeutend vermehrt, das ist nicht in Abrede zu stellen. Es ist dem Armeninstituts-Obmanne bedeutend mehr Arbeit zugewiesen als dem Bezirksvorsteher. Der Bezirksvorsteher braucht in sein Amt täglich vielleicht hineinzugehen, und höchstens hat er eine halbe Stunde zu thun. (Gem.-Rath Jedlička: Ah na!) In allen Bezirken nicht. Freilich gibt es Bezirksvorsteher, die auch Armeninstituts-Obmänner sind, die dann diese beiden Ämter zugleich verrichten; die haben mehr zu thun, aber in vielen Bezirken haben die Bezirksvorsteher sehr wenig zu thun, in den meisten Bezirken sind sie sehr wenig angestrengt.

Diese Arbeiten können die Herren nicht umsonst verrichten; sie haben erklärt, dass sie nur dann ihre Stellen behalten können, wenn sie remuneriert werden. Ich gebe Ihnen die Versicherung, sie warten auf die Erledigung des Voranschlages, wie der ausfällt. Sie werden sehen, dass ein großer Theil dieser Obmänner ihre Stellen niederlegen werden, wenn nicht der Gemeinderath beschließt, hier eine Post einzusetzen. Ich weiß nicht, zu welcher Post ich eigentlich den Antrag hier stellen sollte, dass man hier eine Summe einstellen soll, denn vielleicht wäre es möglich .... (Bürgermeister: Nicht nothwendig, Herr Gemeinderath, bitte, im allgemeinen!) Im allgemeinen? Nun, so beantrage ich, dass für das Armenwesen eine Summe von 10.000 fl. für die Remuneration der Armeninstituts-Obmänner eingestellt werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Mittler zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte sind noch gemeldet die Herren Gem.-Räthe Jedlička, Dr. Daum, Latschka, Brauneiß, Wimberger, Dr. Vogler, Herold, Dr. Klotzberg, Schneeweiß, Frauenberger. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe. Ich erwarte von den geehrten Herren, dass sie sich kurz fassen und hoffe, dass die Debatte sehr bald durchgeführt wird.

Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Ich habe gegen diese Voranschläge gar keine Einwendung. Meine Bedenken, welche ich gegen die Verwaltung des Vermögens, welches den Armen gewidmet wurde, habe, habe ich bereits in der Generaldebatte vorgebracht; aber eines kann ich nicht unterlassen zu betonen, und bitte den Herrn Bürgermeister, dass vielleicht in dieser Hinsicht eine Änderung geschehe. Wir haben Pfründner, welche eine lange Reihe von Jahren in Frieden als Eheleute miteinander gelebt haben. Die Leute gehen zugrunde, und wenn sie dann alt werden, werden sie von der Commune in Versorgung genommen und werden dann getrennt. Meine Herren! Die Leute, die ihr Leben miteinander zugebracht haben, werden in den alten Tagen getrennt. In dieser Hinsicht würde sich sehr leicht, ohne die Auslagen zu vermehren, etwas schaffen lassen, dass man diesen Leuten das Zusammenleben bis zu ihren letzten Tagen ermöglicht. (Sehr richtig!) Bedenken Sie, wenn die Leute älter sind, werden sie, wenn sie vielleicht auch nicht krank werden, doch jeden Augenblick marode. Wenn Sie in den Versorgungshäusern für solche Familien, für solche Paare kleinere Cabinete einrichten und in dieselben zwei Betten und einen Kasten hineinstellen, dann würden dieselben sich gegenseitig unterstützen können.

Heute sind sie angewiesen auf die Pflege im Marodenzimmer oder an den Krankensaal, und das Weib kann zum Manne und der Mann zum Weibe nicht. Das ist keine Versorgung für Leute,

welche, solange sie leisten konnten, alles, was ihnen auferlegt wurde, geleistet haben. Ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, in dieser Hinsicht etwas zu veranlassen, dass man diesen Leuten nicht die letzten Tage dadurch verbittert, dass man sie auseinander nimmt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Daum!

Gem.-Rath Dr. Daum: Ich werde nur wenige Worte zunächst gegenüber demjenigen sprechen, was Herr Oberlehrer College Pollak hier erwähnt hat. Derselbe hat seiner Gegnerschaft gegenüber den Internaten Ausdruck gegeben, wohl mehr als passende Einleitung zu den Klagen, welche er gegenüber einem bestimmten Waisenhause vorzubringen beabsichtigt hat. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass gewiss die Familienverpflegung der Internatverpflegung vorzuziehen ist, sobald man das Kind in eine gute, vertrauenswürdige Familie unterbringen kann; dagegen muss aber in Betracht gezogen werden, dass die Aufsicht in einer solchen Familie eine sehr erschwerte ist, dass die Gemeinde nicht in der Lage ist oder eine große Anzahl von Organen braucht, um in soviel Familien die Aufsicht über die einzelnen Kinder zu führen, und ich kann aus meiner eigenen Erfahrung auf ein Beispiel hinweisen, dass ein städtisches Kostkind, für welches ich eine Art Aufsicht zu üben hatte, in einer Familie untergebracht wurde — das Kind war etwas verkrüppelt an den Fingern — wo es als Dienstbote behandelt wurde, wo aber der Hausvater den Betrag von 8 fl., welchen die Gemeinde für dieses Kostkind zahlte, eingesteckt und dafür einen Dienstboten, allerdings einen geschwächten, umsonst erhalten hat. Das ist übrigens nur vorübergehend erwähnt. Ich übergehe auf die Vorwürfe, um die es sich eigentlich hier handelt.

Der Herr Vorredner hat auf ein bestimmtes Waisenhaus angespielt, er hat auf die mangelhafte Leitung und auf die Übelstände in einem gewissen Waisenhause hingewiesen. Es ist gewiss ein Übelstand, dass seit mehreren Jahren eigentlich die Aufsicht seitens der Gemeinde in den Waisenhäusern nicht geführt wurde und nicht geführt werden konnte, weil die nöthigen Organe gefehlt haben. Nun ist eine Waisenhaus-Commission ins Leben gerufen worden, deren Obmann ein erfahrener und gewissenhafter Mann ist und der es sich sehr angelegen sein ließ, trotz der vielen Beschäftigung, welche der Herr Gemeinderath jetzt an den Nachmittagen hat, die Waisenhäuser zu besuchen und eingehend zu prüfen. Diese Commission hat ihre Thätigkeit auch bereits begonnen und es wird sich auch in Bälde zeigen, dass sie nicht umsonst ins Leben gerufen worden ist.

Was nun bestimmte einzelne Fälle betrifft, so liegt eine solche Anzahl von Beschwerdeschriften und Klagen von beiden Seiten heute schon sowohl der Schulbehörde als dem Stadtrathe vor, dass es nie möglich ist, zu einem bestimmten Entschlusse zu kommen. Denn wie man sich in einer Richtung entscheiden wollte, kam schon eine neue Beschwerdeschrift. Es muss also ein gewisser Termin abgewartet werden, bis die Reihe der Beschwerdeschriften sich erschöpft haben wird, ehe man daran geht, sich ein Urtheil zu bilden.

Das eine aber kann ich heute, ohne irgendwie dem seinerzeitigen Urtheile vorzugreifen, wohl sagen: Es ist ein auffallender Umstand, dass die Klage gegen dieses betreffende Waisenhaus nur von einer Schule ausgeht. Die Kinder des Waisenhauses besuchen ja mehrere Schulen, Klagen werden aber nur von einer Schule geführt. Ich will damit durchaus nicht sagen, dass diese Klagen nicht in gewissen Punkten gerechtfertigt sein könnten; wohl aber ist es möglich, dass gewisse Übertreibungen vorliegen, die in persönlichen Umständen ihre Erklärung finden.

Ferner bitte ich eines in Betracht zu ziehen. Der Waisenhausvater ist wirklich in einer sehr schwierigen Lage den Kindern gegenüber, wenn Klagen aus der Schule kommen. Wie soll er sich ungezogenen oder wilden Kindern gegenüber benehmen? Schlagen darf er sie nicht; er hat zwar ein weiteres Disciplinarrecht als der Lehrer in der Schule, aber man würde es ihm sehr übel nehmen, wenn er von diesem Züchtigungsrechte Gebrauch machte. Das Stadtphysikat verbietet ihm aber wieder, die Kinder mit Hunger zu strafen. Womit soll er also ein Kind energisch strafen, wenn er diese Strafen nicht üben darf? Ich will auch dem Stadtphysikate nicht unrecht geben, denn es ist ganz richtig, dass man gerade Kinder, die an eine immerhin nothwendige Kost gebunden sind und ihre bestimmten Mahlzeiten erhalten, nicht hungern lassen will. Es ist jedenfalls sehr zu beklagen, wenn ein Mangel an Einvernehmen zwischen Lehrerschaft und den Waisenhäusern besteht. Wir wollen hoffen, dass sich diese einzelnen Fälle nicht gar zu oft wiederholen.

Ich habe noch etwas anderes zu erwähnen. Es sind im vorigen Jahre von Seite des Gemeinderathes zwei Beschlüsse gefasst worden, welche sich auf die Versorgungshäuser beziehen. Ich möchte nicht, dass dieselben in Vergessenheit gerathen. Der erste bezog sich darauf, dass endlich daran gegangen werde, die eigene Regie in den Versorgungshäusern einzuführen, welche sich allgemein bewährt hat. Es sollte im vorigen Jahre in dem Versorgungshause in Liesing der Anfang gemacht werden. Soviel ich weiß, ist aber in dieser Richtung bisher nichts geschehen. Der zweite Beschluss bezog sich darauf, dass in den Versorgungshäusern der Brantweinverkauf verboten werden soll. Es ist dies ein Beschluss, der schon einmal vom Gemeinderathe gefasst, aber wieder aufgehoben worden ist. Es ist dies aber neuerdings von der Landesbehörde auf Grund eines Gutachtens des Landessanitätsrathes sämmtlichen Gemeinden Niederösterreichs eingeschärft worden, weil die Anzahl der Alkoholiker in den Irrenanstalten sich in so grauenhafter Weise vermehrt. Ich möchte diese Anträge der Genehmigung des Gemeinderathes empfehlen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Latschka!

Gem.-Rath Latschka: Ich wollte auch zu dieser Post sprechen. Nachdem aber über dieselbe soviel gesprochen worden ist, glaube ich mich nur mit wenigen Worten begnügen zu dürfen. Wir hören diese Klagen nicht bloß von einem Waisenhause, ich habe auch von anderen Waisenhäusern reden gehört und es dürfte die Ursache soviel ich weiß an der mangelhaften Organisation der Waisenhäuser liegen. Ich glaube, dass die Directoren dieser Waisenhäuser nicht am rechten Platze sind, dass sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können, da sie meist Bureaukraten sind, indem sie die meiste Zeit mit Schreibereien verbringen müssen und sie können auf das erziehliche Moment, was ja ihre Hauptaufgabe wäre, nicht die nöthige Rücksicht nehmen. Auch ist das Zusammenwirken der Schulen und der Waisenhäuser nicht immer das richtige. Vielleicht läszt sich da einmal eine Änderung vornehmen. Ich hoffe aber, dass bei dem neuen Statute, wenn es uns vorgelegt wird, Gelegenheit sein wird, darüber zu reden und so will ich jetzt davon nicht weiter sprechen.

Ich möchte noch zu einer anderen Post sprechen, und zwar über das „Franz Josef-Jugendasyl in Weinzierl". Da ist vor einiger Zeit der Antrag gestellt worden wegen Vermehrung der betreffenden

Freiplätze. Nun hat aber der Gemeinderath beschlossen, dieses Referat zurückzuweisen, bis die Anwürfe, welche in Bezug auf die Verwaltung gemacht wurden, im Gemeinderathe aufgeklärt werden. Ich möchte also beantragen, dass diese Post von 11.250 fl. so lange ins Budget nicht aufgenommen werde, bis nicht im Gemeinderathe das betreffende Referat erstattet worden ist, wodurch die Anwürfe gegen die Verwaltung dieses Jugendasyles in Weinzierl entkräftet worden sind. (Sehr richtig! links.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Collegen Wessely durchaus nicht anschließen. Die Armenpflege in Wien haben alle Functionäre jederzeit unentgeltlich geleistet. Es hat immer ganz gut geklappt. In neuerer Zeit hat man den Obmännern eine so große Anzahl von Armenräthen zugewiesen, dass das Geschäft sehr erleichtert ist. Ich kann gar nicht begreifen, wie College Wessely so einen Antrag stellen kann, 10.000 fl. dafür auszugeben. Man soll dieses Geld lieber den Armen zukommen lassen, das ist viel besser. Ich glaube, es gibt noch viele Männer, die dieses Amt unentgeltlich versehen würden. Streng genommen ist ein Tag in der Woche, wo zu thun ist, die übrige Zeit ist man nicht so in Anspruch genommen. Ich kann mich also nicht dafür erklären, dass man da wieder zahlen soll.

Ich würde auch bitten, dass die Armenräthe jetzt, wo eine große Anzahl derselben vorhanden ist, genau untersuchen, welche Armen würdig sind, eine höhere Pfründe zu bekommen. Ich kenne zum Beispiel einen Baumeister, der durch Unglücksfälle herabgekommen ist, er ist 79 Jahre alt, er hat in Wien gelernt, war hier Baumeister und er bekommt eine Pfründe von 6 fl. Da soll der betreffende Armenrath doch Rücksicht nehmen, dass der Mann würdig ist, mehr zu bekommen. Der Mann ist ja nicht durch Liederlichkeit herabgekommen. Da sollen die Armenräthe darauf sehen, dass für würdige Personen mehr bewilligt wird, so dass sie wenigstens annäherungsweise nicht hungern müssen. Wie gesagt, ich muss mich gegen den Antrag des Herrn Collegen Wessely erklären, ich kann nicht dafür stimmen, dass neuerdings eine Auslage von 10.000 fl. ins Budget eingestellt wird.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wimberger!

Gem.-Rath Wimberger: Ich möchte den Herrn Bürgermeister bitten, dass unsere Bürger, die über 40 Jahre Steuer zahlen, milder behandelt werden. Weiter möchte ich bitten, dass diese alten Leute nicht auseinandergerissen werden, und wenn es schon nicht möglich ist, sie in der Anstalt beisammen zu belassen, so könnte man ihnen außerhalb der Anstalt bessere Unterstützungen angedeihen lassen. Dann würde die Commune gewiss um ein Drittel des Kostenpreises besser fahren, den Leuten gienge es auch ganz gut, Mann und Weib, Angehörige wären beisammen.

Was die Armenräthe anbelangt, beneide ich sie durchaus nicht. Damit schließe ich.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Vogler!

Gem.-Rath Dr. Vogler: Herr Gem.-Rath Pollak hat angebliche Übelstände, welche an einem Waisenhause stattfinden, meines Erachtens etwas zu sehr generalisiert. Auch die Übelstände, welche er berührt hat, scheinen einigermaßen einer näheren Untersuchung würdig zu sein, bevor man ein Urtheil abgibt, nachdem Herr Dr. Daum erklärt hat, dass die Klagen gegen das Benehmen der Waisenkinder nur von einer Schule ausgehen und mir überdies mitgetheilt worden ist, dass dieselben Waisenkinder früher an derselben Schule entsprechende Sittennoten gehabt haben und erst seit einem Jahre schlechte Sittennoten haben. Ich glaube, es ist sehr merkwürdig, dass die Sitten dieser Zöglinge sich auf einmal so sehr verändern sollen. Übrigens, wenn solche Übelstände bestehen, lassen sie sich nicht generalisieren, und wenn der Herr Vorredner gesagt hat, das Waisenhaus soll mit der Schule Hand in Hand gehen, so glaube ich, dass die Gemeinde den richtigen Weg zu dieser Intention einschlägt, indem nur Schulmänner zu Waisenhausvätern genommen werden. Jeder Waisenhausvater wird aus dem Lehrerstande genommen, und glaube ich daher, dass man dadurch das beste für das Waisenhaus schafft, wie für die Schule. Wenn in dieser Richtung nicht die richtige Harmonie herrscht, so liegt, glaube ich, die Schuld daran nicht an der Organisation und an der Gemeindeverwaltung, sondern höchstens an einzelnen Personen.

Wenn Herr College Latschka über das Franz Josef-Jugendasyl gesprochen und beantragt hat, den Betrag von 11.250 fl. vorläufig nicht einzustellen, so glaube ich, dass wir Gelegenheit haben werden, über diesen Punkt bei einer anderen Debatte zu sprechen.

Ich will nur folgendes bemerken: Die von der Verwaltung des Franz Josef-Jugendasyles beantragte Erhöhung der Verpflegsgebür für communale Zöglinge findet darin die Begründung, dass der Verein in erheblicher Weise in seinen Einnahmen reduciert wurde, einerseits durch die Conversion der Staatspapiere, andererseits dadurch, dass der ihm früher zugewendete Antheil an dem Erträgnisse des Sühnhauses nicht mehr zugewiesen wurde u. s. w. Nachdem die Einnahmen reduciert sind und die Zöglinge mehr kosten, als die Gemeinde zahlt, so wurde der Verein veranlasst, die Erhöhung zu beantragen.

Nun glaube ich aber, ist es absolut nicht in den Intentionen der Gemeinde gelegen, nach dem Antrage Latschka die Post von 11.250 fl. zu streichen, sondern, wenn die Herren der Meinung sind, dass auf diese Erhöhung ein Bedacht zu nehmen sei, so wäre der im vorigen Jahre präliminierte Betrag von 7500 fl. einzustellen. Aber die Post gänzlich zu streichen, würde dahin führen, dass das Franz Josef-Jugendasyl einfach überhaupt keine communalen Zöglinge aufnehmen würde und dadurch das Interesse der Gemeinde, beziehungsweise der Gemeindeangehörigen geschädigt wäre.

Herr College Wessely hat den Antrag gestellt, den Armeninstituts-Vorstehern eine Remuneration zu gewähren, und beantragt, zu diesem Zwecke 10.000 fl. ins Budget einzustellen. Er begründet seinen Antrag damit, dass die Armeninstituts-Vorsteher mit Arbeit überbürdet sind und die Geschäfte unentgeltlich nicht mehr besorgen können. Ich erlaube mir die Herren darauf aufmerksam zu machen, dass, was den Herren ohnehin bekannt ist, eine Reform der Armenpflege in Wien sich im Zuge befindet.

Das bezügliche Referat ist bereits gedruckt und befindet sich im Besitze der sämmtlichen Herren Gemeinderäthe. In der Intention der Reformen, welche beantragt werden, ist es gelegen, die betreffenden Armeninstituts-Vorsteher wesentlich zu entlasten durch Verkleinerung der Armenbezirke und Zertheilung der meist sehr großen Armenbezirke in kleinere. Dadurch soll herbeigeführt werden, dass auch die betreffenden Obmänner der kleineren Armensectionen weniger zu thun haben wie bisher. Dadurch entfällt die Nothwendigkeit einer Remuneration, die an sich gewissen Bedenken begegnet, weil, soviel ich weiß, in der ganzen Welt die Armenpflege unentgeltlich geleistet wird. Es entfällt also, glaube ich, die

Nothwendigkeit, hiefür einen Betrag einzustellen, und ich bitte Sie, den Antrag Wessely abzulehnen.

Gem.-Rath Herold: Ich erlaube mir als Mitglied der Waisenhaus-Commission an Ihre Geduld zu appellieren. Die Commission ist bereits in Function getreten und hat die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken genau untersucht. Ich kann Sie versichern, dass die sieben gewählten Herren mit der größten Objectivität und Gründlichkeit vorgehen. Ich will dem Berichte nicht vorgreifen, aber über ein Waisenhaus ist er bereits gemacht und es wird die Zeit sein, über die Angelegenheit zu sprechen, bis die übrigen sieben oder acht Waisenhäuser auch untersucht sind. Bis dahin, glaube ich, können sich die Herren einer Kritik enthalten. Ich versichere, dass wir die Augen offen behalten für alle Schäden in den Waisenhäusern.

Was den X. Bezirk betrifft, um den sich Herr Gem.-Rath Pollak sehr Mühe gegeben hat, so kann ich als Mitglied der Waisenhaus-Commission kein Urtheil fällen. Aber der Obmann Herr Gem.-Rath Zweig mit den anderen sechs Collegen haben alle Übelstände untersucht und wird gewiss der bezügliche Bericht dem Herrn Bürgermeister übergeben werden. Ich hoffe also, dass unsere Thätigkeit von Erfolg gekrönt sein wird. (Beifall.)

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Ich erlaube mir auf eine crasse Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen und bitte um Abhilfe. In Klosterneuburg befindet sich ein Waisenhaus für Knaben und Mädchen, in welchem schwächliche Kinder Aufnahme finden, ein sogenanntes Sanatorium. Nebst dem Waisenhausvater leiten die Lehranstalt noch etliche Lehrer, und wenn diese um eine Stelle competieren im guten Glauben, dass ihnen diese Lehrzeit eingerechnet wird, so irren sie sich gewaltig; denn trotzdem im Amtskalender diese Lehranstalt als mit Öffentlichkeitsrecht versehen bezeichnet ist, wird ihnen diese Dienstzeit nicht eingerechnet.

Ich möchte daher beantragen, dass den Hilfslehrern im Waisenhause in Klosterneuburg die vollbrachte Dienstzeit als eine an einer mit dem Öffentlichkeitsrechte versehenen Lehranstalt vollstreckte Dienstzeit anzurechnen und bei der Competierung um eine Lehrstelle in Anrechnung zu bringen sei. Das ist berechtigt und ich bitte Sie um die Annahme. (Beifall.)

Gem.-Rath Schneeweiß: Nur ein paar Worte! Es werden arme Kinder mit Freiplätzen nach Hall in Oberösterreich bedacht und es kommen Fälle vor, dass man den Kindern ganz armer Leute Freiplätze zur Verfügung stellt, aber sie sind nicht imstande, die Reiseauslagen zu bestreiten. Der Commune Wien wird es wohl nicht schwer fallen, sich an die Bahnverwaltungen zu wenden, um die nöthigen Freikarten für die armen Kinder zu beschaffen, denn sonst ist die Sache illusorisch, wenn man den Kindern wohl einen Freiplatz gewährt, aber sie nicht imstande sind, die Hin- und Rückreise zu bezahlen. Ich möchte also anregen, dass man solchen Kindern auch die nothwendige Reise ermöglicht. Die Staatsbahn wird ja wohl Freikarten gewähren.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Herr College Wessely hat schon hier wiederholt Anträge gestellt, welche sich als sehr praktisch erwiesen haben, und ich muss sagen, dass ich die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Wessely immer sehr gerne höre, aber hier hat er sich doch geirrt, indem er den Antrag gestellt hat, dass die Obmänner des Armenrathes bezahlt werden sollen. Ich entgegne nur, dass es eine Menge Leute gibt, Bürger von Wien, die sehr gerne eine solche Function unentgeltlich ausüben, die sonst nichts zu thun haben, und wir werden die betreffenden Obmänner des Armenrathes immer finden. Was die Theilung von Mann und Weib in den Versorgungsanstalten betrifft, so ist das allerdings ein Standpunkt, der mir nicht gefällt. Ich bin auch dafür, dass die Leute womöglich beisammen gelassen werden in einem Hause; das entspricht der Humanität.

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Pollak bemerke ich, dass ich der Meinung bin, er habe in diesem Falle doch die Sache etwas übertrieben dargestellt. Meine Herren! Wir sind alle, ich glaube, die meisten unter uns, Familienväter und wissen, dass man mit Kindern die allergrößte Nachsicht haben muss und dass ein Kind heute fehlen kann und morgen wieder anderer Meinung ist. Das Kind macht Fehler. Wenn man heute nach dem Principe des Herrn Gem.-Rathes Pollak vorgehen würde, so müsste man die kleinen Fehler der Kinder so anrechnen, als ob es Verbrechen wären. Das, glaube ich, können wir nicht thun. Wir müssen Rücksicht haben mit den Fehlern der Kinder. Ich glaube also, dass man sich in solchen Fällen nicht auf den Standpunkt des Herrn Collegen Pollak stellen muss, denn auch die kleinen Kinder können sich in ihren Fehlern auch wieder bessern. Herr College Pollak hat darauf hingewiesen, dass es eine ganz besondere Auszeichnung für den Buben ist, wenn er noch die Fahne vorträgt. Ich erblicke darin gar keine Auszeichnung. Man nimmt einfach den stärkeren Buben her, und der trägt die Fahne.

Bürgermeister: Der Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent: Ich möchte nur noch beifügen, dass der Antrag der Commission angenommen werde:

„Der Magistrat wird beauftragt, über die bezüglich jener Taubstummen-Institute, in welchen derzeit Arme auf Kosten der Stadt Wien untergebracht sind, bestehenden Rechtsverhältnisse zur Gemeind., sowie über die Erfolge des externen und jene des internen Taubstummen-Unterrichtes Studien zu machen und hierüber zu berichten."

Bürgermeister: Zur thatsächlichen Berichtigung hat Herr Gem.-Rath Pollak das Wort.

Gem.-Rath Pollak: Der geehrte Herr Gem.-Rath Dr. Daum hat gemeint, es sei dies nur die Klage einer Schule. Ich berichtige, dass seitens desselben Waisenhauses vor acht Jahren dieselben Zustände gegenüber anderen Schulen herbeigeführt worden sind. Es ist also nicht die Klage einer einzigen Schule. Weiters hat er gemeint, es würden bei dieser Klage gewisse Überzeugungen mitgespielt haben. Ich habe erklärt, dass die Klage das Resultat einer langen und eingehenden Conferenzberathung war, und ich versichere Herrn Gem.-Rath Dr. Daum, dass uns die Rücksicht auf das Wohl von 65 die Anstalt besuchenden Knaben zu dieser Klage geführt hat.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich nehme von der Abstimmung über die ziffermäßigen Positionen die Post aus, welche sich auf Weinzierl bezieht. Gegen die anderen Positionen ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre diese sämmtlichen Positionen in den Einnahmen und Ausgaben für angenommen.

Nun kommt die Post Weinzierl. Hier beantragt Herr Gem.-Rath Latschka, es sei statt der Ziffer 11.250 fl. nur eine solche von 7500 fl. so wie im Vorjahre einzustellen. Ich bringe zuerst die höhere Ziffer von 11.250 fl. zur Abstimmung. Jene Herren, welche mit der Einstellung der höheren Ziffer einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat den Antrag gestellt: „Es sei dem Hilfslehrer im Waisenhause Klosterneuburg die dort verbrachte Dienstzeit einzurechnen." Das ist in dieser Weise nicht durchführbar, weil es gegen das Gesetz ist; es müsste ein anderer Modus gefunden werden. Behufs Feststellung eines solchen Modus wäre der Antrag an den Stadtrath zu leiten. Jene Herren, welche dafür sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Dr. Daum beantragt: „Die Verköstigung in den Versorgungshäusern sei auf eigene Rechnung der Gemeinde zu unternehmen und der Brantweinausschank zu untersagen." Jene Herren, welche diesen Antrag dem Stadtrathe zuweisen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wessely geht auf „Einstellung von 10.000 fl. zur Remunerierung der Armeninstituts-Obmänner". Jene Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität; abgelehnt.

Es kommt noch zur Abstimmung ein Antrag der Commission, der lautet:

„Der Magistrat wird beauftragt, über die bezüglich jener Taubstummen-Institute, in welchen derzeit Arme auf Kosten der Stadt Wien untergebracht sind, bestehenden Rechtsverhältnisse zur Gemeinde, sowie über die Erfolge des externen und jene des internen Taubstummen-Unterrichtes Studien zu machen und hierüber zu berichten".

Jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Damit ist Gruppe IX erledigt.

Herr Gem.-Rath Herold zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Herold (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, Gruppe X „Cultus-Angelegenheiten", Gruppe XI „Unterrichtswesen", Gruppe XII „Conscriptions- und Militär-Angelegenheiten", Gruppe XIII „Einnahmen und Ausgaben für verschiedene in den Gruppen I bis XII nicht enthaltene Zwecke" wurden ausführlich und eingehend in der Budget-Commission durchgegangen und berathen, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, dass an den Ziffern selbst absolut nicht mehr zu rütteln ist. Demgemäß erlaube ich mir den Antrag zu stellen, die Gruppen en bloc anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren, ich bin sehr dafür, dass Gruppe X „Cultus-Angelegenheiten" en bloc angenommen werde, ich befürworte diesen Antrag, möchte aber bitten, über Gruppe XI „Unterrichts-Angelegenheiten" doch zu berathen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand zur Gruppe X das Wort? (Gem.-Rath Wimberger meldet sich zum Worte.)

Herr Gem.-Rath Wimberger!

Gem.-Rath Wimberger: Ich stelle den Antrag, dass man alles en bloc annimmt. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Ich werde also getrennt, und zwar nach den Anträgen der Commission abstimmen. Jene Herren, welche Gruppe X nach den Anträgen der Commission en bloc annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen. Wünscht jemand zur Gruppe XI das Wort? (Gem.-Rath Dr. Procksch meldet sich zum Worte.)

Herr Gem.-Rath Dr. Procksch!

Gem.-Rath Dr. Procksch: Ich würde mir das Wort erbitten zur Rubrik XLVI, Post 1 „Kindergärten". Ich weiß selbstverständlich, dass gegenwärtig nicht der Ort ist, über die Zweckmäßigkeit der Kindergärten zu sprechen, aber ich möchte doch die Aufmerksamkeit des geehrten Präsidiums auf den Antrag richten, der dem Gemeinderathe vorliegt und der dahin geht, communale Kindergärten zu errichten. Es ist der Antrag auf Errichtung von solchen Kindergärten bereits wiederholt im Gemeinderathe gestellt worden und es ist immer mit großem Eifer in die Sache hineingesprungen worden, die Stücke sind größtentheils sehr dringlich behandelt worden; aber, meine Herren, alle diese Anträge sind dann nach einem gewissen Zeitraume spurlos verschwunden. Es ist im Jahre 1889 der Antrag gestellt worden auf Errichtung communaler Kindergärten im X. Bezirke. Ich werde sehr kurz sein. Die Buchhaltung hat damals die Kosten berechnet, der Magistrat hat sich für die Errichtung eines Kindergartens im X. Bezirke entschieden ausgesprochen und im Budget des Jahres 1890 ist dann ein Betrag von 2000 fl. eingestellt worden. Die Schulsection war damit vollständig einverstanden, hat aber noch ein weiteres gethan und hat beantragt, 4000 fl. für diesen Zweck einzusetzen. Seit dieser Zeit hat man über diesen Antrag niemals etwas gehört. Im Jahre 1891 haben sich einige beherzte Männer gefunden, welche diesen Antrag wieder vor den Gemeinderath gebracht haben. Der Antrag war selbstverständlich augenblicklich mit einer großen Anzahl von Unterschriften bedeckt, die Sache war im besten Gange. Es wurde ein Gutachten von den Bezirksschul-Inspectoren abverlangt, es wurde dasselbe in der kürzesten Zeit von den Bezirksschul-Inspectoren erstattet und in kurzer Zeit erledigt, aber wir haben sehr lange wieder nichts gehört und gegenwärtig steht nun die Sache so, dass plötzlich ein Umschwung in der Strömung eingetreten ist, und es scheint, dass sowohl der Magistrat als auch der geehrte Stadtrath entschieden Stellung gegen die Errichtung von communalen Kindergärten nahmen.

Nun gehe ich auf das meritorische selbstverständlich nicht ein. Wenn aber bemerkt wird, dass finanzielle Bedenken hier maßgebend sind, so ist das immerhin etwas, was eine ernste Erwägung verdient; aber wenn, wie es hier geschieht, die Opposition deshalb erfolgt, weil gesagt wird, die Eltern seien ohnehin nach Paragraph so und so viel verpflichtet, ihre ehelichen Kinder zu erhalten und auch der uneheliche Vater sei hiezu verpflichtet, und dass vielleicht die Besorgnis bestehen würde, dass wohlhabendere Eltern ihre Kinder in diese Gärten senden mögen, und wenn dann endlich die Befürchtung ausgesprochen wird, dass es nicht unwahrscheinlich ist, dass allmählich das Band zwischen Kinder und Eltern gelockert wird, so ist es ein Gebiet, auf welches wir nicht folgen können. Ich mache Sie nur aufmerksam, meine Herren, dass wir mit dem Kindergartenwesen außerordentlich zurück sind. Nur ein, zwei Daten mögen Sie mir gestatten zur Begründung noch zum Schlusse anzubringen. Nach einem Memorandum des Volkskindergartens haben im Jahre 1890 in Wien fünf Kindergärten bestanden. In Graz haben zehn Kindergärten bestanden. Wir haben nur so viele gehabt als Troppau, welches auch fünf Kindergärten hatte, und wurden übertroffen von Znaim, welches sechs Kindergärten aufzuweisen hatte. (Hört! rechts.)

Meine Herren! Es ist eine höchst interessante Thatsache — und das insbesondere würde ich den Herren ans Herz legen — wenn Sie betrachten, dass gerade die großen Städte, in welchen Gegensätze von Nationalitäten aufeinanderstoßen, mit außerordent-

licher Sorgfalt das Gebiet der Volkskindergärten pflegen. Wir in Wien, meine Herren, haben im Budget als effective Auslagen hier verzeichnet einen Betrag von 24.000 fl., und, meine Herren, es muss zu dem ernstesten Nachdenken Anlass geben, wenn wir sehen, dass Brünn für seine communalen Kindergärten 30.000 fl. ausgibt, dass Triest über 35.000 fl. hiezu verwendet und dass Prag über 60.000 fl. für communale Kindergärten ausgibt.

Meine Herren! Es ist eben die Sache so, dass diese Kindergärten nicht bloß eine Wohlthat für den armen Mann sind, dessen Kind davor behütet wird, auf die Straße hinausgestoßen zu werden, sondern die Kindergärten geben auch die Gelegenheit, dass man den Kindern anderssprachiger Nationen die Möglichkeit gibt, die andere Sprache des betreffenden Ortes zu erlernen. Aus diesem social-nationalen Gesichtspunkte würde ich das geehrte Präsidium bitten, den Antrag, betreffend die Errichtung von communalen Kindergärten, ehestens vor das Plenum zu bringen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Brauneiß!

Gem.-Rath Brauneiß: Wir in Rudolfsheim haben auch einen Kindergartenverein. Dieser Kindergartenverein hat in seinen Statuten auch für die Errichtung einer Kinderbewahranstalt vorgesorgt. Die Kinderbewahranstalt ist eigentlich viel nothwendiger als der Kindergarten. Für uns, die wir eine arme Bevölkerung in Rudolfsheim haben, wäre es ganz gut, wenn die Leute in die Arbeit gehen und die Kinder gegen ein geringes Entgelt oder vielleicht umsonst dorthin geben können. Ich habe seinerzeit den Antrag eingebracht, dass an die Errichtung einer Kinderbewahranstalt von Seite der Commune geschritten werden soll. Der Antrag ist bis heute nicht erledigt, und ich möchte den geehrten Herrn Bürgermeister bitten, dass dieser Antrag ehestens zur Erledigung kommen sollte.

Weiters möchte ich bemerken, dass die Genossenschaft der Kaufleute im Bezirke Sechshaus im Vorjahre angesucht hat um Subvention zur Erhaltung ihrer genossenschaftlichen Handelsschule. Die Genossenschaft in Hernals hat auch eine derartige Subvention bekommen, die Genossenschaft der Kaufleute im Bezirke Sechshaus hat gar keine Antwort erhalten, es ist dieses Gesuch in Verlust gerathen, soviel mir der Vorsteher gesagt hat. Ich möchte daher beantragen, dass auch für die Genossenschaft der Kaufleute im Bezirke Sechshaus ein Betrag von 500 fl. eingesetzt werde.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Unter Post 45, 5 und 6 kommt die Subvention zur Erhaltung eines Lehrlingsheims in Wien von 2000 fl., Subvention für das technologische Gewerbemuseum 3000 fl. (Gem.-Rath Wünsch: Ist bis 1896 bewilligt!) Ich danke Ihnen für die Belehrung. Aber dem Gemeinderathe steht es frei, jeden Augenblick diesen Bezug einzustellen. Es kann ihm heute einfallen, das nicht zu bewilligen. (Widerspruch rechts.) Das ist ja alleseins. Wir haben das Recht, jeden Moment eine für lange Jahre ausgesetzte Subvention einzustellen. Wenn es die Herren nicht wissen, thut es mir leid. Sie müssen fragen, dann wird man es ihnen sagen. Ich weiß, es ist umsonst, wenn man gegen diese Post Stellung nimmt. Wir haben gehört, dass im vorigen Jahre gegen das Lehrlingsheim Klagen zutage getreten sind. Ich kann nicht darauf eingehen, dieselben näher zu begründen, weil ich nichts genaueres weiß. Auf gewöhnliches Hörensagen gebe ich nichts. Ich muss genaue Beweise haben, aber die liegen nicht vor. Aber etwas ist in dem Lehrlingsheim nicht richtig, das ist sicher. Ich werde gegen die Post stimmen. Aber wenn Sie schon die 2000 fl. geben, dann werde ich Ihnen ein Lehrlingsheim nennen, das keine 2000 fl. begehrt, aber außerordentlich segensreich wirkt, wo die Lehrlinge wirklich beaufsichtigt werden, wo alles mögliche für die Lehrlinge geschieht, und nicht von bezahlten Leuten, wie hier im Lehrlingsheim, sondern unentgeltlich von den Mitgliedern des Katholischen Meistervereines. Der hat ein Lehrlingsheim, wo alles unentgeltlich geschieht. Da beantrage ich eine geringe Summe. Wenn hier soviel Geld hinausgegeben wird, so unterstützen Sie das Lehrlingsheim des Katholischen Meistervereines mit jährlich 200 fl. Das ist ein definitiver Antrag, den ich stelle. Es kommt dann weiter vor: Seite 501 der Deutsche Schulverein mit 3000 fl., Seite 503 der n.-ö. Volksbildungsverein. Wenn Sie für solche Vereine Geld hinausgeben — ich möchte behaupten, es sind Vereine zu Parteizwecken — dann geben Sie es auch wirklich für das Gewerbe, wo etwas nützliches geleistet wird. Deshalb bitte ich, den Antrag, 200 fl. für das Lehrlingsheim des Katholischen Meistervereines zu bewilligen, anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Frauenberger!

Gem.-Rath Frauenberger: Ich verzichte.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Röhrl!

Gem.-Rath Röhrl: Die Wohnungen der Schulleiter sind auf 500 fl. geschätzt, was sie nicht wert sind. Ich will Sie nicht lange behelligen und stelle den Antrag (liest):

„Es sei der Wert der Wohnungen der Herren Schulleiter abzuschätzen und der Überwert des Wohnungszinses bis zu dem Betrage des gesetzlichen Quartiergeldes per 500 fl. an den Schulleiter auszuzahlen."

Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Der Herr Referent der Commission wünscht eine Bemerkung zu machen.

Commissions-Referent: Ich habe im Namen der Commission den Antrag zu stellen: „dass diese Post von 24.460 fl. um 5000 fl. erhöht werde, welche 5000 fl. für die Errichtung eines communalen Kindergartens im X. Bezirke zu verwenden seien". Es ist dieser Antrag bereits im Jahre 1893, auch im Jahre 1894 angenommen und in die Budgets dieser beiden Jahre eingestellt worden.

Der weitere Antrag auf Erhöhung der nächstfolgenden Post „Beiträge für Bildungs- und wissenschaftliche Zwecke" um 100 fl. gründet sich auf einen Gemeinderaths-Beschluss.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte zu den Ausführungen des Collegen Prochsch bemerken, dass der Kindergarten bei uns viel zu stiefmütterlich behandelt ist. Es ist keine Frage, dass ein Volkskindergarten, welcher in Verbindung mit einer Bewahranstalt gedacht ist, eine äußerst glückliche Institution ist, welche besonders der armen Bevölkerung zustatten kommt. In früheren Jahren war es üblich, dass in einzelnen Schulen, wie es das Gesetz vorschreibt, so zum Beispiel im Bezirke Neubau, Burggasse 7, Neustiftgasse 100, dann in einer Schule im X. Bezirke Kindergärten untergebracht wurden. Der Ministerial-Erlass vom 9. Juni 1873, Z. 4816, sagt ausdrücklich: „Auch ist bei Schulbauten im allgemeinen auf die Errichtung von Kindergärten thunlichst Bedacht zu nehmen."

Eine Verordnung des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 3. Jänner 1874, Z. 3145, bestimmt gleichfalls: „In größeren Schulgebäuden ist auf die Errichtung von Kindergärten Bedacht zu nehmen."

Nun, früher ist das geschehen, diese Bestimmung ist aber in den letzten Jahren vollständig umgangen worden und es ist ihr gar keine Rechnung getragen worden. Ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen: „Das Bauamt ist anzuweisen, dass bei der Ausarbeitung von Plänen für die neuen Schulhäuser auch auf die Unterbringung von Kindergärten in jenen Bezirken, wo noch keine vorhanden sind, Bedacht genommen werde."

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Es ist hier eine Subvention von 2000 fl. für das Lehrlingsheim eingestellt. Da bitte ich den Herrn Bürgermeister, mir zu gestatten, dass ich kurz einiges über dieses Lehrlingsheim erzähle.

Ich habe den Herrn Bürgermeister einmal interpelliert, ob das eine durch ein Gesetz anerkannte Corporation ist, welche den Schutz des Magistrates soweit genießt, dass auch der Magistrat für die dort entstandene Verpflichtung zu intervenieren und dieselbe im Wege der Execution einzutreiben hat.

Wenn man die Kinder unterbringt, wenn man ihnen ermöglicht, dass sie ein Handwerk lernen, wenn man ihnen an die Hand geht, da, meine Herren, werden Sie mich immer finden, dass ich das unterstützen werde. Aber mit diesem Lehrlingsheim ist es sonderbar. Dieses Institut steht direct in Verbindung mit jenen Leuten, welche auf den Untergang des Gewerbestandes hinarbeiten. Die Lehrlinge werden dort auch darnach erzogen. Wenn ein Lehrling aus dem Lehrlingsheim zu jemandem in die Lehre kommt, der ist schon ein halber Socialist. Wir alle sind Socialisten, wir alle streben, unsere sociale Lage zu verbessern. Aber den Kindern schon den Keim einzuimpfen, dass sie auf den Untergang des Kleingewerbes hinarbeiten sollen, ist eine Sünde, und eine solche zu unterstützen ist von der Commune Wien nicht recht am Platze. Die Commune Wien, die doch ein Interesse daran hat, dass der Mittelstand, das Gewerbe erhalten bleibt, hat die Pflicht, allen solchen Tendenzen mit der gesetzlich erlaubten Macht entgegenzutreten. Es werden dort Lehrlinge, welche vom Meister davonlaufen, untergebracht. Sie werden dort informiert, wie sie gegen den Meister vorgehen sollen. Einen Fall werde ich Ihnen erzählen.

Ein Meister schafft am Stephanitage seinen Lehrlingen, sie sollten die am Samstage vorher eingeleimte Ware, fournierte Ware, auf die Pawlatschen hinauflegen, damit sie trocknet. Das wäre für die drei Lehrbuben, die er hatte, eine Arbeit von vielleicht einer halben Stunde gewesen. Die Lehrbuben sind einerseits von den Gehilfen unterrichtet: an einem Sonntage oder Feiertage wird hier nichts gearbeitet. Die Buben haben es auch stehen gelassen, sie sagten, sie müssen in die Kirche gehen; das war aber auch nicht der Fall, weil diese Leute, welche von den Socialisten geführt werden, keine Kirche anerkennen. Zu Mittag sind sie gekommen und der Meister hat sie bestraft mit dem Rechte, welches ihm das Gesetz einräumt, mit dem Rechte der häuslichen Züchtigung. An den Kindern waren keine Spuren einer Misshandlung zu entdecken, sonst wären sie von den Socialisten angezeigt und der Meister wäre bestraft worden. Das Lehrlingsheim nimmt sie auf ohne zu fragen: Habt ihr recht gehabt, dem Meister zu entlaufen, oder nicht? Das Lehrlingsheim hat die Kinder circa 14 Tage untergebracht, und der Magistrat nimmt sich gleich ums Lehrlingsheim an, als es die Verpflegskosten vom Meister verlangt; der Meister wird beauftragt, die aufgelaufenen Kosten zu bezahlen, und ist, weil er die Lehrbuben nicht gesetzmäßig entlassen hat, mit 40 fl. bestraft worden.

So geht man einem solchen Vereine an die Hand, der gar kein Recht hat, sich als ein Verein, welcher durch das Gesetz anerkannt ist, zu bezeichnen. Ich habe eine Interpellation gestellt, eine Eingabe gemacht; der Herr Bürgermeister, mit dem ich einmal darüber gesprochen habe, sagte, das sind anerkannte Genossenschaften. Das sind sie nicht, Herr Bürgermeister! Ich weiß es nicht; wenn es ein Verein ist, dann bitte mir zu sagen, auf Grund welchen Gesetzes denn? Vor einem Gesetze beuge ich mich, aber vor einer Gesellschaft, die Socialisten erzieht, beuge ich mich nicht, und ich stimme entschieden gegen die Subventionierung eines solchen, das Volk verhetzenden Institutes.

Gem.-Rath Beutnitz (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir erlauben, nach der Abstimmung zu dem folgenden Punkte zu sprechen.

Bürgermeister: Da sind wir noch nicht; jetzt sind wir bei Gruppe XI.

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage auf Schluss der Debatte einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben die Herren Gem.-Räthe Dr. Vogler und Gregorig.

Herr Gem.-Rath Dr. Vogler!

Gem.-Rath Dr. Vogler: Es ist eine Einwendung erhoben worden gegen die Subvention zur Erhaltung des Lehrlingsheims mit 2000 fl. (Gem.-Rath Jedlička: Mit Recht!) Ich bin nicht in der Lage, die gegen das Institut vorgebrachten Vorwürfe zu prüfen, und erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass meines Erachtens dort gewiss kein Socialist erzogen wird. (Gem.-Rath Jedlička: Ja!) Dieses Lehrlingsheim ist gegründet von der n.-ö. Landes- und Gewerbeschul-Commission mit Hilfe des Landes und der Gemeinde Wien. An der Spitze der Gewerbeschul-Commission steht der bekannte Dr. Weitlof, der gewiss nicht im Rufe des Socialisten steht. Der Hausvater dieses Lehrlingsheims ist zwar ein ehrlicher Demokrat nach seiner politischen Gesinnung, aber — wie mir bekannt — kein Socialist. (Gem.-Rath Jedlička: Er ist es!)

Dieses Institut wurde, wie gesagt, ins Leben gerufen durch einen Vertrag zwischen drei Curien: der Gewerbeschul-Commission, der Gemeinde Wien und dem Lande Niederösterreich. Wenn nun der Fall vorgekommen sein sollte, dass eine Forderung dieses Institutes gegen einen Privaten im Wege der politischen Execution eingetrieben wurde, so halte ich dies für unzulässig, aber ich bin nicht in der Lage, dies sofort auf den Grund zu prüfen.

Wenn aber die Herren jetzt beantragen, die Subvention gleich zu streichen, so bemerke ich, dass dies nicht geht, die 2000 fl. bekommt der Verein nach einem vertragsmäßigen Übereinkommen, und die Gemeinde Wien hat bisher noch alle Verträge gehalten und wird sich auch diesen zu halten verpflichtet fühlen.

Was die Subvention für das technologische Gewerbemuseum mit 3000 fl. betrifft, so hat der Gemeinderath beschlossen, diese Subvention für drei Jahre zu gewähren, unter welchen auch das Jahr 1895 ist. Es geht also nicht an, jetzt auf einmal, ohne dass ein äußerer Anlass vorliegt, diese Subvention zu streichen. Ich erkläre mich daher gegen die beiden gestellten Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich erkläre, dass ich nicht gesagt habe, man solle die 3000 fl. streichen, sondern ich habe gesagt, ich kann keinen Antrag stellen, weil ich weiß, dass er nicht angenommen wird. Aber eines freut mich, der Herr Vorredner hat mich eine neue Species Demokraten kennen gelernt, die ehrlichen. Es gibt also auch unehrliche, und der Herr Vorredner hat diese Species neu creiert. (Gem.-Rath Frauenberger: Das sind die abgefallenen!) Meines Wissens fallen Äpfel und Birnen ab, dass die Demokraten dies auch thun, wusste ich nicht. Ich bitte zu entschuldigen.

Nun möchte ich aber gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Prochsch bezüglich der Kindergärten etwas erwähnen. Ich habe meinen Standpunkt schon oft präcisiert, ich bin kein Freund der Kindergärten, dagegen ein großer Verehrer der Kinderbewahranstalten. Wenn Sie wirklich für die Bevölkerung etwas nützliches schaffen wollen, so bewilligen Sie jede Summe zur Errichtung von Kinderbewahranstalten, denn diese nützen den Armen, während die Kindergärten in mancher Richtung nicht nützlich sind; es werden dort theilweise Kinder von solchen Personen aufgenommen, die in der Lage wären, ihre Kinder auf eigene Kosten unterzubringen. Deshalb werde ich nie für die Kindergärten sein.

Noch ein Factum: in den Kindergärten lernen die Kinder manche Dinge in einer Weise, die in den Schulen ganz anders ist. Die Lehrer klagen, dass viele Kinder aus den Kindergärten mit Vorbildungen kommen, die ihnen dann in der Schule schädlich sind. Das ist ein weiterer Grund. Ich möchte bitten, bei nächster Gelegenheit, wo es sich darum handelt, ob ein Kindergarten oder eine Kinderbewahranstalt errichtet werden soll, immer zu Gunsten der Kinderbewahranstalt zu stimmen.

Bürgermeister: Hat einer der Herren Referenten etwas zu bemerken? (Beide verzichten.)

Gem.-Rath Jedlička (zur Geschäftsordnung): Ich muss es in der Form einer Berichtigung willkommen heißen, dass Herr Gem.-Rath Dr. Vogler officiell erklärt hat, dass der Gemeinderath von Wien oder der Stadtrath oder wer es eigentlich ist, weiß ich nicht, mit den Socialisten einen Vertrag geschlossen haben. (Rufe rechts: Aber nein!) Denn dass das Lehrlingsheim heute ein Institut ist, welches mit den Socialisten in dickster Verbindung ist, steht fest. Ich danke den Herren! Wir werden wissen, daraus Capital zu schlagen.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit den ziffermäßigen Posten der Einnahmen und Ausgaben nach dem Antrage der Commission einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Brauneiß beantragt: „dass der Genossenschaft der Kaufleute im politischen Bezirke Sechshaus und Penzing über Ansuchen derselben ein Betrag in der Höhe von 500 fl. bewilligt und dieser Betrag in das Budget eingestellt wird."

Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag des Herrn Gem.-Rathes Strobach: „Das Bauamt ist anzuweisen, dass bei der Ausarbeitung von Plänen für neue Schulhäuser auch auf die Unterbringung von Kindergärten Bedacht genommen und so der Ministerial-Verordnung vom 9. Juni 1873, Z. 4816, und der Verordnung des k. k. niederösterreichischen Landesschulrathes vom 3. Jänner 1874, Z. 3415, Rechnung getragen werde."

Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag Röhrl: „Es sei der Wert der Wohnungen der Herren Schulleiter abzuschätzen und der Überwert des Wohnungszinses bis zu dem Betrage des gesetzlichen Quartiergeldes per 500 fl. an die Schulleiter auszuzahlen."

Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Antrag Gregorig: „Dem Katholischen Meisterverein ist für sein Lehrlingsheim eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen."

Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Wimberger.

Gem.-Rath Wimberger: Herr Bürgermeister! Es geht jetzt auf 12 Uhr; wir sind fast lauter verheiratete Männer. (Lebhafte Heiterkeit.) Ein lediger Mann hat es nicht zu verantworten. (Heiterkeit.) Aber wir haben es alle zu verantworten. Wir müssten vielleicht eine Bittschrift an den Herrn Bürgermeister richten um eine Bestätigung, wo wir waren. (Heiterkeit.) Ich stelle den Antrag auf En bloc-Annahme der Gruppen XII und XIII. (Widerspruch.)

Bürgermeister: Zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rath Gregorig das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Nachdem der geehrte College Wimberger sich nicht nach Hause traut, beantrage ich, dass schnell Zeugnisse hektographiert werden, dass die Herren da sein müssen, dass sie für die Gemeinde Wien arbeiten müssen. Wir bleiben da. (Rufe rechts: Wir auch!)

Bürgermeister: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung. — Herr Gem.-Rath Strobach!

Gem.-Rath Strobach: Ich kann mich mit der En bloc-Annahme nicht einverstanden erklären, weil das gegen das Statut ist. (Widerspruch rechts.)

§ 50 des Statutes sagt ausdrücklich (liest):

„Der Gemeinderath hat jährlich auf Grundlage der Inventarien und Rechnungen, dann der von den Bezirksvorstehern vorgelegten Bezirkserfordernis-Voranschläge die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde, sowie sämmtlicher unter Gemeindeverwaltung stehender Fonde und Anstalten in allen Einnahms- und Ausgabsposten zu prüfen und für das nächstfolgende Jahr festzustellen."

Ich könnte mich nur mit dem Vorgange einverstanden erklären, wenn der Herr Bürgermeister Gruppe nach Gruppe durchgeht und fragt, ob sich jemand zum Worte meldet.

Bürgermeister: Das geschieht ohnedies. Es sind auch früher schon Anträge auf En bloc-Annahme gestellt worden, und wenn sich Redner zum Worte gemeldet haben, ist die En bloc-Annahme unterblieben. Die gesetzliche Bestimmung ist mir genau bekannt.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage die En bloc-Annahme der Gruppe XII.

Bürgermeister: Ja, wenn der Herr Gem.-Rath Eigner verzichten wollte!

Gem.-Rath Eigner: Nein!

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Ich will zur Rubrik XLVII sprechen. Die Umnumerierung der Gassen und Plätze in Wien verursacht große Auslagen und ich möchte dem Herrn Bürgermeister zur Kenntnis bringen, wie bei dieser Umnumerierung vorgegangen wurde. Die Grenze zwischen den alten und neuen Bezirken ist die Gürtelstraße. Die Numerierung der Hernalser Hauptstraße beginnt in Zukunft, wenn die Gürtelbahn fertig ist, in der äußeren Gürtelstraße mit Nummer 1 und auf der anderen Seite mit Nummer 2. Was hat die alte Gemeinde gemacht? Sie war gescheiter, als heute die Commune Wien. Die Numericrung in der Hernalser Hauptstraße hat bei der Kinderspital- und Hebragasse begonnen. 2 a, 4 b, 6 c und 8 d. Heute wird mit Nummer 1 beim Elterleinhause begonnen; dieses wird aber weggerissen. (Zwischenruf.) Sprechen Sie nicht, wenn Sie das nicht wissen — das Eckhaus an der Ecke der äußeren Gürtelstraße soll Nummer 1 haben, es hat aber Nummer 5.

Wo Nummer 3 ist, weiß man nicht. Das ist ganz verschwunden. Diese ganzen Nummern müssen vollständig geändert werden, sowohl auf der rechten, wo die geraden Nummern sind, als auf der linken Seite, wo die ungeraden Nummern sind. Nehmen Sie, was das für Auslagen verursacht; und die Commune Wien hat eine Commission abgehalten. (Zwischenrufe und Unruhe.) Schauen Sie, wie Sie die Interessen der Steuerträger schützen. Da waren zwei Beamte, einer derselben hat genau beobachtet, ob die Nummern angeheftet wurden. Und da wollen Sie sagen, dass das ein Schutz der Steuerträger ist; das heißt ja denselben die Steuergelder aus dem Sack nehmen, die Nummern wegnehmen und dann wieder hinaufgeben. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (welcher den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, den Redner nicht zu stören.

Gem.-Rath Eigner: Vice-Bürgermeister Matzenauer war auch dabei. Ich muss den ganzen Vorgang anlässlich der Numerierung der Gassen rügen. Dann sind auch auf den Straßenecken keine großen Orientierungstafeln angebracht. Wenn einer draußen eine Hausnummer sucht, so kann er sich nicht zurecht finden. Ein Comfortablekutscher kann nicht leicht eine Hausnummer finden. Solche Zustände sind bei dieser neuen Umnumerierung vorgekommen und da soll man nicht darüber sprechen, meine Herren! (Heiterkeit. Rufe: Nein!) Das ist eine Schande für Wien, das ist ungerecht, dass so etwas in der Numerierung vorgekommen ist, und der Herr Bürgermeister möge Kenntnis nehmen und sich an Ort und Stelle davon überzeugen (Ironische Rufe: Ja, ja!), ob es wahr ist oder nicht wahr ist. (Heiterkeit und ironischer Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Es ist schon etwas wahres daran, was der Herr College soeben gesagt hat. Ich war gestern in Währing draußen und habe dort Gassen gesucht. Ein Fernrohr habe ich nicht mit gehabt, auf den kleinen Tafeln habe ich den Namen nicht lesen können, und die großen Orientierungstafeln fehlen auf den neuen Gassen ganz. Das ist doch etwas, was nicht vorkommen soll. Ursprünglich sind Tafeln aufgenagelt worden, die hat der Schnee und der Regen weggewaschen. Jetzt kennt man sich dort nicht aus, man kann die Namen nicht lesen, man kann sich nicht orientieren, kurz, es ist eine Schlamperei, es gibt gar keinen Ausdruck hiefür. Aber ich komme auf etwas anderes zu sprechen. Hier sind die Kosten der Abänderung der neuen Gassennamen erwähnt. Da ist man doch ein bisschen leichtsinnig vorgegangen bei der Benennung, und das muss ich rügen! Im XVI. Bezirke hat man zum Beispiel eine Eskelesgasse gemacht. Meine Herren! Sie wissen alle, wer Eskeles war und welchen unendlichen Schaden in volkswirtschaftlicher Richtung die Firma Arnstein & Eskeles angerichtet hat. Es ist jedenfalls eine Unklugheit — ich will keinen starken Ausdruck gebrauchen — solche Namen als Straßennamen zu geben. Leider ist es geschehen, man kann nichts mehr machen, aber unklug ist es, und es fordert den Spott der ganzen Bevölkerung heraus, und ich würde mich bedanken, wenn ich in der Eskelesgasse wohnen sollte, denn da wird man fortwährend an den Concurs erinnert, welcher die arme Bevölkerung um ihr Geld gebracht hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Stadtraths-Referent!

Stadtraths-Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Referent der Commission! (Derselbe verzichtet.)

Ich bitte, meine Herren, zur Abstimmung. Die Commission stellt folgenden Antrag:

„Der Stadtrath wird beauftragt, das Referat über die rechtliche Natur des Einquartierungsfondes ehestens dem Gemeinderathe zu erstatten."

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Posten sind nicht angefochten; ich erkläre dieselben nach den Anträgen der Commission für angenommen.

Herr Gem.-Rath Frauenberger zur Geschäftsordnung!

Gem.-Rath Frauenberger: Ich beantrage die En bloc-Annahme der Gruppe XIII.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Meine Herren! Unter dieser Rubrik kommen auch die öffentlichen Uhren vor. Wir haben heuer wiederholt in Wien die Misère gehabt, dass die öffentlichen Uhren nicht beleuchtet waren; namentlich hat sich diese Misère bei der Kirchenuhr in Mariahilf gezeigt. Es existieren überhaupt in Wien viel zu wenig öffentliche beleuchtete Uhren. Es sind ja kolossale Posten für die Uhren eingesetzt, aber dem Zwecke entsprechen sie doch nicht. Ich beantrage daher, im nächsten Budget eine bedeutende Summe für die Errichtung öffentlicher Uhren einzusetzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Referent der Commission!

Commissions-Referent: Die Commission beantragt die Einstellung eines Betrages von 200 fl. zur Rubrik LI, Post 1 „Erhaltung der öffentlichen Uhren" in Berücksichtigung des Stadtraths-Beschlusses vom 27. December 1894, mit welchem die Lieferung, Aufstellung und Installation der elektrischen Beleuchtung der Uhr am Obstmarkte im IV. Bezirke, dann die Einstellung des Betrages von 200 fl. zur Bedeckung der Kosten der Beleuchtung, des Aufziehens und der Instandhaltung dieser Uhr im Jahre 1895 genehmigt wurde.

Ich bitte, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Jedlička!

Gem.-Rath Jedlička: Meine sehr geehrten Herren! Ich kann nicht umhin, meinem Bedauern Ausdruck zu geben, dass

man das wichtigste Elaborat, welches man dem Gemeinderathe einmal im Jahre vorlegt, zum Schlusse so überhudelt; es sind hier eine Masse von interessanten Posten, die wert wären, besprochen zu werden. Es geschehen in den Arbeiten Manipulationen, welche, wenn Sie besprochen und von Fachmännern erklärt werden, vielleicht vermieden werden könnten. Durch dieses Überhudeln macht man es unmöglich, dass rationell in allem vorgegangen wird. Kommt man zu der Gruppe, so heißt es, wenn es einmal nach 11 Uhr ist, gleich En bloc-Annahme, da hat ja niemand Gelegenheit, etwas dreinzureden.

Der Magistrat thut sein bestes, die Budget-Commission thut ihr bestes, aber der Magistrat und die Commission sind nicht alle Gemeinderäthe. Nachdem uns aber das Recht zusteht, in alles dreinzureden und auch in jeder Hinsicht Anregungen zu geben, welche vielleicht wohlthuend wären und Ersparungen herbeiführen könnten, so ist es tief zu bedauern, dass man uns zum Schlusse sagt: Alles en bloc anzunehmen und nicht darüber reden. Ich bedauere es und ich will, dass es protokolliert wird, dass wir uns hier so äußern müssen, und dass man denjenigen, die das Recht und die Pflicht haben, hier zu sprechen, nicht die Zeit gönnt, es zu thun.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent!

Stadtraths-Referent: Ich habe nichts zu bemerken.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Gregorig beantragt: Wegen Anbringung neuer öffentlicher Uhren hat der Stadtrath rechtzeitig Anträge zu erstatten und für die Deckung der diesfälligen Auslagen im nächstjährigen Budget Vorsorge zu treffen.

Ich bitte jene Herren, welche den Antag annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Posten wurden nicht angefochten, ich erkläre dieselben nach den Anträgen der Commission für angenommen.

Endlich ist noch ein Antrag des Gem.-Rathes Herrdegen: „Der Gemeinderath möge beschließen, die Buchhaltung sei zu beauftragen, bei Aufstellung des Ausgabenvoranschlages für 1896, wie der einzelnen Nachweisungen zu demselben alle überflüssigen Fremdwörter wegzulassen und durch entsprechende Ausdrücke in deutscher Sprache zu ersetzen. Ferner hat die Buchhaltung von dem gleichen Zeitpunkte an, das ist vom 1. Jänner 1896, auch bei Einrichtung der Bücher, bei Eintragungen in dieselben, und bei der Neuauflage von Drucksorten auf die Vermeidung von fremdsprachlichen Ausdrücken bedacht zu sein." Der Antrag bedarf der Vorberathung. Jene Herren, welche denselben dem Stadtrathe zuweisen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: Nach der eben abgeschlossenen Berathung stellen sich die Ziffern folgendermaßen dar:

Das Gesammterfordernis beträgt 41,017.180 fl.; die eigenen Einnahmen der Gemeinde 12,408.780 fl., so dass ein zu bedeckendes Netto-Erfordernis bleibt im Betrage von 28,608.400 fl. Die Bedeckung erfolgt in folgender Weise: Ertrag der städtischen Umlagen 20,554.950 fl., aus den Cassabeständen, eventuell durch Verkauf von Wertpapieren 3,910.890 fl., aus dem Wasserleitungsanlehen zur Bedeckung der für den Ausbau und die Ergänzung der Hochquellen-Wasserleitung für 1895 veranschlagten Kosten der Betrag von 4,142.560 fl., welche Summen zusammen das Netto-Erfordernis von 28,608.400 fl. ergeben. Ich bitte das zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Ich möchte mir erlauben, an den Herrn Referenten die Anfrage zu stellen, ob die drei Millionen Wertpapiere, die zum Verkaufe gelangen sollen, der alte eiserne Reservefond sind, oder ob das Obligationen des neuen Kronenanlehens sind, das begeben worden ist?

Stadtraths-Referent: Der bare Cassarest am 31. December 1894 betrug 3,070.290 fl.; der Courswert der verfügbaren Wertpapiere, welche von unserem eisernen Reservefonde übrig bleiben, wenn sowohl das Geld für den Einquartierungsfond wie die Widmung Gabrielis von 100.000 fl. für den Brunnen und noch ein Betrag, welcher unter Umständen an die Tramway zu bezahlen ist, reserviert bleibt, beträgt 1,188.590 fl., zusammen also 4,258.880 fl. Es bleibt also, wenn man die Ausgaben aus dem Cassabestande abrechnet, ein Betrag von 347.990 fl. übrig, welcher der Gemeinde weiter zur Verfügung steht.

Gem.-Rath Gregorig: Das ist mir nicht klar. Der Herr Referent hat gesagt, es sollen Wertpapiere im Betrage von drei Millionen verkauft werden. Habe ich recht gehört?

Stadtraths-Referent: Aus den Cassabeständen und so weit diese nicht reichen, eventuell durch den Verkauf von Wertpapieren, wie in den früheren Jahren.

Gem.-Rath Gregorig: Was haben Sie für einen Reservefond, wenn ein großes, unverhofftes Unglück geschieht?

Aus welchem Gelde wollen Sie Bedeckungen bestreiten und Anschaffungen machen, wenn plötzlich ein Krieg ausbricht? (Gelächter rechts.) Ja, die Herren finden das sehr lächerlich; ich finde das sehr traurig, wenn der Fall eintreten würde; da ist nichts zu lachen, und ich muss zu meinem Bedauern gegen die ganze Post stimmen; denn in einer solchen Überhastung, jetzt in so vorgerückter Stunde, wo jeder draußen sein möchte, wird über eine so wichtige Bedeckungspost abgestimmt. Gegen einen solchen Vorgang werde ich entschieden protestieren. Niemand ist imstande, zu erfassen, wie die richtigen Ziffern sind, der Herr Referent gibt Zahlen, welche nicht in der gedruckten Vorlage vorkommen, das sind seine privaten Aufschreibungen, darüber können wir uns nicht klar sein. Ich sehe aus dem Voranschlage, dass die Stadt Wien ohne Reservefond dasteht. Wir haben früher drei Millionen Reservefond gehabt; der ist für die Stadt Wien zu klein, ich sage es offen, für unvorhergesehene Fälle viel zu klein. Was werden Sie machen, wenn ein Unglück, wenn irgendetwas geschieht, wo wir augenblicklich Geld haben müssen? Da sind wir wehrlos, und ich überlasse es der Majorität, die Verantwortung dafür zu tragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Ich muss den Vorwurf, den der Herr Vorredner eben erhoben hat, entschieden zurückweisen. Es liegt die Vorlage der Buchhaltung, aus welcher die ganze Gebarung seit Ende December ersichtlich ist, vor. Es ist ganz genau ersichtlich, in welcher Weise das Erfordernis für das Jahr 1895 gedeckt werden soll. Die Änderungen sind dadurch entstanden, dass der Stadtrath und die Commission gewisse Beschlüsse gefasst haben, und der Herr Referent hat eben jetzt zuletzt angegeben, wie sich durch diese Beschlüsse das Gebarungsresultat ändern wird und wie sich dann noch — angenommen, die Einnahmen und Ausgaben

bleiben so — ziffermäßig der Cassabestand stellen würde. Diese Gebarung setzt allerdings voraus, dass die Effecten in Anspruch genommen würden. Erfahrungsgemäß ist aber das Resultat jeden Jahres besser als der Voranschlag. Das hat auch der Abschluss für das Jahr 1894, der allerdings noch nicht vorliegt, aber bekannt ist, bewiesen, ebenso die Abschlüsse für die Jahre 1892 und 1893. Es ist bekannt, dass es nicht möglich ist, alle Auslagen zu machen, wie sie hier präliminiert sind. Es ist reichlich präliminiert und es ist nicht möglich, alles wirklich auszuführen, weil Hindernisse gesetzlicher, localer oder wie immer gearteter Natur im Wege stehen. Weiter ist erfahrungsgemäß sichergestellt, dass die Einnahmen besser sind, als sie präliminiert werden, weil die einzelnen der Gemeinde zufließenden Quellen sich immer günstiger stellen, als präliminiert wird. Infolgedessen ist anzunehmen, dass der der Gemeinde im Jahre 1895 zur Verfügung stehende Cassarest gewiss weitaus bedeutend und unvergleichlich größer sein wird als der präliminierte Betrag. Sollte wider Vermuthen ein Unglück geschehen, was wir nicht hoffen wollen, ein außergewöhnliches Ereignis, so wird die Finanzlage der Stadt Wien gewiss Bürge genug dafür sein, dass die Gemeinde in der Lage sein wird, die erforderlichen Geldmittel momentan sich zu verschaffen. (Beifall.) Über einen solchen Credit verfügt die Gemeinde Wien und es ist absolut ausgeschlossen, dass irgendetwas unangenehmes passieren kann. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig!

Gem.-Rath Gregorig: Trotz des lauten Beifalles, den der Herr Bürgermeister von der Majorität jetzt erhalten hat, kann ich mich doch von dem Bedenken nicht lossagen. Wir können unsere Ausgaben für das laufende Jahr dadurch nur decken, dass wir den alten Rest von der Anleihe herübergenommen haben und das Geld zur Deckung der laufenden Auslagen verwenden. Der Herr Bürgermeister hat selbst zugegeben, dass damit unser eiserner Reservefond ganz geschwunden ist. Meine Herren! Das ist keine richtige Finanzgebarung, das kann für die Dauer nicht fortgehen. Sie begeben sich in eine Gefahr, die immer größer wird. Ich bin entschieden durch die Aufklärung des Herrn Bürgermeisters nicht beruhigt. Wenn wir Schulden zu machen anfangen müssen und auf Gnade gewisser Kreise angewiesen sind, wenn wir Geld brauchen, so steht es um die Stadt Wien traurig. Die frühere Gemeindeverwaltung war stolz auf den eisernen Reservefond. Ja, mit Argusaugen wurde darüber gewacht, dass dieser eiserne Reservefond nie angegriffen werde, und jetzt brauchen Sie, um das Gleichgewicht herstellen, drei Millionen aus den Cassabeständen, die von den früheren Refundierungen herstammen, und müssen noch den letzten Rest des eisernen Reservefonds herbeiziehen. Was werden Sie in den nächsten Jahren machen? Was wird geschehen? Sie werden unbedingt zu ungeheuren Ausschreibungen von Zinskreuzern schreiten müssen. Sie würden das schon heuer thun müssen, wenn Sie nicht das Kunststück ausgeführt hätten, alte Gelder, Refundierungen für die Hochquellenwasserleitung herzunehmen, um das auszugleichen.

Ich bin in keiner Weise beruhigt, ich sehe mit der größten Angst den Ereignissen entgegen, wenn die Commune Wien Geld braucht. (Rufe rechts: Aber nein!) Wenn wir eigene Papiere haben, so können wir sie verkaufen und hängen von niemandes Gnade ab. So aber, wenn eine Kriegscalamität eintritt und wir Geld brauchen, müssen wir ungezählte Zinsen zahlen und Sie werden sehen, was das die Steuerträger kosten wird.

Commissions-Referent: Meine Herren! Ich habe Sie bereits bei Beginn der Berathung aufmerksam gemacht, dass in den drei ersten Budgets, welche angenommen wurden, die Vorschläge der Budget-Commission um einen Betrag von 200.000 fl. und die Vorschläge des Magistrates um 447.000 fl. überschritten wurden.

Es versteht sich von selbst, dass infolgedessen auch diese Ziffern sich ändern und auch dadurch, weil mittlerweile der Cassavorrath mit Ende 1894 bekannt geworden ist. Im übrigen wird mein Collega antworten.

Stadtraths-Referent: Ich will nur bemerken, und das wird jeder Herr, welcher längere Zeit dem Gemeinderathe angehört, wissen, dass seit einer ziemlich langen Reihe von Jahren alljährlich, nicht bloß der disponible Cassarest, sondern auch ein Theil der im Besitze der Gemeinde befindlichen Wertpapiere in die Bedeckung eingestellt, aber nie gebraucht wurde, einen einzigen Fall ausgenommen. Vor zwei Jahren war es nämlich nicht möglich, das Anlehen rechtzeitig zu begeben, während andererseits die Arbeiten, welche aus diesem Anlehen bestritten werden sollten, die Erweiterung der Wasserleitung ihren ungestörten Fortgang nehmen mussten.

In diesem einen Falle war es nothwendig, Wertpapiere zu veräußern, was bekanntlich auch geschehen ist. Dieselben wurden aber auch wieder aus dem Erlöse des Anlehens refundiert. Ich bitte, sich also keiner Besorgnis hinzugeben, für das Jahr 1895 sind wir vollkommen gedeckt.

Was die Bemerkung betrifft, dass wir in die Nothlage kommen könnten, Geld aufzunehmen und dann von gewissen Geldmächten abhängig wären, so ist dies auch nicht der Fall. Der Credit der Stadt Wien ist so brillant, dass, wenn es wirklich nothwendig wäre, eine kleine schwebende Schuld aufzunehmen, die Geldmächte sich um die Kundschaft der Stadt Wien reißen und wir die Auswahl haben würden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Den Herren Referenten muss ich erwidern, dass es sich hier nicht um eine kleine Variante von 400- bis 500.000 fl. handelt, sondern um vier bis fünf Millionen unbedecktes Deficit. Wir haben thatsächlich ein so großes Deficit.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Die Anträge haben die Herren vernommen. Diejenigen Herren, welche dafür sind, wollen sich gefälligst von den Sitzen erheben. (Geschieht.) Ist mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Das Wort hat Herr Dr. Prokſch.

Gem.-Rath Dr. Prokſch: Meine verehrten Herren! Wir stehen am Schlusse einer Budgetdebatte, auf deren sachlichen Verlauf wir mit Befriedigung zurückblicken können. Jeder von uns wird anerkennen die unermüdliche Ausdauer des Herrn Referenten und seines Correferenten, sowie die wirksame Mithilfe der Buchhaltung, und ich erlaube mir daher den Antrag, dass der Gemeinderath dem Referenten, seinen Correferenten und der Buchhaltung den wärmsten Dank ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Dr. Scholz!

Gem.-Rath Dr. Scholz: Meine Herren! Den Vorwurf, den ein Herr von der Gegenseite (links) erhoben hat, dass das Budget am Schlusse „durchgehudelt" werde, ist nicht unbegründet, und ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, dass in Zukunft

die Commissionen zur Prüfung des Hauptrechnungsabschlusses und des Budgets bereits im Juni gewählt werden mögen, damit sie in der Lage sind, rechtzeitig die Arbeiten der Buchhaltung entgegenzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Diejenigen Herren, welche für die Zuweisung dieses Antrages sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Bei Gruppe VI wurden die übereinstimmenden Anträge des Stadtrathes und des Commissions-Referenten bezüglich der Rubriken XXIII bis XXVII genehmigt.

Bei der Einnahmspost XXVII 4 wurde ein Betrag von 15.000 fl. eingestellt.

Ferner wurden die Ausgabsposten XXIV 1 a mit 45.240 fl., XXIV 1 m α mit 1790 fl., XXVI 6 d mit 385.500 fl., XXVI 6 o mit 157.000 fl. und XXVI 8 mit 11.400 fl. dotiert.

Die Ausgabspost XXVI 7 erhält die Textierung: „Auslagen für Studien zur Erforschung der Wassergebiete um Wien".

— Der Gemeinderath möge — insbesondere anlässlich der bevorstehenden Regulierung des Donaucanales und des Baues von Quaimauern — dahin wirken, dass möglichst viele Brücken und Gehstege über den Donaucanal hergestellt, beziehungsweise deren Herstellung in Aussicht genommen und vorbereitet werde.

— Der Magistrat wird beauftragt, zu berichten, ob sich nicht das Auer'sche Glühlicht zur öffentlichen Straßenbeleuchtung in Wien verwenden ließe.

Bei Gruppe VII wurden die übereinstimmenden Anträge des Stadtraths- und des Commissions-Referenten genehmigt.

Die Einnahmspost XXVIII 5 wurde mit 11.000 fl. festgestellt, die Ausgabsposten XXVIII 2 b mit 113.660 fl., XXVIII 4 a mit 5220 fl. und XXVIII 7 a mit 12.260 fl.

Die Dotierung der Post XXX 8 „Errichtung einer Kühlanlage im St. Marxer Schlachthause" wurde abgelehnt.

Zur Rubrik XXXI „Lagerhaus" wird für die Erweiterung der Bureaulocalitäten des städtischen Lagerhauses ein Betrag von 13.260 fl. eingestellt.

— Der Herr Bürgermeister wird ersucht, das Referat wegen Regulierung der Bezüge der Lagerhausbeamten ehestens auf die Tagesordnung zu stellen.

— Der Stadtrath wird beauftragt, über den gelegentlich der Berichterstattung über den Hauptvorschlag für das Jahr 1894 von der Budget-Commission gestellten Antrag auf Einsetzung einer Lagerhaus-Commission ehestens dem Gemeinderathe zu referieren.

Bei Gruppe VIII werden die übereinstimmenden Anträge des Stadtraths- und des Commissions-Referenten genehmigt.

Die Ausgabspost XXXII 9 wird mit 2730 fl. dotiert. Zur Rubrik XXXIII wird für die Erweiterung des Gersthofer Friedhofes ein Betrag von 10.000 fl. eingestellt. Die Post XXXVI 4 b „Beitrag der Gemeinde Wien an die Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft" wird mit 10.000 fl. dotiert.

— Der seinerzeit im Gemeinderathe gestellte Antrag der Gem.-Räthe Herrdegen und Dr. Friedjung, betreffend die Regelung der Bezüge des untergeordneten, in ständiger Verwendung stehenden Personales der städtischen Badeanstalten, wolle ehestens erledigt werden.

Bei Gruppe IX wurden die übereinstimmenden Anträge des Stadtraths- und des Commissions-Referenten genehmigt.

Die Einnahmspost XXXVII 8 wurde mit 10.500 fl. festgesetzt und die Ausgabsposten XXXVII 10 e mit 18.160 fl., XXXVIII 12 d mit 4000 fl., XXXVII 15 k mit 40.000 fl. und XXXVIII 16 mit 10.500 fl. dotiert.

— Statt 150 Bürgerpfründen à 15 fl. monatlich werden 200 solche Pfründen systemisiert; hiefür wird jedoch die Anzahl von 500 Bürgerpfründen à 8 fl. monatlich auf 450 Pfründen reduciert.

Bei den Gruppen X bis XIII wurden die übereinstimmenden Anträge des Stadtraths- und des Commissions-Referenten genehmigt.

Ferner wurden die Ausgabsposten XL mit 3000 fl., XLVI 1 a mit 29.460 fl., XLVI 2 a mit 23.140 fl. und LI 1 mit 8110 fl. dotiert.

— Der Stadtrath wird beauftragt, das Referat über die rechtliche Natur des Einquartierungsfondes ehestens dem Gemeinderathe zu erstatten.

— Wegen Anbringung neuer öffentlicher Uhren hat der Stadtrath rechtzeitig Anträge zu stellen und für die Deckung der diesfälligen Auslagen im nächstjährigen Budget Vorsorge zu treffen.

— Die **Bilanz** wird mit folgenden Ziffern genehmigt:

Gesammterfordernis	41,017.180 fl.
Eigene Einnahmen	12,408.780 fl.
Durch die eigenen Einnahmen nicht bedecktes Netto-Erfordernis	28,608.400 fl.

— Die **Bedeckung** dieses Netto-Erfordernisses wird mit folgenden Ziffern genehmigt:

Ertrag der städtischen Umlagen	20,554.950 fl.
Aus den Cassabeständen, eventuell durch Verkauf von Wertpapieren	3,910.890 fl.
Aus dem Wasserleitungs-Anlehen	4,142.560 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 12 Uhr nachts.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 2. April 1895.
Mittwoch, den 3. April 1895.
Donnerstag, den 4. April 1895.
Freitag, den 5. April 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **15. März 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Rechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.
Bürgermeister Dr. Grübl.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

Antrag des St.-R. Schneiderhan, der Magistrat möge die Betriebsordnung für die Wiener Schlachthäuser einer Revision unterziehen und schleunigst Bericht erstatten, ob der § 20 aus der noch geltenden Betriebsordnung für das Meidlinger Schlachthaus eliminiert oder in die Betriebsordnungen für die anderen Schlachthäuser aufzunehmen sei.

(Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.)

St.-R. Kreindl entschuldigt sein Späterkommen.

(Zur Kenntnis.)

(3889 ex 1894.) **St.-R. Mayer** referiert über das Offert der Firma Löwy, Baiersdorf & Biach auf käufliche Überlassung der Parc. 340, 341 in Kaiser-Ebersdorf und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(1878.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Vergebung der Bürstenbinderarbeiten für das Versorgungshaus in Liesing pro 1895 bis 1897 und beantragt, diese Arbeiten im Sinne des Magistrats-Antrages dem Josef Rothmeister zu übertragen.

(Angenommen.)

(1512.) **Derselbe** referiert über die Sicherstellung der Alleebäume und Gehölze für die Bezirke II bis XIX pro 1895 und beantragt, die im Magistratsberichte verzeichneten 644 Stück Alleebäume, sowie 500 Gesträuche, welche zur Nachpflanzung in den einzelnen Gemeindebezirken im heurigen Frühjahre erforderlich sind, im Wege des Ankaufes durch den Magistrat zu beschaffen und hiefür einen Betrag von 2000 fl. (auf Rubrik XXIV 10 zu verrechnen) zu bewilligen.

(Angenommen.)

(1626.) **Derselbe** referiert über die Holzfällungs-Anträge für das Jahr 1894/95, betreffend die Gemeindewälder in Ottakring, Pötzleinsdorf und Hütteldorf, und beantragt:

1. Die Holzfällungs-Anträge des k. k. Forstmeisters Karl Hettmer, wonach in der Fällungsperiode 1895 in dem Ottakringer, Pötzleinsdorfer und Hütteldorfer Gemeindewalde zusammen 610 Festmeter Brenn-, beziehungsweise Stamm- und Nutzholz aufgearbeitet werden solle, werden genehmigt.

2. Die den ärarischen gleichkommenden Hauerlöhne bei Brennholz für:

Scheiter . . . . per 1 m³ mit 44 kr.
Ausschuss . . . . „ „ „ 42 kr.
Stöcke und Prügel . . . . „ „ „ 40 kr.
Moder und Bürtel . . . . „ „ „ 36 kr.
für Spalten der Prügel . . . . . „ „ „ 15 kr.
bei Stammholz und Nutzholz für Stämme oder Bloche:
20 cm mittlerer Durchschnitt . . . . per 1 fm³ mit 45 kr.
über 20 bis 50 cm mittlerer Durchschnitt . . „ „ „ 40 kr.
über 50 cm „ „ . . „ „ „ 35 kr.

sowie die Zieherlöhne von 5 bis 20 kr. werden genehmigt.

3. Zur Begleichung der Hauer- und Zieherlöhne per 550 fl. für Culturarbeiten, Aushub von Gestrüppe, Läuterung in Junghölzern ꝛc. per . . . . 50 fl.
für Aufstellung von Wachmännern zur Verhütung der Waldbrände per . . . . 40 fl.
für Reparatur alter Wege, Absperrung eingerissener Gräben per 60 fl.
für Anlage neuer Holzabfuhrwege per . . . . 100 fl.
und zur Versteinung des Schneißernetzes und Anschaffung neuer Grenzsteine per . . . . 30 fl.
werden dem k. k. Forstmeister Karl Hettmer von Fall zu Fall anzuweisende Vorschüsse bis zur Gesammthöhe von 830 fl. bewilligt, deren Verwendung detailliert nachzuweisen ist.

4. Diese Vorschüsse sind auf Rubrik „Vorschüsse gegen Verrechnung“ in Ausgabe zu stellen und die aufgelaufenen Kosten auf der Ausgabs-Rubrik XII 10, Gruppe III „Sonstige Auslagen“ zu verrechnen.

Wird mit dem Zusatze des St.-R. v. Götz angenommen, dass beim Fällen von Bäumen darauf Bedacht genommen werde, dass die für den Hütteldorfer Friedhof bestimmten Bäume stehen bleiben.

(1745.) **Derselbe** referiert über die Lösung einer Wiener Tramway-Permanenzkarte für den Amtsboten der städtischen Materialverwaltung und beantragt, diese Karte im Sinne des Magistrats-Antrages zu erwirken und zur Rubrik IV 18 f einen Zuschusscredit von 50 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit:

(1807.) an den Bewerber aus dem I. Bezirke:
Schmutz Franz, Kammerdiener;
(1823.) an die Bewerber aus dem II. Bezirke:
Ditrich Johann Franz Adolf, akademischer Bildhauer;
Pisinger Johann, Geschäftsdiener;
Wachutka Johann, Gerbergehilfe;
Abesča Josef, Hilfsarbeiter;
Hipfinger Antonia Katharina, Wäscherin;
Matiejovsky Ferdinand, Maurergehilfe;
Rose Salomon, Handelsgesellschafter;
Rojka Emanuel, Geschäftsdiener;
Holub Johann, Maurergehilfe;
Spinka Clara, Bedienerin;
Pointner Josef, Wagenstandschreiber bei der Nordbahn;
Windpassinger Ferdinand, Hausbesorger;
Bürchmayer Josef, Maschinist;
Gangl Leopold, Geschäftsdiener;
Kolař Ignaz, Sägemeister;
Friedl Wenzel Johann, Hilfsarbeiter;
Langer Vincentia, Hausbesorgerin;
Grill Eduard, Krankenwärter;

Aujesky Jakob, Tischlergehilfe;
Hauda Johann, Gold- und Silberplattierergehilfe;
Krobath Johann, Geschäftsdiener;
Deutsch Siegmund, Comptoirist;
Andriolo Johann, Partieführer;
Ameisbichler Franz, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(1523.) **Derselbe** referiert über das Dankschreiben des Österreichischen Touristenclubs für den Beitrag zur Erhaltung des Touristenweges über die „Nase" auf den Leopoldsberg und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(1569.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Francisca Koch, k. k. Polizei-Agentenswitwe XVII. Bezirk, um Ermäßigung der Zuständigkeitstaxe und beantragt, derselben die Zuständigkeitstaxe von 20 auf 10 fl. zu ermäßigen. (Angenommen.)

(1880, 1879.) **St.-R. Stiaßny** referiert über die Eingabe des Josef Kalas in Betreff Ankaufes der städtischen Parcelle 226/10, Einl.-Z. 943, II. Bezirk, anlässlich des Baues des Hauses II. Bezirk, Ecke der Krummbaum- und Große Schiffgasse, sowie hinsichtlich der Grundentschädigung und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

In das Comité werden die St.-R. Stiaßny, Mayer und Dr. Rechansky gewählt.

(837.) **St.-R. Müller** referiert über das neuerliche Anbot des Georg und Alexander Ziegler auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten VII. Bezirk, Zollergasse 18 und 20, zu Schulbauzwecken und beantragt, das Anbot wegen zu geringen Nachlasses zurückzuweisen. (Angenommen.)

(1648.) **Derselbe** referiert über den Ankauf der Dornbacher Spodiumfabrik seitens der Gemeinde und beantragt, das bezügliche Anbot der Gesellschaft derzeit abzuweisen. (Angenommen.)

(1769.) **Derselbe** referiert über das Project für die Wasserversorgung im XI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des vorgelegten Projectes mit einem in der Rubrik XXVI 6 d mit dem Theilbetrage von 30.000 fl. bedeckten, mit dem weiteren Betrage von 130.000 fl. auf das 35-Millionen-Kronen-Anlehen zu verweisenden Kostenbetrage von zusammen 160.000 fl. auf Vergebung der Baumeister- und Rohrlegearbeiten im Gesammtbetrage von 70.000 fl. im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung an einen Generalunternehmer und Genehmigung des Zehrungsbeitrages von 2 fl. 50 kr. für den bauämtlichen Inspicienten, welcher Betrag gleichfalls in der Rubrik XXVI 6 d zu verrechnen sein wird.

Wird mit dem Beisatze des St.-R. Matthies angenommen, dass darauf Bedacht zu nehmen ist, dass die Rohrlegung den allfälligen Baumpflanzungen in der Simmeringer Hauptstraße nicht hinderlich sei. (An den Gemeinderath.)

(1881.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Bestellung eines Assistenten für geometrisches Zeichnen an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt, den Techniker Emanuel Anderle vom 1. März 1895 bis zum Schlusse des Schuljahres 1894/95 als Assistenten für geometrisches Zeichnen mit einer Remuneration von 20 fl. pro wöchentlicher Stunde und Jahr im Sinne des Magistrats-Antrages unter gleichzeitiger Einstellung der Remuneration für den ausgetretenen Assistenten Franz Kleinwächter zu bestellen. (Angenommen.)

(1682.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Regine Rißbacher um Pachtzinsermäßigung und Gewährung von Raten für die Pachtung von städtischen Wiesenparcellen im Liebhartsthale, XVI. Bezirk, anlässlich des Hagelschlages am 7. Juni 1894 und beantragt die Erlassung des dritten Theiles des Jahresbestandzinses und die Bewilligung von 12 gleichen Monatsraten zur Abstattung des restierenden Pachtschillings. (Angenommen.)

(1563.) **Derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XIX. Bezirkes und beantragt, die Wahl des
Mayerhofer Ferdinand, Fabriksleiters, und
Krautwurst Karl, Hausbesitzers, zu Armenräthen mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(1085.) **Derselbe** referiert über eine Schulgeldbefreiung am Döblinger Communal-Gymnasium und beantragt, den Schüler der IV. Classe Friedrich Landskron im Sinne des Magistrats-Antrages ab I. Semester 1894/95 von der Entrichtung des ganzen Schulgeldes zu befreien. (Angenommen.)

(1646.) **Derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungsverluste am Communal-Real-Obergymnasium im II. Bezirke nach dem I. Semester 1894/95 und beantragt, die im Magistrats-Antrage angeführten Schüler der Schulgeldbefreiung für verlustig zu erklären. (Angenommen.)

(1532.) **Derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungen an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule im I. Semester 1894/95 und beantragt, die im Magistrats-Antrage angeführten Schüler theils der bisher genossenen Befreiung für verlustig zu erklären, theils deren Befreiung vom Erfolge der am Beginne des II. Semesters abzulegenden Prüfung abhängig zu machen. (Angenommen.)

(1450.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bürgerschuldirectorswitwe Anna Thetter um Fortbezug der Personalzulage und beantragt, der Genannten vom 1. December 1894 an die Personalzulage jährlicher 50 fl. auf 3 Jahre neuerlich zu bewilligen. (Angenommen an den Gemeinderath.)

(1211.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Adolf Jaeger um Einleitung der Schadloshaltung für die Grundabtretung V. Bezirk, Hundsthurmerstraße 46, und beantragt die Vornahme der Schätzung gemäß § 12 der Bauordnung. (Angenommen.)

(1715.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael und der Anna Helly um Löschung von Wasserleitungsservituten Einl.-Z. 118, 212 Payerbach und beantragt die Bewilligung dieser Löschung. (Angenommen.)

(1747.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Paula Lang durch Dr. S. Kohn um grundbücherliche Löschung des auf Einl.-Z. 890 und 895, VIII. Bezirk, haftenden Bauverbotes und beantragt die Ausstellung der bezüglichen Löschungserklärung, jedoch nur auf Kosten der Partei. (Angenommen.)

(1734.) **Derselbe** referiert über Ergänzungswahlen in den Armenrath des XII. Bezirkes und beantragt die Wahl des Burghaber Josef, Brantweinschenkers, zum Armenrathe mit der Functionsdauer bis Ende 1897 zu bestätigen. (Angenommen.)

(1859.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Commissionsgebür nach Franz Mathis, V. Bezirk, per 2 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(1894.) **Derselbe** referiert über die Berichte der leitenden Turnlehrer an den drei communalen Mittelschulen über den Turnunterricht im II. Semester 1894/95 und beantragt die genehmigende Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(1749.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der Gewerbeschul-Commission, mit welcher dieselbe ihre Constituierung zur Kenntnis bringt, und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(1370.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Klima, Uhrmachermeisters, V. Bezirk, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem V. Bezirke und beantragt:

(1659.) die Ertheilung der Zusicherung an:

Schreder Clara, Private;

Spitzer Adolf, Tischlermeister;

Bledkowski Stanislaus Max, Holztypen-Erzeuger;

(1546.) die Verleihung der Zuständigkeit an:

Koriska Josefa, Bedienerin;

Sachsenmaier Karl, Hilfsarbeiter;

Träger Anna, Handarbeiterin;

Ostiadal Johann, Hausbesorger;

Savrda Josef, Tischlergehilfe und Hausbesorger;

Zadrazil Franz, Tischlergehilfe;

Braun Anton Ignaz, Tischlergehilfe;

Homola Anton, Privat;

Prinz Johann, Hilfsarbeiter beim Baugewerbe.

(Angenommen.)

(507.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Anlage eines Stockgeleises bei dem Durchbruche der Arbeitergasse im V. Bezirke, und beantragt, der genannten Gesellschaft die Benützung des im bezüglichen Plane ersichtlichen Theiles der Arbeitergasse nächst dem Expeditionslocale beim Margarethenergürtel zur Führung eines Stockgeleises gegen die Nachbarparcellen 627/1 und 618/1 auf Widerruf unter der Bedingung zu gestatten, dass binnen acht Tagen nach solchem Widerrufe seitens der Gemeinde Wien die Geleise von der Gesellschaft auf deren Kosten entfernt und das Pflaster ordnungsgemäß in einen der übrigen Straße entsprechenden Zustand versetzt werde, dass ferner die umzuspannenden Wagen nicht auf die Straße selbst, sondern auf den Nachbargründen aufzustellen und die Bedingungen des Vertrages vom 16. März 1889 auch auf das Stockgeleise anzuwenden seien. (Angenommen.)

(1776.) **Derselbe** referiert über die Vorstellung des Wilhelm und der Julie Schlesinger durch Dr. Ludwig Lichtenstern wider die Bemessung der Canaleinmündungsgebür II., Schüttelstraße 19 a, und beantragt, es sei die fragliche Gebür unter Zugrundelegung der Front per 40·03 m in der Schüttelstraße mit dem Betrage von 480 fl. 36 kr. zu bemessen, die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die infolge seinerzeitiger Durchführung der Valeriestraße entstehenden zwei neuen Gassenfronten dieser Realität dem Zeitpunkte der thatsächlichen Eröffnung dieser Straße vorzubehalten. (Angenommen.)

(745.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für Nr. 19 und 21 Sieveringerstraße, XIX. Bezirk, und beantragt, den Act vorläufig an das magistratische Bezirksamt für den XIX. Bezirk mit dem Auftrage zurückzuleiten, mit möglichster Beschleunigung unter Wiedervorlage der Acten darüber zu berichten, ob und welche Voraussetzungen des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, vorhanden sind und eventuell wegen vorläufiger Herabminderung Antrag zu stellen. (Angenommen.)

(1779.) **Derselbe** referiert über den Recurs der österr.-amerik. Gummifabriks-Actiengesellschaft durch Dr. Arth. Kuranda wegen Bemessung der Canaleinmündungsgebür für das Haus XIII., Hütteldorferstraße 62, und beantragt, den Recurs mit Rücksicht darauf, dass es sich nach der Sachlage um eine durchgehende Realität handelt, daher § 5 des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., zur Anwendung zu bringen ist, abzuweisen. (Angenommen.)

(1620.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Max Margulies durch Dr. Karl Barnegg wider feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus IV., Phorusgasse 5, und beantragt die Abweisung.

Dieser Antrag wird angenommen und über Anregung des St.-R. Dr. v. Billing und mit Zustimmung des Referenten der Magistrat beauftragt, zu berichten, ob die Aufbewahrung von Celluloid in von Parteien bewohnten Räumen überhaupt zulässig ist.

(1740.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebür für die Realität des Adolf Fürst Schwarzenberg, XVII., Dornbach, Dornbacherstraße 133, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, wird die Canaleinmündungsgebür für die bezügliche Realität vorläufig mit dem Betrage von 1200 fl. bemessen und mit diesem Betrage vorgeschrieben. (Angenommen.)

(1719.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael und der Margarethe Eiles um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für Einl.-Z. 1206, XII., Unter-Meidling, und beantragt, die sich nach den §§ 2, 3 und 6 des Gesetzes vom 19. Jänner 1890, Nr. 9 L.-G.-Bl., mit 933 fl. ergebende Canaleinmündungsgebür wird im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., vorläufig auf den Betrag von 466 fl. 50 kr. herabgesetzt und mit diesem Betrage vorgeschrieben. (Angenommen.)

(1722.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Canaleinmündungsgebür für das Haus XIV., Felberstraße 94, im Betrage von 171 fl. 99 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(1108.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Magdalena Watzek um Ratenbewilligung zur Zahlung der Canaleinmündungsgebür für das Haus XVIII., Währing, Herrengasse 106 (Gentzgasse 104), im Betrage von 338 fl. 40 kr. und beantragt, der Genannten halbjährige Ratenzahlungen à 25 fl. vom 1. Jänner 1895 an im Sinne des Magistrats-Antrages mit dem Zusatze zu bewilligen, dass bei Nichteinhaltung einer Rate Terminsverfall einzutreten hat. (Angenommen.)

(1724.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Wagner um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür XI., Krausegasse 13, und beantragt, die Canaleinmündungsgebür für das bezeichnete Haus im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., vorläufig mit dem Betrage von 119 fl. 70 kr. zu bemessen und mit diesem Betrage vorzuschreiben. (Angenommen.)

(9621 ex 1894.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Johann Gfrorner um Abänderung der Baulinie für Or.-Nr. 42 Ullmannstraße und Or.-Nr. 2 Gemeindegasse im XIV. Bezirke und beantragt:

1. Für die Gemeindegasse werden die Baulinien unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 12 m nach den Linien h c, g f bestimmt.

2. Die Baulinien in der Ullmannstraße werden unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 15 m nach den im Plane II schraffierten Linien a b mit einer 3 m langen Abkappung und d e abgeändert. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1287.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Breuer um Grundentschädigung für VIII., Piaristengasse 32, und beantragt, die Schadloshaltung mit 45 fl. per Quadratmeter, das ist also bei dem Ausmaße von 32·31 m² mit dem Gesammtkostenbetrage von 1453 fl. 95 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(1543.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen der Antonia Kohn um Grundentschädigung für IX., Liechtensteinstraße 38 a, und beantragt, die Schadloshaltung für den abzutretenden Grund im Ausmaße von 48·68 m^2 mit dem Betrage von 65 fl. per Quadratmeter zu bestimmen.

Über Antrag Dr. v. Billing und mit Zustimmung des Referenten wird die Schadloshaltung unter der Voraussetzung der Zustimmung der Partei mit dem Pauschalbetrage von 3000 fl. bestimmt.

(1831.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über den neuerlichen Verleihungsvorschlag für die Priesterstelle an der Kirche in Unter-St. Veit und beantragt, diese Stelle dem P. Gottfried Wenzel Horn zu verleihen. (Angenommen.)

(1733.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Hernals um Anschaffung eines Wasserwagens sammt Ausrüstung und beantragt, die Anschaffung eines neuen Wasserwagens sammt Rauchhaube und zugehörigen Schläuchen, sowie Leitern und sonstiger Ausrüstung im Sinne des Magistrats-Antrages mit dem bedeckten Kostenbetrage von 1842 fl. 83 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(1843.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Unter-St. Veit um Subventionierung und beantragt, zur Bestreitung diverser kleinerer Auslagen für die Instandhaltung der Geräthe, der Depot- und Wachlocalitäten &c. pro 1895 eine Bar-Subvention im bedeckten Betrage von 100 fl. gegen seinerzeitige Rechnungslegung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1691.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XVIII. Bezirke und beantragt:

die Verleihung der Zuständigkeit an:

Blaschko Andreas, Instrumentenschleifer;
Weiß Heinrich, Zahlkellner;
Pritz Josef, Eisenstoßer;
Plochy Wenzel, Taglöhner;
Janowsky Emil, v., k. k. Rechnungsofficial;
Scheikl Josef, Schlossergehilfe;
Gutwirth Johann, Geschäftsdiener;
Zezula Helene, Handarbeiterin;
Zimmermann Francisca, Hausbesorgerin;
Kreiter Franz, Hutmacher;
Egger Franz, Schlossergehilfe;
Ringel Eduard, Tischlergehilfe;
Röhrich Johann, Privatbeamter. (Angenommen.)

(1783.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Wasserabgabe für die Schule XIII., Baumgarten, Felbingerstraße 47, und beantragt die Genehmigung eines Wasserquantums von 10 hl für die bezeichnete Schule. (Angenommen.)

(1851.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Heinrich Limbach, Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 11 Lessinggasse im II. Bezirke, um Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebür pro IV. Quartal 1894 per 118 fl. 15 kr. und beantragt die Abschreibung aus im Antrage des magistratischen Bezirksamtes enthaltenen Gründen. (Angenommen.)

(1822.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem VII. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Řeznik Anna, Schneiderswitwe;
Fischer Barbara, Stubenmagd;
Kühtreiber Franz, Zimmermaler;
Kurtisch Michael, Glasermeister;
Bucifal Josef, Schneidergehilfe;
Gruda Ferdinand Anton, Friseur;
Bechyne Anton, Schneidergehilfe;
Zwatschka Martin, Zeugschmiedgehilfe;
Babacek Johann, k. k. Amtsdiener;
Dannerer Rupert, Beamter der k. k. priv. Verkehrsbank;
Pfanner Josef, Wirt;
Berger Ignaz, Maurer und Hausbesorger;
Riedl Johann, Kaffeesieder;
Leithner Franz, Taglöhner und Hausbesorger;
Schiffler Karl, Gemeindetaglöhner und Hausbesorger;
Höller Theresia, Dienerin;
Steurer Anna, im Geschäfte der Tochter beschäftigt;
Schweida Josef, Drechsler;
Hofmann Josef, Fabriksarbeiter;
Wastel Ignaz, Geschäftsdiener;
Klein Johann, Scontist;
Herson Martin, Hilfsarbeiter;
Köhler Johann, Commissionsgeschäfts-Inhaber;
Schenk Berthold, Gastwirt;
Treybal Franz, Trödler;
Waschatko Franz Xaver, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(1042.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend das Ansuchen des Johann Dunz um Grundentschädigung für VIII., Lerchenfelderstraße 40, und beantragt, die Schadloshaltung für die abzutretende Grundfläche per 158·01 m^2 unter der Voraussetzung der Zustimmung der Partei mit 45 fl. per Quadratmeter, sohin im ganzen mit dem Betrage von 7110 fl. 45 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(1781.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Gabriel um Grundentschädigung für VII., Hermanngasse 7, und beantragt, die Schadloshaltung für den zur Straße abgetretenen Grund per 3·03 m^2 mit 15 fl. per Quadratmeter, d. i. mit dem Gesammtbetrage von 45 fl. 45 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(1570.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Louis Ružič um Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung für die Grundabtretung bei VIII., Langegasse 14, und beantragt, die Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung im Sinne des § 12 der Wiener Bauordnung noch vor dem Umbau des bezüglichen Hauses auf Kosten des Gesuchstellers zu bewilligen.

Die Giltigkeit dieser Schadloshaltungsbestimmung wäre auf zwei Jahre zu beschränken. (Angenommen.)

(1274.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Mayer um Grundentschädigung für XIV., Dreihausgasse 28, und beantragt, die Schadloshaltung mit 20 fl. per Quadratmeter des abgetretenen Grundes per 30·983 m^2 zu bestimmen. (Angenommen.)

(1301.) **Derselbe** referiert über die Verbesserung der Central-Heizungsanlage im städtischen Casino zu Baumgarten und beantragt, den Magistratsbericht, wonach für die bezüglichen Herstellungen ein Betrag von 294 fl. bewilligt wurde, zur genehmigenden Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(825.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Plenarbeschluss vom 19. April 1894 hinsichtlich eventueller Einrichtung der Volksbäder mit Dampf-, Schwitz-, kalten Douche- und Wannenbädern, und beantragt, die Volksbäder in ihrer bisherigen Gestalt zu belassen und von einer Erweiterung der bestehenden oder

noch zu errichtenden auf Dampf-, Schwitz-, kalte Douche- und Wannenbäder abzusehen. (Angenommen.)

(313.) **Derselbe** referiert über die Drucklegung des Berichtes des städtischen Ingenieurs Beranek, betreffend dessen Reise zum Studium der Heiz- und Lüftungsanlagen in Schulen, und beantragt, zu genehmigen, dass dieser Bericht zum Amtsgebrauche und zur Versendung an die Mitglieder des Gemeinderathes in 500 Exemplaren in Druck gelegt werde.

Außerdem wäre eine gemeinderäthliche Commission von zehn Mitgliedern zur Vorberathung der auf der Tagesordnung für den Gemeinderath stehenden Vorlage über die Schulheizungen zu wählen.

(Angenommen; Wahl der Commission an den Gemeinderath.)

(1928.) **Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über den Bericht, betreffend die Verwendung des mit Gemeinderaths-Beschluss vom 15. September 1893, Z. 5381, genehmigten Credites per 300.000 fl. für die Erbauung städtischer Gaswerke und über den Stand der bezüglichen Arbeiten bis 11. März 1895 und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis; an den Gemeinderath.)

(1273.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Benjamin Franzke um Entschädigung für Investitionen, welche in dem von der Gemeinde zu Schulbauzwecken erworbenen Hause XVI., Gaullachergasse 51, gemacht wurden, und beantragt, dem Gesuchsteller gnadenweise einen Betrag von 150 fl. zu bewilligen.

(Angenommen.)

(1313.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für die linke Seite der Fechtergasse im IX. Bezirke und beantragt, die Baulinie unter Zugrundelegung einer Breite von 16 m nach den im Plane roth gezogenen Linien A B, C D, E F; G' G H und I K zu bestimmen.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, die Straßenbreite mit 12 m zu bestimmen und von der Abkappung G' G ganz abzusehen.

Es wird Schluss der Debatte angenommen.

Die Straßenbreite von 16 m wird genehmigt. Ebenso wird die Abkappung im Sinne des Referenten-Antrages angenommen.

Nach erfolgter Reassumierung der Debatte wird die Abkappung neuerlich nach dem Referenten-Antrage genehmigt.

(An den Gemeinderath.)

(1820.) **St.-R. Wurm** referiert über das Detailproject der Südbahn-Gesellschaft für die Anlage des Haupt-Unrathscanales in der Verlängerung der Meidlinger Hauptstraße nächst der Philadelphiabrücke, sowie des Canales behufs Aufnahme des Rohrstranges der Hochquellenleitung, insoweit diese beiden Objecte die Geleise der Südbahn nächst der genannten Brücke unterfahren, und beantragt, die Zustimmung zu ertheilen und hinsichtlich der Ausführung dieser Objecte in die Ausstellung des diesbezüglich vorgelegten Reversentwurfes einzuwilligen.

(Angenommen.)

(1846.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. September 1894, Z. 69576, betreffend die Herstellung eines Geleises und einer Zufahrtsstraße zu den neuen Holzlagerplätzen am Staatsbahnhofe, X. Bezirk, sowie die Entwässerungsanlage und Wassereinleitung in den Favoriten-Sammelcanal, und beantragt, dieser Entwässerungsanlage mit der Einleitung des Wassers in den Favoriten-Sammelcanal zuzustimmen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über die Vergebung der Lieferung von Beleuchtungskörpern in den Schulgebäuden:

(10358/94.) V., Fendigasse;
(797.) XVII., Stiftgasse 29;
(906.) VI., Mittelgasse 24, und
(1134.) X., Knöllgasse.

Referent stellt die in den bezüglichen Magistratsberichten enthaltenen Anträge.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Einführung des Gasglühlichtes System Auer in den genannten Schulen.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, die Berathung über diese Acten zu vertagen, bis mit dem Gasglühlichte System Auer Proben gemacht wurden.

Antrag Dr. Hackenberg angenommen.

(1811.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ignaz Fleischer und Sal. Stein um Unterabtheilung der Realität Einl.-Z. 206 im I. Bezirke, Spiegelgasse 10 — Dorotheergasse 11, und beantragt die Genehmigung unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen.

Über Anregung des Vorsitzenden und des St.-R. Dr. Lueger wird beschlossen, die Genehmigung unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen und unter der Voraussetzung zu ertheilen, dass ein Revers des Inhaltes grundbücherlich einverleibt werde, dass bei Vornahme der Schätzung im Falle eines Umbaues der bezüglichen Realität die Schadloshaltung so bestimmt werde, als ob die Grundtrennung nicht stattgefunden hätte.

(1812.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Valentin Igler um Grundentschädigung für VII., Westbahnstraße 5, und beantragt, die Schadloshaltung mit 28 fl. per Quadratmeter, d. i. also für die Fläche per 55·99 m² mit dem Gesammtbetrage von 1567 fl. 72 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(1854.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Hermine Wagner durch Dr. Ludwig Werner um Ausfolgung eines anlässlich der Straßengrundeinlösung bei Einl.-Z. 1696, Baustelle III im V. Bezirke, Kohlgasse, erlegten Sparcassabuches per 1000 fl. und beantragt die Ausfolgung dieses Sparcassabuches an die Gesuchstellerin gegen Einzahlung des Betrages von 679 fl. 50 kr.

(Angenommen.)

(1188.) **Derselbe** referiert über die Mehrkosten für die Adaptierung und Einrichtung der Steueramtslocalitäten im städtischen Hause VII., Neubaugasse 25, und beantragt, die Kostenüberschreitung per 502 fl. 41 kr. und die Verweisung des bei Rubrik IV 23 zu verrechnenden Theilrestbetrages per 85 fl. 32 kr. auf den Reservefond zu genehmigen. (Angenommen.)

(1671.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Ludwig Popovich, Administrators des Hauses XVIII., Währing, Weinberggasse 18, gegen den Auftrag puncto Verbreiterung des Trottoirs und beantragt, diesen Recurs der Baudeputation nicht vorzulegen und von dem dem Hauseigenthümer, respective Administrator gegebenen Auftrage zur Verbreiterung des Trottoirs vor dem bezüglichen Hause Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Gemeinderathswahlen.

Ergebnis der am 28. März 1895 vom dritten Wahlkörper vorgenommenen Wahlen (Functionsdauer bis 1897).

Bezirk	Zahl der zu wählenden Gemeinderäthe	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurden gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
II.	1	**Müller Lorenz,** Bürger und Bäcker, II., Brigittagasse 5	4096	2066
VI.	1	**Polzhofer Rudolf,** Brantweinschenker und Theehändler, VI., Gumpendorferstraße 75	2005	1361
X.	1	**Stefan Sylvester,** Fleischhauer, X., Alxingergasse 28	1381	811
XI.	1	**Fickeys Johann,** Gemischtwaren-Verschleißer, XI., Simmeringer Hauptstraße 67	696	480
XIII.	1	**Rauer Josef,** Bezirksausschuss und Hausbesitzer, XIII., Weiglgasse 4	1292	927

Bezirksausschusswahl.

Ergebnis der am 28. März 1895 vom dritten Wahlkörper des X. Gemeindebezirkes vorgenommenen Wahl (Functionsdauer bis 1897).

Zahl der zu wählenden Bezirks-ausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	**Hauke Eduard,** Bürger, Brantwein- und Theeschenker, X., Waldgasse 30	1380	811

Approvisionierung.

Schlachtviehmarkt vom 26. März 1895.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3984, Weidevieh —, Beinlvieh 1320.

Summa . 5304.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . . 2341
Galizische „ . . . 1245
Deutsche „ . . . 1590
Büffel „ . . . 128

Davon — nach Gattungen:

Ochsen 4013
Stiere 446
Kühe 845

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht **mit** Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von	50	bis	61	fl.
(extrem .	„	61½	„	65	„)
Galiz. Schlachtthiere	„	50	„	61	„
(extrem .	„	—	„	—	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	51	„	65	„
(extrem .	„	66	„	67	„)
Weidevieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 46%), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung: a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung; b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt &c.; c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt &c., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen . . . . . von 20 bis 34 fl.
Stiere . . . . . „ 23 „ 34½ „
Kühe . . . . . . „ 22 „ 30½ „
Büffel . . . . . „ 15 „ 25 „
Beinlvieh . . . . „ 14 „ 20 „
Weidevieh . . . . „ — „ — „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . . von 30 bis 75 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . 265 Stück
Beinlvieh . . . . . . 198 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1465 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des starken Auftriebes guter Mastware und des schwächeren, nur für sechs Tage zu deckenden Bedarfes flau, und haben Prima-Sorten 2 fl., mittlere und mindere Qualitäten 2 bis 3 fl. per 100 kg im Preise eingebüßt.

* * *

Borstenviehmarkt vom 26. und 28. März 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine . . . . . . 2931 Stück
Fettschweine . . . . . 5945 „
Summa . 8876 Stück

Angekauft wurden:

für Wien . . . . 8572 Stück
unverkauft blieben . . . . 304 „

Für das Land gelangen wegen der Marktsperre die Thiere nur als „Waidner“ zur Abfuhr und werden am Wochenschlusse ausgewiesen.

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 34 bis 42 (—) kr. } per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . „ 35 „ 44 (—) „ }

Der Geschäftsverkehr war für Jungschweine und mittlere Sorten der Fettschweine etwas flau und haben dieselben daher 1 kr., respective 1 bis 2 kr. per Kilogramm im Preise eingebüßt.

* * *

Pferdemarkt vom 26. März 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 317 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 120—450 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . . 20— 60 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 28. März 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3593, Kälber lebend 63, Lämmer Waidner 6420, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 202, Schafe lebend 516, Schweine Waidner 1577.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 35 (—)	bis 60 (—)	kr.
Kälber lebend	" "	" 34 (—)	" 46 (—)	"
Schweine Waidner	" "	" 39 (—)	" 52 (54)	"
Schweine lebend junge	" "	" —	" —	"
Schweine lebend fette	" "	" —	" —	"
Lämmer Waidner	" Paar	von 3	bis 11 (15)	fl.
Lämmer lebend	" "	" —	bis —	fl.
Schafe Waidner	" Kg.	von 26 (—)	" 48 (—)	kr.
Schafe lebend	" "	" — (—)	" — (—)	"
Schafe lebend	" Paar	von 9	bis 13 (15)	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 157 Stück Kälber mehr zugeführt. Das größere Angebot und der geringere Bedarf drückten die Preise um 2 bis 4 kr. per Kilogramm herab.

Auf dem Schafmarkte wurden 516 Stück Schafe aufgetrieben und zu unveränderten Preisen gehandelt. In Penzing wurden — wegen der Marktsperre direct nach Paris gehend — circa 3000 Stück nach Frankreich verladen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 28. März d. J. 440 Stück Mast- und 328 Stück Beinlvieh aufgetrieben und blieben dieselben zum größten Theile unverkauft.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht: vom 25. März bis 28. März 1895:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Wipplingerstraße 14, von Dr. Max Löwy, Currentgasse 12, noe. Hans Kolb & C. Lauterer, Bauführer Luckeneder & Miserowsky (1579).
VIII. Bezirk: Haus, Stolzenthalergasse, Grundb.-Einl. 562, von Samuel Schallinger, Große Pfarrgasse 30, Bauführer A. Goldenberg (1590).
" " Haus, Lerchenfelderstraße 132, von Adolf Goldenberg, Baumeister (1662).
X. Bezirk: Rothenhofgasse, Einl.-Z. 2486, von Franz und Karl Waneček, Bauführer Macher (12131).
XVIII. Bezirk: Neubau eines Wohnhauses, Gersthof, Schindlergasse 10, von Leopold Schwarz, Gersthof, Herbeckstraße, Bauführer ? (10063).

Für Umbauten:

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hauptstraße 64, von Johann und Elisabeth Frotzler, XVII., Bergsteiggasse 12, Bauführer Josef Grünbeck (11163).

Für Zubauten:

VII. Bezirk: Hoftract, Zollergasse 6, von Emerich Bachinger, Bauführer W. Voit (1623).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Schottenring 3, von Johann Kernast jun., Baumeister (1633).
II. Bezirk: Rothen-Sterngasse 12, von Hermann Stern, Bauführer J. Matschinger (1606).
" " Taborstraße 8, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Baumeister (1588).
II. Bezirk: Wallensteinstraße 15, von Josef Pokorny, Bauführer J. Matschinger (1607).
" " Untere Augartenstraße 40, von Georg Lutter, Glasergasse 17, Bauführer Vincenz Haschek (1634).
III. Bezirk: Apostelgasse 30, von Mathilde Schmiedhuber, Bauführer ? (1645).
" " Mohsgasse 17, von Johann Köhl, Neustiftgasse 119, Bauführer Anton John (1663).
" " Streichergasse 5, von Wenzel Trtschka, Maurermeister (1665).
V. Bezirk: Hartmanngasse 6, von Gebrüder Rostwitz, Castelligasse 14, Bauführer Jg. Rienessel (1620).
" " Gießaufgasse 25, von Eduard Musil, Bauführer Josef Drbal (1625).
" " Pilgramgasse 8, von J. C. Gerger, Bauführer ? (1632).
VI. Bezirk: Hirschengasse 15, von Karl Langer, Baumeister (1613).
VII. Bezirk: Kaiserstraße 101, von Otto Brück, Neubaugasse 59, Bauführer Oskar Laske (1587).
" " Westbahnstraße 19, von Karl Maurer, Bauführer A. Haunzwickl (1603).
IX. Bezirk: Liechtensteinstraße 90, von Ludwig Schoderböck, Baumeister (1598).
" " Badgasse 21, von Ludwig Schoderböck, Baumeister (1599).
" " Spitalgasse 17, von Eduard Hauser, Bauführer Franz Prokesch (1626).
" " Wagnergasse 8, von Max Wertheimer, Grünethorgasse 2, Bauführer ? (1642).
X. Bezirk: Leibnitzgasse 8, von Dr. Franz Kraft, Bauführer Karl Quidenus (11899).
XII. Bezirk: Hetzendorf, Reinhartsgasse 35 (jetzt Schlöglgasse), von Ludwig Rappeport, Bauführer Josef Schaufler (9467).
XVI. Bezirk: Ottakring, Deinhartsteingasse 32, von Kath. Schaffer, XVII., Jörgerstraße 55, Bauführer Josef Grünbeck (15778).
" " Ottakring, Payergasse 14, von Anna Lippert, ebenda, Bauführer Arnold Frieß (15873).
" " Ottakring, Wichtlgasse 12, von Richard Baier, ebenda, Bauführer Josef Pollak (16047).
XVII. Bezirk: Dornbach, Dornbacherstraße 88, von Julius Schuster, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (11598).
" " Dornbach, Dornbacherstraße 133, von Karl Fabianek, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (11599).
" " Hernals, Pezzlgasse 10, von Ferdinand Bischof, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (10907).
" " Hernals, Eilegasse 9, von Georg Atzl, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (10906).
XVIII. Bezirk: Währing, Gymnasiumstraße 6, von Johann Beck, Hausbesitzer, ebenda, Bauführer Johann Wurts (9920).
" " Währing, Antonigasse 92, von Marie Haut, XVIII., Abt Karlgasse 15, Bauführer ? (10064).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Canal, Stromstraße 66—68, von Haardt & Comp., I., Schottengasse 3, Bauführer A. Schlesak (1627).
" " Gartenhaus, Leystraße, Grundb.-Einl. 3408, von Leo Weiß, nomine Karl Vopelins, Bauführer R. Reichelt (1646).
V. Bezirk: Schupfe, Brandmayergasse 5, von Adolf Blicher, Bauführer ? (1656).
VI. Bezirk: Hofmauer, Sandwirthgasse 19, von Samuel Lemberger, Bauführer M. Draxlmayer (1658).
VII. Bezirk: Façade-Erneuerung, Westbahnstraße 19, von Karl Maurer, Bauführer A. Haunzwickl (1603).
" " Feuermauer-Herstellung, Neustiftgasse 135, von Franz Bednař, Bauführer Ambros Schmid (1647).
VIII. Bezirk: Canalreparatur, Auerspergstraße 21, von Franz Prokesch, Baumeister (1621).
IX. Bezirk: Abort und Canal, Pfluggasse 5, von Cäcilia Kastner, Nussdorferstraße 26, Bauführer Joh. Schäffer (1630).
XVII. Bezirk: Herstellung eines Eisengitters, Dornbach, Dornbacherstraße 42, von Franz Zipperer, Dornbacherstraße 46, Bauführer ? (10942).
" " Gartenmauer, Hernals, Bartholomäusplatz 1, von Eduard Uschela Tomanetz, ebenda, Bauführer Josef Grünbeck (11161).
XIX. Bezirk: Steinzeug-Rohrleitung, Ober-Döbling, Billrothstraße 85, von August Fausek, ebenda, Bauführer Fr. Sindra (6225).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

XVII. Bezirk: Hernals, Jörgerstraße 55, von Johann und Elisabeth Frotzler, Bergsteiggasse 12, Bauführer Josef Grünbeck (11162).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Prater, Gürtelstraße und Valeriestraße, Grundb.-Einl. 3905, von Mauritz Roberts van Son (1636).
III. Bezirk: Erdbergstraße, Grundb.-Einl. 441, von Emil Wehle, IX., Kolingasse 9 (1652).

VII. Bezirk: Neubaugasse 20, von M. Engl, I., Bellariastraße 4, noe. Theresia Wöß, Bertha Rigand und Marie Aumüller (1581).
„ „ Guttenberggasse 23, von Leopold Kittinger, III., Hauptstraße 131 (1644).
X. Bezirk: Rothenhofgasse, Einl.-Z. 2486, von Franz und Karl Waneček (12128).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 36, von Josef Prokop, VI., Millergasse 29 (15606).
„ „ Cat.-Parc. 804/39, Einl.-Z. 438 Ottakring, von Heinrich Debeček, XVII., Gerlgasse 3 (15472).
„ „ Cat.-Parc. 2660, Einl.-Z. 1827 Ottakring, von Ferd. und Pauline Baldia, Lorenz Mandlgasse 13 (15604).
„ „ Koppstraße, Ecke der Hippgasse 18, Ottakring, von Friedrich Sonnenburg, noe. Matthias Auchmann, Koppstraße 3 (15844).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

III. Bezirk: Thomasgasse 3, von Moriz Hirsch, II., Kronprinz Rudolfstraße (1616).

Gewerbeanmeldungen vom 21. März 1895.

(Fortsetzung.)

Schleritzko Johanna — Spirituosen-Verschleiß — X., Van der Nüllgasse 38.
Lindner Andreas — Tischler — X., Laudgutgasse 16.
Brichta Franciska — Verkauf von Stoffresten — XIX., Billrothstr. 71.
Herbaček Otto — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleischselchwaren — XVII., Bergsteiggasse 25.
Patzner Anna — Victualienhandel — III, Mohsgasse 19.
Weselka Josefa — Victualien-Verschleiß — X., Waldgasse 8.
Blaha Johann — Wäschepußerei — XVI., Bachgasse 21.
Koller Leopold — Zier- und Kunstgärtnerei — XIX., Hasenauerstr. 37.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 22. März 1895.

Buchtel Eduard — Bäcker — VII., Lindengasse 5.
Binder Johann, Weyrer Franz — Cartonagewaren-Erzeugung — VII., Schottenfeldgasse 21.
Prohaska Hermine — Cartonagewaren-Erzeugung — VI., Sandwirtg. 20.
Pollitz Moriz — Dauernde Geschäftsbesorgung gegen Provision für eine Firma — X., Columbusgasse 6.
Litzllachner Katharina — Fleischselcherwaren-Verschleiß — VIII., Blindengasse 7.
Wittek Thomas — Fleischhauer — XVIII., Witthauergasse 1.
Pfleger Ferdinand — Friseur und Raseur — VI., Damböckgasse 6.
Eßler Karl — Galvaniseur — VII., Kaiserstraße 57.
Hastermann Leopold — Gastwirt — VII., Westbahnstraße 18.
Rott Anton — Wirtsgewerbe — X., Erlachgasse 30.
Trimmel Karl — Gastwirt — VII., Neustiftgasse 66.
Czedik Franciska — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Schuhmanng. 57.
Nußbaum Nathan — Gemischtwaren-Verschleiß — Ottakringerstraße 72.
Goldwasser Therese — Goldarbeiterin — VI., Mariahilferstraße 117.
Kellermann Karl — Gold- und Silberarbeiter — VII., Stiftgasse 17.
Halla Josef — Häuseradministration — VI., Mariahilferstraße 107.
Stroik Felix — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Nowa Przi-żolka“ — VII., Neustiftgasse 51.
Partl Franz — Hutmacher — XIV., Braunhirschengasse 18.
Chalupsky Johann — Herrenschneider — XVII., Beheimgasse 30.
Göbel Franz — Kleidermacher — XIX., Kobenzlgasse 32.
Pausz Apollonia — Damenkleidermacherin — VI., Wallgasse 19.
Adler Richard — Kleinfuhrwerk — XVII., Geblergasse 130.
Stastny Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Linzerstraße 225.
Tomschiczek Johann — Kleinfuhrwerk — III., Beatrixgasse 1.
Müller Ludwig — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle, Coaks — XV., Dingelstedtgasse 1.
Schöberl Barbara — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — VIII., Josefstädterstraße 14.
Pigl Wilhelmine — Kunstblumen-Verschleiß — VII., Lindengasse 16.
Spitz Marie — Ledergalanteriewaren-Verschleiß — VII., Bernardgasse 27.
Christ Helene — Marktvictualien-Verschleiß — XVI., Markt auf dem Yppenplatze.
Kahlenberg Henie Sarah — Marktvictualienhandel — X., Eugenplatz, Markt.
Schnek Katharina — Marktvictualienhandel — XV., Markt in der Schönbrunnerstraße.
Brauner Marie — Pfaidlerin — XVIII., Weinhauserstraße 75.
Gottwald Theresia — Pfaidlerei — III., Boerhavegasse 31.
Straka Katharina — Pfaidlerin — VI., Mollardgasse 88.
Brixel Franz — Privat-Clavierschule — VI., Kollergerngasse 4.
Wittmann Anton — Reinigungs-Anstalt für Fenster, Thüren, Glasdächer — VI., Schmalzhofgasse 19.
Czeika Cäcilie — Schuhmachergewerbe — VI., Brauergasse 4.
Heimerl Franz — Schuhmacher — VII., Kandlgasse 21.
Lipa Johann — Schuhmacher — VI., Corneliusgasse 3.
Nawratil Franz — Schuhmacher — XV., Tellgasse 1.
König Josef — Selchwaren-Verschleiß — VI., Millergasse 50.
Kornmesser Aloisia — Sonnen- und Regenschirm-Verschleiß — XIV., Schönbrunnerstraße 71.
Trenker Anna — Surrogatkaffee-Erzeugung — VI., Stumpergasse 13.
Schindelek Johann — Tapezierer — VII., Bandgasse 27.
Kölbel Josef — Thee-Verschleiß — XVI., Grundsteingasse 66.
Hinterleitner Konrad — Verkauf von Grabsteinen, Grabkreuzen und Grabausschmückungs-Gegenständen — XI., Grundparcelle 927.
Barwig Eduard, Berger Gustav — Verschleiß von chirurgischen Gegenständen, insofern deren Verkauf an keine Concession gebunden ist — VIII., Josefstädterstraße 14.
Schmid Hermann — Verschleiß von Fibrolitfoid — VIII., Langegasse 6.
Bürger Karl — Verschleiß von Gebetbüchern und Heiligenbildern — VII., Mondscheingasse 20.

(Das weitere folgt.)

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.